

Umwelt Europa

Grüne Gesellschaft und europäische Krise –
neue Fragen an den Journalismus



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG



Umwelt Europa

**Grüne Gesellschaft und europäische Krise –
neue Fragen an den Journalismus**

Torsten Schäfer und andere



Wisente

Pure Kraft: Ein Wisent-Bulle kann eine Tonne schwer und zwei Meter hoch werden – und ist damit das größte Landsäugetier Europas. Einst war der Wisent auf dem ganzen Kontinent weit verbreitet. Dann, nach Jagdorgien und Kriegen, gab es nur noch zwölf Tiere in Zoos. Ausgehend vom polnischen Białowieża-Nationalpark wurden Wisente in einigen Staaten angesiedelt: In Polen, Weißrussland, der Ukraine, Russland, Litauen und der Slowakei leben heute 2.000 wilde Wisente. Nun kehren die Giganten nach Mitteleuropa zurück: Im deutschen Rothaargebirge wird 2013 eine Herde ausgewildert.

Bild: Stefano Unterthiner

Herausgeber

Carla Schulte-Reckert
Friedrich-Ebert-Stiftung
Politische Akademie
JournalistenAkademie
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

© 2012 Friedrich-Ebert-Stiftung

Idee und Redaktion

Carla Schulte-Reckert

Konzept, Kurztexte, Interviews und Tipps

Torsten Schäfer, Hamburg
Die Texte „Das mediale Klima“ und „Föderales Zahlenchaos“
erschieden in älteren Versionen bereits auf www.geo.de.

Lektorat

Frank Schnelle, Berlin

Gestaltung und Satz

Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Fotos

© Wild Wonders of Europe

Druck

Druckerei Brandt GmbH, Bonn

Printed in Germany 2012

ISBN 978-3-86498-119-7

Die Position der Autorinnen und Autoren gibt nicht in jedem Fall
die der Friedrich-Ebert-Stiftung wieder.

Einleitung

Liebe Journalistinnen und Journalisten!
 Liebe Interessierte!

Grüne Themen haben die globale politische Agenda erobert. Umweltkatastrophen wie die Ölpest im Golf von Mexiko, der Super-GAU in Fukushima oder die Hungersnot am Horn von Afrika verdeutlichen die Folgen der Ausbeutung der Natur durch den Menschen. Einer der Hauptakteure der Umweltpolitik ist die Europäische Union, die immerhin für rund 80 Prozent der nationalen Gesetze ihrer Mitgliedsstaaten im Umweltsektor verantwortlich zeichnet. Sie hat ihre Kompetenzen dort, wo sich die Zukunftsfragen entscheiden werden: in der Klimapolitik und im Emissionshandel, bei den Agrar- und Ernährungsthemen, der Gentechnik und Fischerei.

Journalistinnen und Journalisten müssen sich heute der enormen Herausforderung stellen, diese multidimensionalen und internationalen Zusammenhänge transparent und nachvollziehbar darzustellen. Dem steht ein kaum entwickeltes Angebot an Weiterbildungsmöglichkeiten für Umweltjournalistinnen und -journalisten gegenüber.

Die JournalistenAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung qualifiziert mit ihren Aktivitäten Journalistinnen und Journalisten in allen Bereichen des Handwerks; dazu vermittelt sie Hintergrundwissen zu gesellschaftspolitisch relevanten Themenfeldern – so auch zu den Themen „Umwelt“ und „Europa“. Dieser Reader führt beide Themen zusammen. Er liefert eine Bestandsaufnahme des Umweltjournalismus und zeigt Wege auf, Europa nah und lebendig darzustellen. Wir wollen mit ihm ein progressives Zeichen für eine nachhaltige und transparente Umweltberichterstattung setzen.

Mein herzlicher Dank gilt Dr. Torsten Schäfer und allen Autorinnen und Autoren, die zu diesem Reader beigetragen haben; ganz besonders danke ich den Initiatoren des Projekts Wild Wonders of Europe für die Bereitschaft, uns einige ihrer großartigen Fotografien zur Verfügung zu stellen.

Carla Schulte-Reckert
 Leiterin der FES-JournalistenAkademie

Inhalt

Einleitung	5
------------------	---

Berichte aus der Forschung

Zwischen Unsichtbarkeit und Leidenschaft. Den Zwischendrin-Umweltjournalismus gibt es nicht. <i>Von Beatrice Dernbach</i>	12
---	----

Zum Stand der Nachhaltigkeitskommunikation. Potentiale für Nachhaltigkeitsjournalismus. <i>Von Gerd Michelsen und Marco Rieckmann</i>	20
---	----

„Es gibt noch immer Verkürzungen und Überzeichnungen.“ Ein Interview mit der Hamburger Professorin <i>Irene Neverla</i> über den medialen Umgang mit dem Klimawandel	29
--	----

Das letzte Kind im Wald. Mediale Irrtümer über das alltägliche Verhältnis zur Natur. <i>Von Rainer Brämer</i>	32
---	----

Essays aus der Praxis

Umweltjournalismus. Die Suche nach den großen Zusammenhängen
im Grenzbereich zwischen Ökonomie, Natur und Technik.

Von Bernward Janzing 44

Klima-Berichterstattung. Zwischen Panik und Pragmatismus.

Von Michael Bauchmüller 48

„Es gibt eine gewisse Borniertheit.“

Ein Interview mit *Martin Meister*, GEO International,

über Journalismus, Artenvielfalt und Naturschutz 52

Wer ernährt die Welt?

Gestern ein Ladenhüter, in Zukunft ein Topthema.

Von Wilfried Bommert und Tanja Busse 60

Die europäische Perspektive

Umwelt, Journalismus und Europa.

Gedanken über journalistische Zugänge und politische Zustände.

Von Torsten Schäfer 64

„Es geht um unseren Alltag.“

Ein Interview mit EU-Korrespondent *Detlef Drewes* 77

„Wir vertreten das Ziel einer möglichst weitgehenden Integration.“

Ein Interview mit *Peter Pappert*, Aachener Zeitung 83

„Wir ersetzen nicht den Journalismus.“

Ein Interview mit *Steffen Schulz*, Pressereferent der EU-Kommission 88

Werkstatt Recherche

Föderales Zahlenchaos. Erkenntnisse aus einem Rechercheprojekt zur Klimapolitik der deutschen Bundesländer. <i>Von Hanne Tügel und Torsten Schäfer</i>	96
Werkstatt Recherche. 21 Adresstipps für Umwelt- und Europarecherchen im Internet	100
Europäische Umweltpolitik im Netz. Die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings. <i>Von Juliane Grüning und Bjela Vossen</i>	107
Klimaretter.info. Wie aus einem Buchkapitel der Marktführer wurde. <i>Von Nick Reimer</i>	109

Fazit

Grüne Spuren. Ökologische Selbstbefragung und journalistische Situationsanalyse – ein Essay. <i>Von Torsten Schäfer</i>	118
Europas unbekannte Naturschönheiten. Das Projekt Wild Wonders of Europe	129
Umwelt Europa – ein journalistisches Fazit in zehn Thesen. <i>Von Torsten Schäfer und Carla Schulte-Reckert</i>	132
Die Autorinnen und Autoren	136



Braunbär

Alter Bekannter: Lange war der Braunbär nur noch in Osteuropa, Teilen Skandinaviens und Spaniens zu Hause. Doch die Art hat sich etwas erholt, geht auf Wanderschaft und taucht wieder in Mitteleuropa auf, etwa in Österreich, der Schweiz und Deutschland. Das führt zu Konflikten und aufgeregten Debatten. Dass ein Zusammenleben möglich ist, zeigen Russland und Rumänien, wo es mit 36.000 bzw. 7.000 Tieren die größten Populationen gibt.

Bild: Staffan Widstrand

Berichte aus der Forschung

Zwischen Unsichtbarkeit und Leidenschaft

Den Zwischendrin-Umweltjournalismus gibt es nicht

Von Beatrice Dernbach

Die Themen Ökologie und Nachhaltigkeit sind aus sämtlichen Ressorts nicht mehr wegzudenken.

Der Lebenszyklus des Umweltjournalismus

Dem Thema Umwelt ergeht es im Journalismus wie vielen anderen (vgl. Dernbach 2000a): Es wird kreiert, es wird publiziert, es gewinnt eine hohe Aufmerksamkeit, über Tage, vielleicht Wochen, selten Monate; das Thema stirbt schließlich – bis es möglicherweise unter einem neuen Aspekt wiedergeboren wird. Heute ist Umweltjournalismus ausdifferenziert in Berichterstattung über Klimawandel und CO₂-Ausstoß, über Atomenergie und erneuerbare Energiequellen, über ökologische Landwirtschaft und Gentechnik, Ökosprit und Elektromobilität usw. Letztlich gibt es kein Thema, das nicht auch umweltrelevant und nachhaltig ist. Aber gerade das ist wohl die hohe Hürde für den Umweltjournalismus, die ihn bis heute daran hinderte, sich als eigenständiges Ressort zu etablieren. In ihm steckt zu viel Querschnitt – darin liegen aber auch seine Chancen. Ökologie und Nachhaltigkeit sind als Prämisse und Dimension der Berichterstattung aus allen Ressorts nicht mehr wegzudenken.

Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre entwickelte sich in Deutschland abseits des Mainstreams im Journalismus das, was als Umwelt-, heute noch abstrakter als *Nachhaltigkeitsjournalismus* (vgl. Dernbach 2005; Bonfadelli 2007) bezeichnet wird. Befördert worden war er durch unterschiedliche

Ereignisse, die einen gesellschaftlichen Wandel weltweit ausgelöst und vorangetrieben haben: Durch die fast oder tatsächlichen *Größten Anzunehmenden Unfälle* in Atomreaktoren (im amerikanischen Harrisburg 1979, im russischen Tschernobyl 1986 und im März 2011 im japanischen Fukushima), durch Tankerunglücke, Bersten von Ölpipelines und darauf folgende Ölpest, durch Robben- und Waldsterben, durch die Verseuchung von Gewässern und viele Katastrophen mehr sind die Menschen vom reinen Fortschrittsglauben in Technologien und wirtschaftliches Wachstum abgefallen. Mit der ökologisch-alternativen (Anti-AKW-)Bewegung, der Gründung und Etablierung der Partei „Die Grünen“ einerseits, der Einrichtung von Bundes- und Landesumweltministerien andererseits nahm sich in den 1980er Jahren auch die Politik des Themas Umwelt an. Die traditionellen Massenmedien wussten damals allerdings nicht so recht, wie sie mit den neuen Akteuren und Themen umgehen sollten (siehe Manz in Dernbach 2000b: 20). Aus der alternativen Szene heraus wurden alternative Zeitungen und Zeitschriften gegründet (am prominentesten und langlebigsten ist die seit 1978 bis heute erscheinende *tageszeitung – taz*). In den 90er Jahren richteten auch die größeren Regionalzeitungen und manche Fernseh- und Hörfunkanstalt Umweltredaktionen ein (siehe z.B. Hillmer 2000 über das *Hamburger Abendblatt*; Brandhoff 2010). Nur wenige davon haben überlebt (siehe aktuell *green.wikia.com* und Brandhoff 2010). Dem Auf folgte das Ab im Lebenszyklus.

Seit Beginn der 2000er Jahre durchlebt der mehr oder weniger eigenständige Umweltjournalismus nur noch kleine Auf- und Abs: Die Umweltthemen wurden als Querschnittsthemen auf die anderen Ressorts verteilt und lösten sich damit in politischen, ökonomischen, sozial-kulturellen Perspektiven auf; die Medienkrise tat das Ihre dazu, so dass Umweltthemen nicht mehr als verkaufswürdig betrachtet und somit weitgehend missachtet wurden (vgl. Dernbach 2005). Der Umweltjournalismus rutschte in eine „Phase der Apathie“, wie es Gabor Steingart 2006 (zu dieser Zeit noch als *Spiegel*-Redaktionsleiter in Berlin) zum 20-jährigen Bestehen des Bundesumweltministeriums provokativ formuliert hatte (vgl. Stracke-Neumann 2006). Einmal abgesehen von der möglicherweise unzutreffenden und rein provokanten Wortwahl stützen weitere „kleine“ Merkmale diese Beschreibung: Zwar stehen Umweltthemen auf der Agenda der europäischen Bevölkerung nach wie vor ganz oben (vgl. Eurobarometer 2011). So sind sich viele des Klimawandels und

seines Verursachers – des CO₂ – bewusst; aber weit darüber hinaus reicht das Wissen offensichtlich nicht, wie die Ergebnisse auf die Frage nach der Kohlenstoffabscheidung und -sequestrierung (CCS) zeigen (vgl. ebd.). Möglicherweise sind in der Wahrnehmung der Menschen viele Umweltprobleme nach gut zwei Jahrzehnten der Diskussion und des politischen Agierens – auf nationaler wie auf europäischer Ebene – gelöst (vgl. Schäfer 2011); die Notwendigkeit, dass die Medien kontinuierlich den Finger in die Wunden legen, scheint nicht mehr gegeben. Der Naturschutzbund NABU in Nordrhein-Westfalen konnte zwischen 2001 und 2005 seinen Medienpreis nicht vergeben – „aus Mangel an geeigneten Vorschlägen“ (Königs 2010).

Der Umweltjournalismus konnte sich nie als eigenständiges Ressort durchsetzen.

Wo der Umweltjournalismus heute steht

Aus heutiger Sicht könnte man sagen, dass die ursprünglichen und grundsätzlichen Definitions-, Abgrenzungs- und Umsetzungsprobleme des Umweltjournalismus dazu geführt haben, dass er sich nie wirklich profilieren und als eigenständiges Ressort durchsetzen konnte. Will heißen: Umweltjournalismus ist heute als solcher nicht fass- und sichtbar. Er wird aktuell in fünf Konzepten realisiert:

- in der Form eines *ökologisch orientierten Wirtschaftsjournalismus*, der die Ökonomie insgesamt und insbesondere die Unternehmen beobachtet (vgl. Stössel 2011a);
- als *Nachhaltigkeitsjournalismus*, der gegenüber der Wirtschaft und deren Nachhaltigkeitskommunikation eine generell skeptische und misstrauische Haltung einnimmt; allerdings scheint auch der Nachhaltigkeitsjournalismus dasselbe Problem zu haben wie der Umweltjournalismus: zu komplex, zu abstrakt, zu wenig lösungsorientiert etc. (vgl. Dernbach 2011 und 2005);
- als *Skandaljournalismus*, der nach wie vor auf die negativen Ereignisse fokussiert, dunkle Szenarien malt und bisweilen den Weltuntergang prophezeit;

- als *Wissenschaftsjournalismus*, der Umwelt und Nachhaltigkeit wissenschaftlich-interdisziplinär und mithilfe wissenschaftlicher Instrumente und Methoden unter die Lupe nimmt (siehe Heißmann 2010);
- als *Energie-, Klima-, Abfalljournalismus*, der jeweils nur einen speziellen Aspekt aus dem Reigen vieler möglicher und zusammenhängender Gesichtspunkte herausgreift (Ehrensperger 2009; Avram 2008; Keller 2009; Dernbach 1998).

Die Forschung über den Umweltjournalismus

Der Lebenszyklus der Forschung über Umweltjournalismus kann – zeitlich versetzt, das heißt verzögert – ähnlich beschrieben werden: In den 1980er Jahren begann eine Phase, in der sich einige Medien- und Kommunikationswissenschaftler dieses Themas annahmen, zu einem wesentlichen Teil unter dem Begriff *Wissenschaftsjournalismus* (v. a. Hömberg 1983 und 1986; Gottschlich 1985). Ende der 90er, Anfang bis Mitte der 2000er Jahre war das Thema auf seinem Höhepunkt (siehe Brand u. a. 1997, Dernbach 2002 und 2005, Braun 2003). Seitdem gab es einzelne Publikationen, die jedoch keine neuen (theoretischen) Erkenntnisse erbracht haben (siehe Bonfadelli 2007; Schäfer 2010 und 2011).

Konstatiert wurde in der Regel das Dilemma, dass Umweltthemen zwar als gesellschaftlich wichtig wahrgenommen wurden und werden, aber der Journalismus in den klassischen Massenmedien keine Routinen und Standards entwickelt hat, um dieses komplexe Themenfeld zu bearbeiten. Aufgrund der nach wie vor gültigen Ressortstrukturen konnten sich zwar Gebiete wie Auto, Reise und Mode in vielen Medien verselbstständigen – dem Themenfeld Umwelt ist dies nicht gelungen (vgl. Meier 2002). Und was es auch nicht gibt: Weder aus der Forschung noch aus der Praxis heraus hat sich ein Aus- und Weiterbildungsangebot für (Umwelt-)Journalisten entwickelt (siehe Braun 2010). Allerdings steht dieses Themengebiet damit nicht allein, denn auch für Auto-, Reise- und Modejournalismus gibt es keine oder nur einzelne Lehrgänge.

Umweltjournalismus wird weiter polarisieren, gleichzeitig herrscht Konsens darüber, dass ökologische Themen existenziell sind.

Wo wird es hingehen mit dem Umweltjournalismus?

Das mag auch daran liegen, dass das Thema und vor allem die Umweltjournalisten selbst innerhalb der publizistischen Branche polarisieren: Während Umweltjournalisten wie Toralf Staud (vgl. Mrazek 2011), Hartmut Stumpf (vgl. Brandhoff 2010) und Kathrin Hartmann nach wie vor mit Leib und Seele dem Ökojournalismus Gehör verschaffen wollen, sehen eher konservative Vertreter des Berufsstandes wie Roland Tichy, *Wirtschaftswoche*-Chefredakteur, hinter allem ein „Illusionstheater“ (Stössel 2011a: 13): Die Diskussion um Fukushima habe wieder einmal gezeigt, dass die Berichterstattung „weniger von Fakten als von Emotionen getrieben“ war. Behauptungen würden zu Fakten, „wenn sie ökologisch korrekt klingen“ (ebd.).

Diese Polarisierung wird weiterhin stattfinden – allerdings wird der gesellschaftliche Konsens darüber, dass ökologische und nachhaltige Themen für den sozialen Wandel existenziell sind, noch größer werden. Und damit hat dieses Themenfeld einen sicheren Platz in der journalistischen Aufarbeitung, in welcher Form auch immer. Dies belegt die große Bandbreite der Publikationen (siehe u. a. green.wikia.com): Im Markt finden sich das *greenpeace magazin* ebenso wie die Beilagen etablierter (konservativer) Wirtschaftsmagazine, zum Beispiel *Wirtschaftswoche Green Economy* (erscheint seit 2010 vierteljährlich).

Ein Blick über Deutschlands Grenzen zeigt sehr unterschiedliche Entwicklungen: Während in Österreich der Zyklus für das Thema Umwelt seit zwei bis drei Jahren offensichtlich einem Peak entgegenstrebt (siehe Die Umweltberatung 2008), leben Umweltjournalisten in vielen Regionen der Welt sehr gefährlich. Nicht zuletzt in Ländern wie Russland, Brasilien und in afrikanischen Staaten werden Journalisten, die im umweltsensiblen Bereich recherchieren, „behindert, eingeschüchtert, verfolgt und in den schlimmsten Fällen verletzt, zum Verschwinden gebracht oder getötet“ (Suter 2009). Das zeigt, dass Umwelt weltweit ein politisches, ökonomisches und sozial-kulturelles Thema ist und weitere öffentliche Darstellung braucht.

Quellen

- Avram, Robin (2008): Der Klimawandel im Spiegel der Zeit – Eine vergleichende Diskursanalyse der Klimawandel-Berichterstattung der beiden politischen Wochenzeitschriften. E-book unter:
<http://www.grin.com/de/e-book/89747/der-klimawandel-im-spiegel-der-zeit-eine-vergleichende-diskursanalyse>.
- Bonfadelli, Heinz (2007): Nachhaltigkeit als Herausforderung für Medien und Journalismus. In: Kaufmann, Ruth/Burger, Paul/Stoffel, Martine (Hrsg.): Nachhaltigkeitsforschung – Perspektiven der Sozial- und Geisteswissenschaften. Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften. Bern. Unter:
http://www.sagw.ch/.../nachhaltige...nachhaltigkeit/publ_nachhaltigkeit.pdf
 (30.11.2011).
- Brand, Karl-Werner/Eder, Klaus/Poferl, Angelika (Hrsg.) (1997): Ökologische Kommunikation in Deutschland. Opladen.
- Brandhoff, Ekkehard (2010): Fesselndes von Kröten bis Solarstrom. In: Umweltjournalist H. 1, S. 4-6.
- Braun, Marie-Luise (2003): Umweltkommunikation im Lokalteil von Tageszeitungen: eine Untersuchung zur Kritik am Umweltjournalismus. Frankfurt/Main u.a.
- Braun, Marie-Luise (2010): Umweltjournalismus. In: Quandt, Siegfried/Deutscher Fachjournalistenverband (Hrsg.): Fachjournalismus. Konstanz. S. 133-147.
- Dernbach, Beatrice (1998): Public Relations für Abfall. Ökologie als Thema öffentlicher Kommunikation. Opladen/Wiesbaden.
- Dernbach, Beatrice (2000a): Themen der Publizistik – Wie entsteht die Agenda öffentlicher Kommunikation? In: Publizistik H. 1, S. 38-50.
- Dernbach, Beatrice (2000b): Das Thema Umwelt in der lokalen Publizistik. In: Dernbach/Heuer (Hrsg.), S. 20-40.
- Dernbach, Beatrice (2005): Journalismus und Nachhaltigkeit. Oder: Ist *Sustainability Development* ein attraktives Thema? In: Michelsen, Gerd/ Godemann, Jasmin (Hrsg.): Handbuch Nachhaltigkeitskommunikation. München 2005, S. 182-191.

- Dernbach, Beatrice (2011): Die unterschiedlichen Rhythmen des (Umwelt-) Journalismus und der Nachhaltigkeitskommunikation. In: UmweltWirtschaftsForum H. 4. Unter: <http://www.iuwa.de/uwf/>.
- Dernbach, Beatrice/Heuer, Harald (Hrsg.) (2000): Umweltberichterstattung im Lokalen. Wiesbaden.
- Die Umweltberatung (2008): Umweltjournalismus zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Unter: http://images.umweltberatung.at/htm/tagungsbandumweltjournalismus_final.pdf (30.11.2011).
- Ehrensperger, Anna (2009): Klimawandel medial. Hamburg.
- Eurobarometer (2011):
http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_364_en.pdf.
- Gottschlich, Maximilian (1985): Ökologie und Medien. In: Publizistik H. 2-3, S. 314-329.
- Hartmann, Kathrin (2010): Ende der Märchenstunde. München.
- Heißmann, Nicole (2010): Vernetzt denken zwischen allen Stühlen. In: WPK Quarterly II, S. 4-5.
- Hillmer, Angelika (2000): Die Redaktion als Ratgeber – Aktionen und Projekte des *Hamburger Abendblatts*. In: Dernbach, Beatrice/Heuer, Harald (Hrsg.): Umweltberichterstattung im Lokalen. Wiesbaden, S. 113-122.
- Hömborg, Walter (1983): Umweltinformation – Umweltpolitik – Ökologie. In Journalistik H. 4, S. 7-20.
- Hömborg, Walter (1986): Zum Stellenwert des Wissenschaftsjournalismus in den Redaktionen der aktuellen Massenmedien. Bamberg.
- Keller, Reiner (2009): Müll – Die gesellschaftliche Konstruktion des Wertvollen. Wiesbaden, 2. Aufl.
- Königs, Birgit (2010): Medienpreis des NABU NRW. Unter:
<http://nrw.nabu.de/presse/medienpreis/> (16.11.2011).
- Meier, Klaus (2002): Ressort, Sparte, Team. Konstanz.
- Mrazek, Thomas (2011): „Fukushima findet in den Medien nicht mehr statt.“ In: Umweltjournalist H. 1, S. 6-7.
- Schäfer, Torsten (2010): Umweltmacht Europa? In: Dernbach, Beatrice/Quandt, Thorsten (Hrsg.): Spezialisierung im Journalismus. Wiesbaden. S. 207-217.
- Schäfer, Torsten (2011): Brüssel – vermeintlich fern. Konstanz.

- Staud, Toralf (2009): Grün, grün, grün ist alles, was wir kaufen – Lügen, bis das Image stimmt. Köln.
- Stössel, Bernd (2011a): Stellenwert Umwelt? In: Umweltjournalist H. 1, S. 8-10.
- Stössel, Bernd (2011b): Vorhang auf fürs „Illusionstheater“. In: Umweltjournalist H. 1, S. 13-15.
- Stracke-Neumann, Susanne (2006): Apathie im Umweltjournalismus? Unter: <http://www.sonnenseite.com/Umwelt,Apathie+im+Umweltjournalismus,16,a5426.html> (16.11.2011).
- Suter, Ruedi (2009): Der Triumph der Umweltverächter über den Umweltjournalismus. Unter: <http://www.onlinereports.ch/News.109+M5b2464c990a.0.html>.

Zum Stand der Nachhaltigkeitskommunikation Potenziale für Nachhaltigkeitsjournalismus

Von Gerd Michelsen und Marco Rieckmann

„Es mögen Fische sterben oder Menschen, das Baden in Seen oder Flüssen mag Krankheiten erzeugen, es mag kein Öl mehr aus den Pumpen kommen, und die Durchschnittstemperaturen mögen sinken oder steigen: solange darüber nicht kommuniziert wird, hat dies keine gesellschaftlichen Auswirkungen.“
(Luhmann 1986: 63)

Nachhaltigkeitskommunikation ist ein Prozess, bei dem es um Zukunftsfragen und die gesamtgesellschaftliche Entwicklung geht.

Bedeutung von Kommunikation für eine nachhaltige Entwicklung

Das Zitat von Niklas Luhmann verweist auf die Bedeutung von Kommunikation für die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Umweltfragen wie auch Fragen einer nachhaltigen Entwicklung im Allgemeinen. Denn was in einer Gesellschaft als problematisch wahrgenommen wird, hängt davon ab, wie das Wissen über einen Sachverhalt durch gesellschaftliche Akteure zugänglich gemacht und bewertet wird.

Eine nachhaltige Entwicklung ist als ein gesellschaftlicher Lern-, Verständigungs- und Gestaltungsprozess zu verstehen (vgl. Michelsen 2007; Michelsen/Godemann 2011; Stoltenberg 2007), der erst durch die Beteiligung möglichst vieler Menschen mit Ideen und Visionen gefüllt werden kann und der daher ohne gesellschaftliche Partizipation gar nicht vorstellbar ist (vgl. Heinrichs 2007; Stoltenberg 2007). Heinrichs betont in diesem Sinne, dass es wünschenswert und notwendig sei, „weitere Bevölkerungs- und Akteurskreise stärker in konkrete gesellschaftspolitische (...) Prozesse zu involvieren, um der gewachsenen sachlichen und sozialen Komplexität hoch differenzierter Gesellschaften gerecht zu werden“ (Heinrichs 2007: 717).

Vor diesem Hintergrund bedarf es eines gesellschaftlichen Verständigungsprozesses, der sich mit den Ursachen wie auch mit Lösungsansätzen nicht-nachhaltiger Entwicklung befasst, ein Verständigungs- und Kommunikationsprozess, der heute auch mit dem Begriff der Nachhaltigkeitskommunikation bezeichnet wird.

Nachhaltigkeitskommunikation

Bis vor wenigen Jahren wurde noch vor allem von Umweltkommunikation gesprochen. Mittlerweile ist dieser Begriff in der wissenschaftlichen Diskussion vom Begriff der Nachhaltigkeitskommunikation abgelöst worden, weil „sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass die Kommunikation über Umweltfragen nicht mehr ohne Bezug auf das Leitbild der ‚Nachhaltigkeit‘ erfolgen kann und die Diskurse darum im Kontext der Auseinandersetzung mit Fragen einer nachhaltigen Entwicklung zu verorten sind“ (Michelsen 2007: 25). Die Diskussion um eine nachhaltige Entwicklung, die seit der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro geführt worden ist, kann als konsequente Fortführung der Kommunikation über Umweltprobleme gesehen werden. Neben der Umweltkommunikation können auch Risiko- und Wissenschaftskommunikation als wesentliche Entwicklungslinien betrachtet werden, die am Entstehen der Nachhaltigkeitskommunikation beteiligt waren und weiterhin maßgeblich zu deren Weiterentwicklung beitragen (Adomßent/Godemann 2007, 2011). Nachhaltigkeitskommunikation integriert mithin die unterschiedlichen Perspektiven der Umwelt-, Risiko- und Wissenschaftskommunikation.

Mit dem Begriff der Nachhaltigkeitskommunikation wird der Prozess beschrieben, „in dem es zukunftsbezogen um die Auseinandersetzung mit Argumenten, Handlungsoptionen oder Positionen zu einer gesellschaftlichen Entwicklung aus ökonomischer, ökologischer, sozialer und kultureller Perspektive geht, wobei diese Perspektiven von den Individuen in der Gesellschaft unterschiedlich wahrgenommen und interpretiert werden“ (Michelsen 2007: 25). Nachhaltigkeitskommunikation ist mithin ein Prozess, in dem es darum geht, sich mit den jeweiligen gesellschaftlichen Ansprüchen an eine

nachhaltige Entwicklung auseinanderzusetzen, einen Ausgleich zwischen unterschiedlichen Interessen und Wahrnehmungen verschiedener Akteure zu finden, sich über den einzuschlagenden Weg zu verständigen, die Bevölkerung zu informieren und möglichst viele Menschen zu motivieren, sich einzubringen und an der Gestaltung der Gesellschaft im Sinne nachhaltiger Entwicklung zu beteiligen. Nachhaltigkeitskommunikation bietet einen Verständigungsrahmen für unterschiedliche gesellschaftliche Systeme und Akteure – Wissenschaft, Wirtschaft, Bildung, Medien etc. (vgl. Michelsen/ Godemann 2011).

In diesem Kontext wird Nachhaltigkeitskommunikation auch als ein Steuerungsinstrument der Nachhaltigkeitspolitik verstanden und in den Kontext der ‚weichen‘ oder ‚persuasiven‘ Instrumente eingeordnet (vgl. Michelsen 2007). Hierzu gehören vor allem Informations- und Beratungsinstrumente, die seit den 1980er Jahren vor allem im Umweltbereich an Bedeutung gewonnen haben. Gegenüber den ordnungspolitischen und ökonomischen Instrumenten – den so genannten ‚harten‘ Instrumenten – benötigt der Einsatz von ‚weichen‘ Instrumenten keine speziellen gesetzlichen Regelungen, die meist mit einem aufwändigen politischen Abstimmungsverfahren verbunden sind.

Nachhaltigkeitskommunikation vermittelt das Wissen, das gesamtgesellschaftliches Handeln erst möglich macht.

Der Umgang mit lebensweltlichen Problemen im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung ist nur auf der Basis eines informierten gesellschaftlichen Gestaltens und Entscheidens möglich. Daher bedarf es gesellschaftlichen Handlungsvermögens und Wissens. Dabei geht es sowohl um ein Wissen im Sinne von Verstehen des Sachverhalts (Systemwissen), Wissen zur Bestimmung von Gestaltungs- und Entscheidungsspielräumen (Orientierungswissen), als auch Wissen über Mittel und Wege, diese praktisch nutzen zu können (Transformationswissen) (vgl. Jahn/Schramm 2006). Nachhaltigkeitskommunikation trägt dazu bei, dass möglichst viele Menschen Zugang zu diesem Wissen bekommen bzw. an Wissensaustausch und -produktion beteiligt werden kön-

nen. Zudem möchte sie einen Perspektivenwechsel ermöglichen. Es sollen Möglichkeitsräume geschaffen und damit aufgezeigt werden, dass eine nachhaltige Entwicklung machbar ist.

Als Felder der Nachhaltigkeitskommunikation werden u.a. Naturschutz, Konsum, Verkehr und Energie, Unternehmen, Kommunen und der Bildungsbereich unterschieden (vgl. Michelsen/Godemann 2007; Godemann/Michelsen 2011). Die Verständigung über eine nachhaltige Entwicklung findet dabei auf unterschiedlichen Ebenen und in verschiedenen Kontexten statt: zwischen Individuen; zwischen Individuen und Institutionen; zwischen Institutionen und innerhalb von Institutionen; in Schulen und Hochschulen; in den Medien; in der Politik; in der Wirtschaft; in den Kommunen; regional, national und international (Michelsen 2007).

Bislang gibt es keine Theorie der Nachhaltigkeitskommunikation, dazu ist es ein noch zu junges wissenschaftliches Arbeitsgebiet. Die Nachhaltigkeitskommunikation arbeitet aber mit Theorieansätzen und theoretisch fundierten Konzepten verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen und macht diese für die Auseinandersetzung mit der Kommunikation einer nachhaltigen Entwicklung fruchtbar. Dies sind vor allem Überlegungen aus dem Konstruktivismus (z.B. Siebert 2008, 2011) und der Systemtheorie (z.B. Luhmann 1986), der Soziologie (z.B. Lange 2007), der Umweltpsychologie (z.B. Matthies 2005; Kruse 2011), der Erziehungswissenschaft (z.B. Stoltenberg 2007) oder der Kommunikationstheorie (z.B. Ziemann 2007).

Nachhaltigkeit in den Medien

Nachhaltigkeitskommunikation wird stark von den (Massen-)Medien beeinflusst. Die Medien- und Kommunikationsforschung beschäftigt sich mit Fragen der Produktion, mit den Inhalten und mit den sozialen und politischen Implikationen von Berichterstattung über Nachhaltigkeit. Sie hilft zu verstehen, wie und warum Nachhaltigkeitsthemen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregen. Verschiedene Untersuchungen zur medialisierten Kommunikation über Nachhaltigkeitsfragen zeigen, wie sich die Berichterstattung in

den vergangenen Jahrzehnten verändert hat. Waren zunächst massive Umweltverschmutzungen (z.B. die Chemiekatastrophe in Seveso 1976, die Rheinverseuchung 1986) in den Medien repräsentiert, richtete sich der Fokus später auf die Auseinandersetzung um die Atomenergie, das Waldsterben und das Ozonloch. Seit den 1990er Jahren dominieren die Themen Globale Erwärmung und Klimawandel (Hansen 2011). Durch die Nuklearkatastrophe in Fukushima (2011) hat die Auseinandersetzung mit Atomenergie und der Frage einer zukunftsfähigen Energieversorgung erneut an Bedeutung gewonnen.

Der Diskurs über Nachhaltigkeit ist durch einige Besonderheiten gekennzeichnet (Ziemann 2007):

- die Reflexivität hinsichtlich der Problemlagen und des Umgangs mit ihnen;
- die Etablierung von Nachhaltigkeit als gesellschaftlichem Eigenwert und damit verbunden Akzeptanzbildung, wobei unterschiedliche Interpretationen von Nachhaltigkeit aufeinanderprallen können;
- die Normalisierungstendenz mit der Folge, dass bei zunehmender Thematisierung von Nachhaltigkeit immer weniger Aufmerksamkeit und Verständigungsdruck entsteht;
- die Medialisierung, mit der versucht wird, der Normalisierungstendenz im Nachhaltigkeitsdiskurs durch eine Kopplung an die Medien zu begegnen.

Diese Besonderheiten wirken auf Prozesse der Nachhaltigkeitskommunikation zurück und sind bei der Gestaltung dieser Prozesse zu berücksichtigen. Zunehmende Bedeutung erfahren soziale Netzwerke, die aus Akteuren (Individuen oder Organisationen) sowie deren Verknüpfungen bestehen, in denen insbesondere medienvermittelte Kommunikationsformen (z. B. Web 2.0) eine Rolle spielen und in denen soziale Interaktionsprozesse stattfinden (de Witt 2007; Lüdecke/Schulz 2011).

Noch fehlen in Deutschland die notwendigen journalistischen Ausbildungsangebote – aber es gibt erste Ansätze.

Potenziale für Nachhaltigkeitsjournalismus

Die Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeit hat auch den Journalismus in mehrfacher Hinsicht erfasst (vgl. Braun 2010; Dernbach 2007). Zu unterscheiden sind drei Arten der Veränderung. Einerseits haben „grüne“ journalistische Inhalte zugenommen, wie Studien etwa der Universität Dortmund zeigen (Wormer et al. 2008). Dies bedeutet auch, dass diese Inhalte breiter und vielfältiger als noch in den 1980er und 1990er Jahren dargestellt werden. Zu dieser Zeit war „Umwelt“ in Redaktionen ein eher monolithisches, gut abgegrenztes Thema mit einer klaren Konfliktkonstellation (Umwelt vs. Wirtschaft). Es gab Ressorts und Sonderseiten, die das Etikett Umwelt trugen; das journalistisch wichtige Randthema war klar verortet. Mittlerweile ist das Thema „in der Mitte der Gesellschaft angekommen“ (Kuckartz in Schäfer 2011). Etikettierung, Konfliktkonstellation und auch der Grad der Politisierung sind teilweise verloren gegangen. Durch das Eindringen in neue Gesellschaftsbereiche ist aus dem Umweltthema ein multidimensionaler Strang geworden, der neue und höhere Ansprüche an JournalistInnen und MedienmacherInnen stellt. Unter anderem, weil nun fast alle Ressorts betroffen sind, verstärkt umweltökonomisches Sachwissen verlangt und durch das Aufkommen des Klimawandels auch neues naturwissenschaftliches Wissen mitgebracht werden muss. Mit der inhaltlichen Differenzierung steigt außerdem der Anspruch, die Wechselbeziehungen zwischen den Einzelthemen darzustellen.

Verwunderlich ist angesichts der beschriebenen Entwicklung, dass die journalistische Aus- und Weiterbildung in Deutschland bislang kaum darauf reagiert hat. Es existieren keine Studiengänge auf Ebene der Universitäten oder Fachhochschulen. In den USA gibt es hingegen zahlreiche umweltjournalistische Programme. Auch in Großbritannien sind Angebote zu finden. Eine erste akademische Weiterbildungs-Möglichkeit in Deutschland kommt jetzt dazu. Ab Oktober 2012 bietet die Professional School der Leuphana Universität Lüneburg – unter Leitung des Instituts für Umweltkommunika-

tion – das Zertifikatsstudium „Nachhaltigkeit und Journalismus“ an (www.leuphana.de/nachhaltigkeitsjournalismus). Hiervon wird ein Beitrag zur Professionalisierung des Umwelt- und Nachhaltigkeitsjournalismus in Deutschland erwartet.

Quellen

- Adomßent, Maik/Godemann, Jasmin (2007): Umwelt-, Risiko-, Wissenschafts- und Nachhaltigkeitskommunikation. In: Godemann, Jasmin/Michelsen, Gerd (Hrsg.): Handbuch Nachhaltigkeitskommunikation. Grundlagen und Praxis. München, S. 42-52.
- Adomßent, Maik/Godemann, Jasmin (2011): Sustainability Communication: An Integrative Approach. In: Godemann, Jasmin/Michelsen, Gerd (Eds.): Sustainability Communication. Interdisciplinary Perspectives and Theoretical Foundations. Dordrecht, Heidelberg, London, New York, S. 27-37.
- Braun, Marie-Luise (2010): Umweltjournalismus. In: Quandt, Siegfried/Deutscher Fachjournalisten-Verband (Hrsg.): Fachjournalismus. Expertenwissen professionell vermitteln. Konstanz, S. 133-148.
- Dernbach, Beatrice (2007): Journalismus und Nachhaltigkeit. Oder: Ist Sustainability Development ein attraktives Thema? In: Michelsen, Gerd/Godemann, Jasmin (Hrsg.): Handbuch Nachhaltigkeitskommunikation. Grundlagen und Praxis, München, S. 184-196.
- De Witt, Claudia (2007): Beiträge der Medientheorie(n) zu einer von Medien gestalteten Nachhaltigkeitskommunikation. In: Michelsen, Gerd/Godemann, Jasmin (Hrsg.): Handbuch Nachhaltigkeitskommunikation. Grundlagen und Praxis, München, S. 175-183.
- Hansen, Anders (2011): Communication, media and environment: Towards reconnecting research on the production, content and social implications of environmental communication. In: International Communication Gazette 73 (1-2), S. 7-25.
- Heinrichs, Harald (2007): Kultur-Evolution: Partizipation und Nachhaltigkeit. In: Michelsen, Gerd/Godemann, Jasmin (Hrsg.): Handbuch Nachhaltigkeitskommunikation. Grundlagen und Praxis, München, S. 715-726.

- Jahn, Thomas/Schramm, Engelbert (2006): 2.1 Wissenschaft und Gesellschaft. In: Becker, Egon/Jahn, Thomas (Hrsg.): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt/Main, S. 96-109.
- Kruse, Lenelis (2011): Psychological Aspects of Sustainability Communication. In: Godemann, Jasmin/Michelsen, Gerd (Eds.): Sustainability Communication. Interdisciplinary Perspectives and Theoretical Foundations. Dordrecht, Heidelberg, London, New York, S. 69-77.
- Lange, Hellmuth (2007): Lebensstile – Der sanfte Weg zu mehr Nachhaltigkeit? In: Michelsen, Gerd/Godemann, Jasmin (Hrsg.): Handbuch Nachhaltigkeitskommunikation: Grundlagen und Praxis. München, S. 162-174.
- Lüdecke, Gesa/Schulz, Daniel (2011): (Neue) Medien, Partizipation und nachhaltige Entwicklung. In: Heinrichs, Harald/Kuhn, Katina/Newig, Jens: Nachhaltige Gesellschaft. Welche Rolle für Partizipation und Kooperation? Wiesbaden, S. 132-151.
- Luhmann, Niklas (1986): Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen? Opladen.
- Matthies, Ellen (2005): Wie können PsychologInnen ihr Wissen besser an die PraktikerInnen bringen? Vorschlag eines neuen integrativen Einflusschemas umweltgerechten Alltagshandelns. In: Umweltpsychologie 9 (1), S. 62-81.
- Michelsen, Gerd (2007): Nachhaltigkeitskommunikation: Verständnis – Entwicklung – Perspektiven. In: Michelsen, Gerd/Godemann, Jasmin (Hrsg.): Handbuch Nachhaltigkeitskommunikation: Grundlagen und Praxis. München, S. 25-41.
- Michelsen, Gerd/Godemann, Jasmin (Hrsg.) (2007): Handbuch Nachhaltigkeitskommunikation. Grundlagen und Praxis. München.
- Michelsen, Gerd/Godemann, Jasmin (2011): Nachhaltigkeit kommunizieren. Eine konzeptionelle Rahmung. In: Medien Journal 1/2011, Nachhaltigkeitskommunikation – Kommunikation und Nachhaltigkeit, S. 4-15.
- Schäfer, Torsten (2011): Umweltbewusstsein ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Interview mit Prof. Dr. Udo Kuckartz. In: Mit Umweltpolitik die Zukunft gestalten. 25 Jahre Bundesumweltministerium, Berlin, S. 20-22.
- Siebert, Horst (2008): Konstruktivistisch lehren und lernen. Augsburg.

- Siebert, Horst (2011): Sustainability Communication: A Systemic-Constructivist Perspective. In: Godemann, Jasmin/Michelsen, Gerd (Eds.): Sustainability Communication. Interdisciplinary Perspectives and Theoretical Foundations. Dordrecht, Heidelberg, London, New York, S. 109-115.
- Stoltenberg, Ute (2007): Gesellschaftliches Lernen und Partizipation. In: Jonuschat, Helga/Baranek, Elke/Behrendt, Maria/Dietz, Kristina/Schlußmeier, Bianca/Walk, Heike/Zehm, Andreas (Hrsg.): Partizipation und Nachhaltigkeit: Vom Leitbild zur Umsetzung. München, S. 54-66.
- Wormer, Holger/Elmer, Christina/Badenschier, Franziska (2008): Science for Everybody? How the Coverage of Research Issues in German Newspapers has increased dramatically In: Journalism & Mass Communication Quarterly, 4/2008, S. 878-893.
- Ziemann, Andreas (2007): Kommunikation der Nachhaltigkeit. Eine kommunikationstheoretische Fundierung. In: Michelsen, Gerd/Godemann, Jasmin (Hrsg.): Handbuch Nachhaltigkeitskommunikation. Grundlagen und Praxis, München, S. 123-133.

„Es gibt noch immer Verkürzungen und Überzeichnungen“

*Ein Interview mit der Hamburger Professorin Irene Neverla
über den medialen Umgang mit dem Klimawandel*

Von Torsten Schäfer

Der Klimawandel ist in den vergangenen Jahren zu einem der ganz großen internationalen Medienthemen geworden – und hat damit auch die Aufmerksamkeit von Kommunikationswissenschaftlern geweckt. Wie wird das Thema in verschiedenen Ländern dargestellt? Wo gibt es Verkürzungen und Übertreibungen? Derlei Fragen stellen sich Forscher wie die Hamburger Journalistik-Professorin Irene Neverla.

*„Der Klimawandel ist eine Thematik, an der Journalisten
viele andere Themen andocken können.“*

Seit wann ist der Klimawandel überhaupt ein Medienthema?

Die Klimaforschung hat in den 1960er Jahren begonnen; viel berichtet wurde aber erst in den 1980er Jahren, nachdem die Klimaforscher sich aktiv an die Politik gewandt hatten. Und danach wieder zwischen 2005 und 2007, weil es große Ereignisse gab, die auch die Boulevardmedien aufweckten: vor allem der IPCC Report von 2007, aber auch der Hurrikan Katrina in den USA. Durch solche Ereignisse ist ein Interesse entstanden, das bis heute andauert.

Die Allgegenwärtigkeit wirkt fast erdrückend ...

... und lässt einen leicht wegsehen. Klimawandel hat ja eine spezielle Raum- und Zeitdimension: Erfolge jetzigen Handelns sind erst in 70 Jahren sichtbar; das übersteigt die Vorstellungskraft. Und die Motivation, etwas zu tun. Außerdem wirkt der Klimawandel überall auf der Welt, wodurch man ihn schwer verorten kann. Zudem sind bei anderen Umweltproblemen die Schuldigen klarer auszumachen – wie BP bei der Ölkatastrophe. Das funktioniert beim Klimawandel nicht so einfach. Umso größer sind die Herausforderungen an die Medien, kreativ und anschaulich zu berichten.

Da ist es einfacher, auf den Zug der Klimaskeptiker aufzuspringen?

Klimaskepsis hat immer wieder Konjunktur, zum Beispiel nachdem bekannt wurde, dass englische Forscher Erkenntnisse zurückgehalten haben und sich der Weltklimarat bei der Gletscherschmelze im Himalaya verrechnet hat. Das hat zu einer heftigen Debatte in den Medien über die Glaubwürdigkeit der Klimaforschung geführt. Vielleicht hat nicht nur der kalte Winter, sondern auch dieses „Climategate“ Wirkung in der Bevölkerungsmeinung gezeigt. Die BBC hat im Februar 2010 eine große Umfrage durchgeführt. Ergebnis: Nur 26 Prozent sahen als wissenschaftlich erwiesen an, dass der Klimawandel durch Menschen gemacht wird – im Gegensatz zu 41 Prozent nur drei Monate zuvor. Das Klimathema war wieder einmal strittig geworden.

Es gerät immer wieder in die Kritik, vor allem durch Kritik an der Klimaforschung. Wird das Thema dadurch irgendwann verschwinden oder sehr viel kleiner werden?

Medien vergessen schnell. Und der Klimawandel hat einen Aspekt, der ihn zum langfristigen Thema macht: er weckt starke Assoziationen wie den Glauben an die Natur, an Reinheit und Ursprünglichkeit. Deshalb ist das Thema auf einer ganz elementaren Ebene zunächst einmal positiv besetzt. Es gilt etwas zu schützen, das einen Unschuldsscharakter hat. Auch deswegen ist der Klimawandel das neue Metathema geworden: Eine Thematik, an der Journalisten viele andere Themen, oft Umweltthemen, andocken können, weil sie Anschlusskommunikation zulässt: Klima, das ist ein Politik-, Wirtschafts- oder Kulturthema. Es ist global, überregional und lokal.

„In Deutschland haben wir einen Katastrophismus, anderswo hat das Thema viel weniger Bedeutung.“

Inwieweit bestehen nationale Unterschiede in der Berichterstattung?

Vordergründig wird weltweit über ein gemeinsames Thema debattiert. Aber tatsächlich ist der Zuschnitt national komplett unterschiedlich. Überzeichnet lässt sich sagen: In Deutschland haben wir einen Katastrophismus, der früh stark zuspitzt und auffordert, schnell etwas zu tun. Ähnlich ist es in Schweden – mit einem Unterschied: Die Medien appellieren dort viel stärker an die Verantwortung des Einzelnen und seine Möglichkeiten, etwas zu tun. In Deutschland wird vor allem die Regierung in die Verantwortung genommen. In Südeuropa wiederum steht das Thema kaum im Vordergrund.

Und über die Ozeane geblickt?

In Australien, das eine einflussreiche Kohleindustrie hat, gibt es einen Kulturkampf: Wenige Klima-Aktivisten gegen eine Mehrheit, die das Thema abwiegelt. In Indiens Zeitungen ist der „Norden“ schuld – und man selbst deshalb nicht so sehr in der Verantwortung. Die steigenden CO₂-Emissionen der eigenen Mittel- und Oberschicht sind kein Thema. In den USA kommt beim „balanced reporting“ immer die Gegenseite zu Wort – auch wenn sie einer radikalen Minderheit angehört. Deshalb haben Klimaskeptiker viel Beachtung gefunden. Und der US-Journalismus hat sich, wie in vielen Ländern, dem politischen Mainstream angepasst: der Klimaskepsis, die dort unter Bush lange herrschte.

Was bemängeln oder vermissen Sie in der Berichterstattung?

Es gibt noch immer Verkürzungen und Überzeichnungen. Die Erderwärmung ist zum Beispiel nicht für jeden zu warmen Sommer verantwortlich. Oder nehmen wir die Bilder des Eisbären auf der Eisscholle, die uns ikonenhaft präsentiert werden – aber für sich genommen nichts beweisen. Und so genau will man es oft gar nicht wissen. Warum etwa sind in Bangladesch die Folgen des Meeresspiegelanstiegs so groß? Im extrem dicht besiedelten Deltagebiet leben 40 Millionen Menschen, von denen 60 Prozent Analphabeten sind. Sie sind arm, schlecht informiert, haben keine Alternative – und leben deshalb teils vor den Hochwasserdeichen! Solche sozialen Zusammenhänge werden oft verschwiegen. Oder schlichtweg vergessen.

November 2011

Das letzte Kind im Wald?

Journalistische Irrtümer über unser alltägliches Verhältnis zur Natur

Von Rainer Brämer

Natur ist ein elementares Lebensmedium. Um uns herum ist Natur, wir selbst sind Natur: Was unser Verhältnis zur Natur angeht, da sollten wir uns aus eigener Erfahrung eigentlich bestens auskennen. Tun wir das tatsächlich? Haben wir uns vielleicht doch schon so weit von unserer natürlichen Umwelt entfernt, dass wir da nicht mehr ganz klar sehen? Die natursoziologische Forschung ist einigen Klischees auf den Grund gegangen – mit verblüffenden Ergebnissen.

Die Natur ist für viele reizüberflutete Kinder und Jugendliche einfach zu langweilig.

Kontakt zur Natur verloren?

Es war ein US-Starjournalist, der im Jahre 2005 mit seinem Buch „*Last Child in the Woods – Saving Our Children from Nature-Deficit-Disorder*“ (Louv 2005) die amerikanische Öffentlichkeit aufrüttelte. Richard Louv dokumentiert darin auf drastisch-anschauliche Weise, wie wenig amerikanische Kinder und Eltern noch mit Natur im Sinn haben. Damit setzte er unter der Devise „*Leave No Child Inside*“ ein „*Children and Nature Movement*“ in Gang, das bis heute die gesamte Nation von nationalen Einrichtungen über viele bundesstaatliche Institutionen und Organisationen bis hin zu zahllosen örtlichen Initiativen beschäftigt. In den deutschen Büchermarkt fand das Buch erst mit sechs Jahren Verspätung Eingang. Sein Titel ist mit „Das letzte Kind im Wald?“ fantasielos übersetzt und klingt für deutsche Ohren befremdlich. Aber trifft Louvs Situationsbeschreibung denn auch bei uns zu?

Teils, teils. Der Buchtitel jedoch liegt arg daneben. Im Rahmen des Jugendreports Natur 2006 und, um sicher zu gehen, nochmals 2010 wurde über tausend deutschen Sechst- und Neuntklässlern aller Schulformen die Frage gestellt: „Wie oft bist Du im letzten Sommer durchschnittlich im Wald gewesen?“ Jeweils ein Drittel kreuzte „mehrmals pro Woche“, ein weiteres Drittel „mehrmals pro Monat“ an. Noch höher lagen die Quoten für den Aufenthalt auf Wiesen und Feldern sowie im Garten. Zwar hing die Waldbesuchsfrequenz begreiflicherweise stark von der Entfernung zum Wald ab. Aber selbst reine Stadtkinder waren eigenen Angaben zufolge zur Hälfte mehr als einmal pro Monat im Wald (Brämer a). Das Problem sind daher nicht so sehr mangelnde Kontakte, sondern liegt woanders: Natur, das belegt der Jugendreport immer wieder, ist für viele reizüberflutete junge Menschen einfach zu langweilig.

Sehnsucht nach Wildnis?

Wildnis gilt als Inbegriff von Natur. Die Schaffung von immer mehr Nationalparks wird unter anderem damit begründet, dass der moderne Mensch im Gegenzug zur immer weiteren Verkünstlichung seiner alltäglichen Lebenswelt eine wachsende „Sehnsucht nach Wildnis“ entwickelt. Evolutionsbiologen unterstellen mit dem Schlagwort „Biophilie“ gar eine angeborene Liebe zur Natur, die zumindest bei jungen Menschen noch ihre volle Wirkung entfalten kann. Geht der Trend also wieder zurück zu unseren Ursprüngen oder sitzen wir nur dem transferierten Mythos amerikanischer Wildnisromantiker auf?

Tatsächlich ist Umfragen zufolge (Brämer b) Wildnis in der abstrakten Werteskala der Zeitgenossen hoch angesiedelt, und zwar umso höher, je sanfter sie sprachlich daherkommt. Mit bis zu 80 Prozent am meisten Sympathisanten findet sie in der Formulierung „unberührte Natur“ oder „Wildnislandschaft“, gefolgt von „wilder Natur“, „wilder Wald“ und „heimische Urwälder“. Der reine Begriff „Wildnis“ trifft auf unterschiedliche Akzeptanz: als abstrakte Größe auf deutlich über 50 Prozent, in Verbindung mit Aktivitäten wie Expeditionen auf deutlich unter 50 Prozent. Für die Vorstellung, ganz konkret

durch die Wildnis zu wandern, können sich gar nur 15 Prozent erwärmen – und das in allen Generationen. Allzu hautnah möchte man ihr doch nicht ausgeliefert sein.

Bittet man in Umfragen wie dem „Jugendreport Natur“ oder der „Naturbewusstseinsstudie“ um freie Einfälle zu naheliegenden Schlüsselwörtern wie „Natur“ oder „Naturschutz“, so spielt Wildnis nur noch eine randständige Rolle: ihr Anteil an der Gesamtheit aller Einfälle liegt meist nur in der Größenordnung von Promille. Offenkundig ist Wildnis, wenn wir nicht explizit darauf angesprochen werden, in unseren Köpfen kaum präsent. Von Sehnsucht also keine Spur. Auf weit mehr Resonanz stößt das Gegenteil von wilder Natur. Über 90 Prozent unserer Mitbürger befürworten eine saubere, aufgeräumte Natur. Kein anderes Naturmerkmal erfährt eine höhere Bewertung, und das unabhängig von Alter, Geschlecht und Bildungsgrad. Jeder zweite geht noch weiter, indem er die wildnis und naturschutzwidrige Meinung vertritt, das Wegräumen von toten Bäumen und Ästen nütze dem Wald. Soll Natur also aussehen wie die Wohnstube der schwäbischen Hausfrau? Erscheint uns Wildnis, wenn es darauf ankommt, vielleicht doch ein bisschen zu unordentlich, zu natürlich oder gar zu bedrohlich?

*Hinter den Aussagen der Befragten steht die Sehnsucht
nach einer übersichtlich-heilen Welt.*

Förster als Samariter des Waldes?

Obwohl wir alle täglich von und mit ihren Produkten leben, stellen Land- und Forstwirtschaft keine prickelnden Themen für die Medien dar. Wenn darüber berichtet wird, dann werden unter Berufung auf Umwelt- und Naturschützer eher bedrohliche Szenarien entworfen: von der profitorientierten Zerstörung der Landschaft, dem Auslaugen der Böden, dem Einsatz monumentaler Maschinen und so weiter. Sind also die lokalen Hauptakteure unseres Umgangs mit Natur, Bauern und Förster, in den Augen der Bevölkerung die großen Naturschänder?

Das ist gar nicht so einfach zu beantworten. Denn im alltäglichen Naturbild spielt alles, was mit der wirtschaftlichen Nutzung von Natur zu tun hat, so gut wie keine Rolle. Um ihre spontanen Gedanken zum Thema Natur gebeten, äußern sich weder Erwachsene noch Jugendliche in nennenswertem Maße zu Nutzpflanzen, Nutztieren oder deren Bewirtschaftung (Brämer c). Ähnliches gilt für das Thema Naturschutz: Ohne besonderen Anlass wird in diesem Zusammenhang kaum ein Gedanke auf die Produktion natürlicher Rohstoffe verschwendet. Ihre für uns alle tagtäglich lebenswichtige Bedeutung wird ebenso verdrängt wie die damit verbundenen Beeinträchtigungen des Naturhaushalts (Brämer d). Fragt man direkt nach, so kommen Land- und Forstwirte indes erstaunlich gut weg. Im jüngsten „Jugendreport Natur“ bescheinigen knapp 50 Prozent der befragten Jugendlichen den Bauern und sogar knapp 80 Prozent den Förstern einen hohen Grad der Rücksichtnahme auf die Natur. In beiden Fällen verweigern ihnen nur etwa 10 Prozent ausdrücklich diese Anerkennung. Dahinter steht das ähnlich verbreitete Bild vom vorwiegend pflegend und fürsorglich tätigen Wald- und Flurpersonal (Brämer e).

Erwachsene sehen die Dinge kaum anders: In einer repräsentativen Forstkommunikationsstudie bejahten über 80 Prozent von ihnen die Feststellung „Der Förster ist in erster Linie dafür da, den Wald mit seinen Tieren und Pflanzen zu schützen und zu pflegen“ (Kleinhüchelkotten u. a. 2009). Dieses realitätsferne Samariterbild scheint eher veralteten Schulbüchern als den modernen Medien zu entstammen. Wie der Erfolg des Magazins „Landlust“ zeigt, scheint dahinter vor allem die nostalgische Sehnsucht nach einer übersichtlich-heilen Welt zu stehen.

Gute Natur?

Große Naturkatastrophen sind immer auch große Themen für die Medien. Von daher sollten wir alle wissen, wie gefährlich Natur auch im Zeitalter ihrer vermeintlichen technologischen Beherrschbarkeit sein kann. Ist uns das angesichts unserer weitgehend auf die Freizeit beschränkten und entsprechend ästhetisierten Naturkontakte noch hinreichend bewusst? Kaum. Für die Mehrheit der Befragten scheint von der Natur keine Bedrohung auszugehen.

Nicht weniger als drei Viertel der Erwachsenen wie Jugendlichen bejahen gleichermaßen Feststellungen wie „Was natürlich ist, ist gut“ und „Die Natur wäre in Ruhe und Frieden, wenn der Mensch sie in Ruhe ließe.“ Obwohl man auch neutrale oder verneinende Antworten geben konnte, verführt die für Industrieländer typische Naturverklärung zur massenhaften Bejahung von derlei unsinnigen Behauptungen. Hierin zeigt sich mehr noch als in mangelnden Naturkenntnissen ein hohes Maß an Naturentfremdung (Brämer f).

Jedes Mal, wenn mal wieder eine Tartarenmeldung über erschreckende Naturwissensdefizite unserer Jugend durch die Medien geht, scheint es für viele nur einen Trost zu geben: das sei eben eine unausweichliche Folge des zunehmenden Naturverlustes unserer Städte – aber auf dem Land, da sähen die Dinge noch anders aus. Tatsächlich? Das ist nur insoweit der Fall, als Landkinder in der Tat über mehr Naturkontakte (s.o.) und folglich auch über mehr Naturerfahrungen verfügen. Im Übrigen gilt ganz generell, und das auch für Stadtkinder: Je näher junge Menschen am Wald wohnen, desto öfter besuchen sie ihn und desto wohler fühlen sie sich dort. Das könnte ein Trost sein.

Unser Naturverständnis ist diffus und widersprüchlich – und wird vielleicht mehr von den Medien bestimmt als von der Wirklichkeit.

Der Jugendreport Natur 2010 hat erstmals mit einem Wissensschwerpunkt aufgewartet – nicht zu Schulwissen, sondern zu praxisnahem Wissen vorzugsweise aus den Bereichen Land- und Forstwirtschaft. Obwohl quasi auf sie zugeschnitten, haben Landkinder von den 17 Wissensfragen nur drei besser beantwortet, Stadtschüler waren in einer Frage vorn. Das ist ein unerwartet geringer Unterschied (Brämer g). Ihr generelles Naturbild und ihre Einstellungen zur Natur unterscheiden sich ebenfalls kaum von dem ihrer städtischen Altersgenossen – mit einer Ausnahme: von Förstern und Jägern (nicht aber von Bauern) haben sie auf Grund persönlicher Beziehungen ein positiveres Bild. Dafür ist ihr Verständnis von Naturschutz ebenso diffus und widersprüchlich wie das von Nachhaltigkeit. Offenbar hat der auf Natur bezogene jugendliche Wertehorizont so gut wie nichts mit der Nähe zur natürlichen Umwelt zu tun, sondern scheint andere (mediale?) Quellen zu haben (Brämer h).

Jugend als Störer des Waldfriedens?

Es ist schon fast ein Volksglaube: Wenn im Wald Müll herumliegt, dann haben ihn Jugendliche dorthin geschmissen. Und sie sind es auch, die mit ihrem lärmenden Gehabe rücksichtslos die Ruhe des Waldes zu stören pflegen. Haben sie wirklich keinen Sinn für die Erholungsbedürfnisse der Erwachsenen? Soweit übersehbar, gibt es keine realistischen Feldstudien zum jugendlichen Verhalten im Wald. Und lebenspraktische Erfahrung deutet eher auf die im Wald Beschäftigten als Hauptlärmquelle und autofahrende Erwachsene als allzu bequeme Müllentsorger hin. Dennoch haben kritische Nachfragen bei der Generation der Hauptverdächtigten verblüffende Ergebnisse erbracht.

Jugendliche sind keine Wald-Rowdys, sondern schätzen Nachhaltigkeit und Stille.

Was den Müll betrifft, so gibt es für Jugendliche – ähnlich übrigens wie für Erwachsene – nach eigenen Angaben kein schlimmeres Vergehen, als ihn in den Wald zu schmeißen. So denkt jeder Vierte Teilnehmer am Jugendreport Natur sofort an Müll, wenn das Thema Naturschutz angesprochen wird – zum Vergleich: An Artenschutz denken 6 Prozent, an Landwirtschaft 2 Prozent, an Nachhaltigkeit 0,3 Prozent. Gezielt befragt sind 97 Prozent der Meinung, dass Abfall dem Wald schadet (Rang 1 unter den Schadfaktoren). Rund 85 Prozent halten Mülldisziplin im Wald für den wichtigsten Faktor von naturschutzkonformem Verhalten und Nachhaltigkeit (beides Mal Rang 1), und ebenso viele wollen sich auch an das Wegschmeißverbot halten (Rang 1 der Verhaltensskala). Mit Blick auf die eigene Vergangenheit bekennt allerdings über die Hälfte, dagegen schon mal verstoßen zu haben (Rang 1 unter den Natursünden). Dafür haben 40 Prozent auch schon mal Müll im Wald gesammelt (Rang 1 unter den guten Taten).

Ähnlich eindeutig ist ihre Einstellung zur Stille im Wald. Wie bei den Erwachsenen geben rund drei Viertel von ihnen an, sie besonders zu genießen. Wer hätte das von einer Generation gedacht, die sich ständig mit Musik umgibt? Zwar hört die Hälfte selbst beim Spazieren im Grünen gerne Musik, aber das

wohl vor allem, weil es in Begleitung von Eltern so langweilig ist und man seinen iPod ohnehin dabei hat. Die Musik dagegen volle Kanne in den Raum abzulassen – dafür ist ihnen die Natur offenbar dann doch zu schade. Wer immer den Wald mit leeren Verpackungen und Lärm vollmüllt: Innerhalb der Jugend sind es nur Vereinzelte, und sie stoßen bei Gleichaltrigen nicht auf sonderliche Sympathie (Brämer i).

Die naturwissenschaftlichen Fächer besitzen weder in der Schule und noch im Studium ein Deutungsmonopol in Sachen Natur.

Was hat Natur mit Naturwissenschaft zu tun?

Wenn es um das Thema Natur geht, sind aus der Perspektive der Medien üblicherweise die Naturwissenschaften zuständig. Auch Natur- und Umweltschützer berufen sich vorrangig auf die „exakten Wissenschaften“. In der Schule wird Natur spätestens ab der Sekundarstufe fast ausschließlich im naturwissenschaftlichen Unterricht behandelt. Verfügen die Naturwissenschaften also über das Deutungsmonopol für alles, was mit Natur zu tun hat? Im nichtveröffentlichten, alltäglichen Naturbild Erwachsener wie Jugendlicher sieht das ganz anders aus (Brämer j). Unter den bereits erwähnten freien Einfällen zum Stichwort „Natur“ nehmen bestenfalls ein Prozent auf die Naturwissenschaften und ihren Fundus fachspezifischer Vokabeln oder Erkenntnisse Bezug. Unter Studierenden sieht das nicht viel besser aus. Selbst wenn sie in einem naturwissenschaftlichen Fach eingeschrieben sind, fallen zum Stichwort Natur nur wenigen ihre eigenen Fächer ein. Was dabei allen einfällt, gleich welchen Alters, sind Tiere, Pflanzen und – insbesondere Erwachsenen – Landschaftselemente wie Wald und Wiesen. Fast wichtiger noch: Das alltägliche Naturbild hat, anders als die Wissenschaften, eine ausgeprägte Gefühls- und Erlebniskomponente.

Auf die explizite Nachfrage, wie viel die einzelnen Schulfächer mit Natur zu tun haben, erfuhren die von den Naturwissenschaften abgeleiteten eine sehr unterschiedliche Einschätzung. Erwachsene bescheinigten zu 80 Prozent der Biologie und zu 60 Prozent der Erdkunde einen engen Naturbezug. Der Physik und Chemie mochten das nur 30 Prozent zugestehen. Bei Schülern lagen

die Quoten sogar noch niedriger. Ähnlich fielen die Antworten auf die Frage aus, in welchen Fächern man viel über Natur gelernt habe. Physik und Chemie werden also nur in Grenzen mit Natur in Verbindung gebracht, grob 40 Prozent der Erwachsenen und 50 Prozent der Jugendlichen gaben sogar an, dort wenig oder nichts über Natur gelernt zu haben. Offenbar erkennen die Betroffenen in den Inhalten dieser Fächer die Natur nicht so recht wieder. Trotz systematischer Beschulung haben die Wissenschaften von der Natur ihr Deutungsmonopol im gelebten Alltag bei weitem nicht so wie in den Medien durchsetzen können.

Natur im Widerspruch

Im Gegensatz zum wissenschaftlichen ist das alltägliche Naturbild indes auch nicht annähernd konsistent und widerspruchsfrei. Das beginnt schon damit, dass es keinen Konsens darüber gibt, was Natur ist und wie sie sich von was auch immer abgrenzt. Die Naturwissenschaftler äußern sich zu dieser elementaren Frage cleverer Weise in der Regel überhaupt nicht, und wer sich hilfeschend an die für das große Ganze zuständigen Philosophen wendet, wird erfahren, dass sie sich darüber durchaus uneinig sind. Nicht selten konstatieren sie sogar resigniert, dass es keine verbindliche Naturdefinition geben kann, weil der Begriff keinen Sinn macht. Sollte man also aufhören, darüber zu reden?

Natürlich nicht. Ohne diesen Begriff würde zumindest den zivilisierten Gesellschaften eine zentrale Orientierung und Selbstversicherung verloren gehen. Stattdessen muss man sich klar machen, was der Kern des Problems ist. Er besteht in der nicht eindeutig lösbaren Frage nach dem Stellenwert des Menschen in der Natur. Gehört er dazu oder nicht, und wenn ja, mit welchen Teilen, Taten und Werken? Letztlich unterscheidet also unser Menschenbild darüber, was wir für Natur halten und wo wir ihre und unsere Grenzen sehen. Ein einheitliches Menschenbild aber kann und wird es nicht geben.

Was folgt daraus? Wer dem Thema Natur im Alltag und in der Gesellschaft gerecht werden will, muss den Menschen in sein Naturbild einbeziehen. Die klassischen Naturwissenschaften grenzen den Menschen, sofern sie ihn nicht

selbst zum Gegenstand gemacht haben, bewusst aus ihrem Blickfeld aus. Dieser grandiosen Simplifizierung verdanken sie ihre unbestreitbaren Erfolge, beschränken damit den Gültigkeitsbereich ihrer Aussagen aber massiv. Ihnen wie selbstverständlich die Definitionsmacht über Natur zu überlassen, wäre von daher ein grober Fehler.

Wer dem Thema Natur gerecht werden will, der muss den Menschen in sein Naturbild einbeziehen. Dazu bedarf es auch der Geisteswissenschaften.

Wenn wir schon zunehmend dazu neigen, zu allen wichtigen Problemen auch die Wissenschaften zu befragen, dann dürfen wir uns im Falle der Natur keineswegs auf die Naturwissenschaften beschränken. Wir brauchen dazu auch die Sozial-, Human- und Geisteswissenschaften. Die allerdings haben sich aus falschem Respekt vor den übermächtigen Naturwissenschaften noch nicht so recht aus der Deckung gewagt.

Am ehesten hat sich das noch die Philosophie zugetraut, sie ist dabei aber ähnlich wie die Medien weitgehend in das Kielwasser der Naturwissenschaften geraten. In den letzten Jahrzehnten hat sich darüber hinaus vornehmlich in den USA eine Art Naturpsychologie erfolgreich daran gemacht, das Verhältnis Mensch-Natur zu erhellen. In Deutschland steht sie aber bestenfalls in den Anfängen, weil sie sich nur schwer von einer dominierenden Umweltpsychologie emanzipieren kann.

Das gilt analog auch für die Natursoziologie. Von ihr ist zu hoffen, dass sie, indem sie sich unserer alltäglichen Beziehung zur Natur annimmt, deren Ungereimtheiten und Widersprüchen auf die Spur kommt. Als eine Naturwissenschaft mit anderen, vorzugsweise empirisch-sozialwissenschaftlichen Mitteln kann sie uns zu einem realistischeren Bild vom Verhältnis Natur-Mensch-Gesellschaft verhelfen und damit letztlich auch zur Klärung der hier nur ansatzweise skizzierten Irrtümer beitragen. Exemplarisch versucht sich die junge Website www.natursoziologie.de in diese Richtung vorzutasten.

Quellen

- Brämer, Rainer (a): Jugend ohne Natur? Jugendreport Natur 1997-2010 zu Umfang und Art von Naturkontakten. <http://www.natursoziologie.de/NS/naturerfahrung/naturerfahrung.html>. Der „Jugendreport Natur“ ist über alle Jahrgänge komplett dokumentiert auf <http://www.natursoziologie.de/NS/jugendreport-natur/jugendreport-natur.html>.
- Brämer, Rainer (b): Alle Umfragedaten in: Wildnis oder Ordnung in der Natur? Eine Meinungsbilanz auf empirischer Grundlage. <http://www.natursoziologie.de/NS/naturschutz/naturschutz.html>.
- Brämer, Rainer (c): <http://www.natursoziologie.de/NS/natur/naturverstaendnis-empirisch.html>.
- Brämer, Rainer (d): <http://www.natursoziologie.de/NS/naturschutz/naturschutz.html>.
- Brämer, Rainer (e): <http://www.natursoziologie.de/NS/naturnutz/landwirtschaft.html>.
- Brämer, Rainer (f): Natur infantil? Die Bambisierung der Natur hat die Erwachsenen erreicht. <http://www.natursoziologie.de/NS/natur-im-wertehorizont/bambisyndrom.html>.
- Brämer, Rainer (g): Nutzloses Naturwissen? Produktive Natur im Fokus des Jugendreports Natur 2010. <http://www.natursoziologie.de/NS/naturwissen/naturwissen.html>.
- Brämer, Rainer (h): <http://www.natursoziologie.de/NS/jugendreport-natur/jugendreport-natur-2010.html> und dortige Links.
- Brämer, Rainer (i): Natur als stille Gegenwelt. Ruhe und Ordnung als Eckpfeiler des jugendlichen Naturbildes. <http://www.natursoziologie.de/NS/natur-im-wertehorizont/natur-im-wertehorizont.html>.
- Brämer, Rainer (j): Was hat der naturwissenschaftliche Unterricht mit Natur zu tun? Empirische Antworten auf eine nur scheinbar dumme Frage. <http://wanderforschung.de/files/nunatur1271689280.pdf>. <http://www.natursoziologie.de/NS/natur-in-der-schule-44/natur-in-der-schule.html>.
- Kleinhückelkotten, Silke. u.a. (2009): Kommunikation für eine nachhaltige Waldwirtschaft. Hannover.
- Louv, Richard (2005): Last Child in the Woods – Saving Our Children from Nature-Deficit-Disorder“. Chapel Hill. (deutsch: Das letzte Kind im Wald – Geben wir unseren Kindern die Natur zurück. Weinheim 2011.)



Seeadler

Majestätische Eleganz: Die Rückkehr des Seeadlers ist einer der besten Beweise für den Erfolg europäischer Naturschutzpolitik; Regierungen verboten Pestizide, die seine Eierschalen brüchig gemacht hatten. Die EU stellt den Seeadler unter Schutz. Und Naturschützer bewachten vielerorts Nester und fütterten die Vögel im Winter. Heute gilt die Art als „nicht mehr gefährdet“. Tschechien, Dänemark, Österreich und die Niederlande hat der Seeadler ganz neu erobert.

Bild: Staffan Widstrand

Umweltjournalismus

Die Suche nach den großen Zusammenhängen im Grenzbereich zwischen Ökonomie, Natur und Technik

Von Bernward Janzing

Wo der klassische Journalismus die Segel streicht, fängt der Umweltjournalismus erst an: mit dem Erforschen komplexerer Zusammenhänge zwischen Ökonomie, Natur und Technik.

Nur eine Stelle gibt es, an der all diese Themen zusammen finden: die Technik und die Natur, die Politik und die Wissenschaft, die Ökonomie und die menschlichen Grundbedürfnisse nach gesunder Ernährung und sauberem Lebensraum. Diese Stelle ist die Ökologie. Wer als Journalist die großen Zusammenhänge sucht, jene Themen, die sich global aufdrängen und zugleich in jedem kleinsten Dorf ihre Fortsetzung finden, der landet zwangsläufig beim Umweltjournalismus.

Es ist das Denken in Zusammenhängen, das die Umweltwissenschaften auszeichnet. Und so fängt Umweltjournalismus oft dort an, Beziehungen herzustellen, wo der klassische Journalismus aufhört. Ein Beispiel: Eine Nachrichtensendung berichtet über das Problem des Klimawandels und die Versuche der internationalen Politik, diesen zu bremsen. Dann ein Schnitt. Weiter geht es mit einem Bericht über ein Formel-Eins-Rennen. Umweltjournalismus würde diese beiden Themen so isoliert nie stehen lassen, er würde ihren Zusammenhang benennen.

Denn die Basis des Umweltjournalismus ist die ganzheitliche Sicht auf die Welt, er beschreibt die Synergetik von immer komplexer werdenden Gesellschaften. So anerkennt der Umweltjournalismus zum Beispiel auch, dass die Staatsverschuldung einerseits und die Ausbeutung der Natur andererseits eng gekoppelt sind – es sind Probleme, die vor allem daraus resultieren, dass Volkswirtschaften über ihre Verhältnisse leben.

Es ist der Grenzbereich zwischen Ökonomie, Natur und Technik, der den Umweltjournalismus prägt und so spannend macht. Und natürlich hat sich das Metier erheblich gewandelt in den Jahrzehnten. In den 1970er Jahren wurde die Umweltberichterstattung durch das Buch „Die Grenzen des Wachstums“ und durch die Ölkrise geprägt, außerdem durch die Anfänge der Anti-Atom-Bewegung. Die Umweltdebatte wurde einerseits intellektuell geführt durch Werke wie „Ein Planet wird geplündert“ von Herbert Gruhl, Mitbegründer der Grünen. Andererseits folgte sie auf den Bauplätzen der Atomwirtschaft den Mustern der 68er-Protestbewegung.

Horst Stern machte den Anfang

In den 1980er Jahren begann die Umweltberichterstattung im engeren Sinne: Horst Sterns Umweltmagazin *Natur* kam 1980 auf den Markt, *ÖkoTest* fünf Jahre später. Die Herangehensweise war nun häufig lösungsorientiert. Das Thema Ökologie drang in den Alltag ein, die Zeitungen druckten Umweltseiten mit Ratgebercharakter.

In der Tat gab es für die Probleme oft einfache Lösungen. Die Debatte um das Waldsterben führte zur Großfeuerungsanlagenverordnung, womit die Schwefelemissionen in Deutschland massiv gesenkt wurden. Die Diskussion um das Ozonloch, das durch Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) hervorgerufen wird, führte 1987 zum Montrealer Protokoll, das mit seinem FCKW-Ausstieg bis heute als Musterbeispiel eines erfolgreichen internationalen Vertrages gilt. Aber auch eine Katastrophe zeigte Wirkung: Die Energiewende bekam einen kräftigen Schub, als im April 1986 der GAU von Tschernobyl die Atomkraft auf bisher nicht gekannte Weise in die Diskussion und in Verruf brachte. Mit dem Beginn der 1990er Jahre erlahmte dann allerdings

das Interesse an Umweltfragen; die Deutsche Vereinigung war noch zu jung, um Spielraum zu lassen für andere Themen.

Gleichwohl gründeten sich immer mehr Firmen im Sektor der erneuerbaren Energien. In der fortschrittlichen Presse drang die Umweltberichterstattung nun langsam von den Ratgeberseiten in die Wirtschaft vor. Zugleich suchte die Gesellschaft nach neuen ökonomischen Wegen: 1994 gründete sich der „Förderverein Ökologische Steuerreform“, das heutige „Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft“. Und die erste rot-grüne Bundesregierung führte kurz vor der Jahrtausendwende die Ökosteuer ein, um Energie teurer und Arbeit billiger zu machen.

Die Umweltdebatte erlebte in den 80ern und 90ern ihren Peak, danach fand sie kaum noch statt.

Bald nach der Jahrtausendwende wurde die Umweltdebatte dann hemmungslos von der Wirtschaft vereinnahmt. Umwelttechnik wurde zum Börsenstar, auch konservative Teile der Gesellschaft begeisterten sich plötzlich für „Green-Tech“. Technokraten übernahmen die Wortführerschaft, sie hielten technisch alles für lösbar, auch das Klimaproblem. In der Industrie wurde entsprechend alles grün gefärbt. Gut, dass es im Internet einen Blog gibt, der solches „greenwashing“ aufdeckt: www.klima-luegendetektor.de.

Heute findet eine Debatte um ökonomische Leitlinien, die von der Politik kommen müssen, kaum mehr statt. Die Fortentwicklung der Ökosteuer, einst ein Meilenstein ökologischer Politik, ist zum Nischenthema geworden. „Nicht durchsetzbar“ lautet das resignative Urteil selbst unter einstigen Protagonisten.

Das Jahrzehnt der Suffizienz

Doch in den 2010er Jahren verspricht die Umweltdebatte wieder komplexer zu werden. Das Jahrzehnt wird vom Thema Suffizienz geprägt sein. Einerseits zwangsläufig, weil die Grenzen des Wachstums sichtbar werden. Andererseits

aus der nüchternen intellektuellen Erkenntnis heraus, dass Einschränkungen des weltweiten Konsums nötig sind, um die Erde bewohnbar zu halten. Bemerkenswert ist, dass so unterschiedliche Zeitungen wie die taz und die Financial Times Deutschland zum Jahreswechsel 2011/2012 jeweils eine Serie zum Thema „Grenzen des Wachstums“ druckten.

Der Umweltjournalismus wird der Gesellschaft auch aufzeigen müssen, dass weniger mehr sein kann: „Gut leben statt viel haben.“

Die Herausforderung des Umweltjournalismus in den 2010er Jahren wird es sein, die Debatte um künftige Lebensstile qualifiziert zu begleiten. Umweltjournalismus wird vor allem aufzeigen müssen, dass weniger Bruttoinlandsprodukt gleichwohl mehr Lebensqualität bedeuten kann – weil Luft, Boden und Wasser weniger belastet werden, weil weniger Land überbaut wird, weil die Artenvielfalt geschützt und das Weltklima geschont wird.

Die Maxime des Jahrzehnts könnte die Abwendung vom herrschenden Konsumismus und Materialismus werden; fokussiert in einem Satz, den schon Ex-Bundespräsident Horst Köhler einst zitierte: „Gut leben statt viel haben.“ Noch widerspricht das dem Mainstream, der noch immer in quantitativem Wachstum sein Heil sucht. Aber so war Umweltjournalismus eben immer: seiner Zeit voraus.

Klima-Berichterstattung

Zwischen Panik und Pragmatismus

Von Michael Bauchmüller

Appelle nutzen wenig: Berichterstattung über Klimapolitik ist eine journalistische Zerreißprobe.

Als sich Deutschlands Umweltjournalisten im Herbst 2011 auf den Klimagipfel in Durban vorbereiten, können sie aus folgenden Informationen schöpfen: Unwetter setzen halb Thailand unter Wasser, im dortigen Parlament wird ernsthaft über eine Verlegung der Hauptstadt diskutiert, weg aus Bangkok. Am Horn von Afrika werden Menschen von der schlimmsten Hungerkrise seit mehr als 60 Jahren heimgesucht, sie hat sich längst zur humanitären Großkrise ausgewachsen. Der jüngste Sonderbericht des Weltklimarats konstatiert abermals einen Zusammenhang zwischen Treibhauseffekt und Naturkatastrophen. Und die weltweiten Kohlendioxid-Emissionen sind im Jahr 2010 so hoch gewesen wie nie, aller Klimapolitik zum Trotz.

Als dieselben Journalisten Wochen später aus Durban zurückkehren, berichten sie von kleinlichem Streit um einige wenige Worte im Schlussdokument, von Staaten, die jeden Fortschritt zu untergraben versuchen, und vor allem davon, dass bis 2020 ein neues Klimaabkommen in Kraft sein soll. Vielleicht. Frühestens. Wahrscheinlich verbindlich. Dies, so sagen Verhandler, sei ein Durchbruch. Ein Durchbruch?

Berichterstattung über Klimapolitik ist eine journalistische Zerreißprobe. Die Katastrophe ist ein ständiger Begleiter, ebenso aber die politische Unzulänglichkeit. Wer mit dem Anspruch antritt, publizistisch die Welt zu verändern, wird rasch frustriert. Klimapolitik ist hierzulande längst politisch verankert; die entscheidenden Widerstände aber finden sich weit jenseits des eigenen Publikums, in den USA, Indien, Kanada. Der Appell allein nutzt hier wenig, Neuigkeiten gibt es auch selten zu enthüllen. Dafür sind die Diagnosen des

Klimaproblems zu manifest, wie auch die Widerstände und Winkelzüge. Und trotzdem ist es für Umweltjournalisten eines der interessantesten Felder überhaupt.

Kein Bereich ist so vielschichtig

Denn kaum ein Bereich der Umweltpolitik ist so vielschichtig. Klimawandel ist mehr als nur die Bedrohung natürlicher Grundlagen durch ungezähliges Wachstum. Weil er Grenzen überschreitet, ist er schwieriger zu fassen. Zwangsläufig muss sich, wer Klimapolitik ernst nimmt, mit internationaler Politik befassen, mit Entwicklungsgeschichte, mit kulturellen Unterschieden, bis hinein in die Verhandlungsführung. Wer Wege zur Bewältigung des Klimawandels durchdringen will, muss sich mit Ökonomie beschäftigen, mit der komplizierten Funktionsweise eines Emissionshandelssystems, in dem der Ausstoß von Kohlendioxid einen Preis bekommt, die Belastung der Atmosphäre gleichsam zum handelbaren Gut wird. Mit klassischem Umweltjournalismus hat dies nur noch wenig gemein. Und wer den Folgen des Klimawandels nachgeht, die sich in armen Ländern am stärksten zeigen, gerät zwangsläufig in das Reich der Entwicklungshilfe, mit all seinen Möglichkeiten und Grenzen.

Gleichzeitig spiegeln sich im Klimaproblem nahezu alle ökologischen Probleme dieser Zeit. Da wäre etwa der erste Hauptsatz der Umweltzerstörung: Wo die Rendite lockt, hat die Natur schlechte Karten. Die meisten Umweltprobleme der Vergangenheit – seien es Smog, vergiftete Flüsse, überfischte Meere, Fahrlässigkeit im Umgang mit Atommüll – gingen mit dieser Gesetzmäßigkeit einher. Mit dem Klimawandel bekommt der Verzicht auf Nachhaltigkeit nun erstmals ein globales Gesicht. Zugleich ruft die Erderwärmung die Gefahren für Artenvielfalt und natürliche Lebensräume ins Bewusstsein – Fragen, die im Umweltjournalismus dieser Zeit leider häufig zu kurz kommen. Und, ganz grundsätzlich, wird Klimapolitik zur Probe für den Umgang mit natürlichen Ressourcen, von Wasser und Öl bis hin zu Geothermie und Sonnenenergie. Wie in einem Brennglas bündeln sich die Umweltprobleme in dieser einen Kernkrise.

Klimaberichterstattung pendelt stets zwischen Panik und Pragmatismus.

Journalistisch ist das eine immense Herausforderung. Sie liegt darin, einerseits die Geschehnisse der Atmosphäre zu verfolgen, sie aber andererseits in Klimapolitik einzubetten. Der Kampf um den Leser oder Zuhörer wird dabei in dem Maße schwerer, wie Medienkonsumenten durch ständige Katastrophenberichte abzustumpfen drohen. Gleichzeitig gilt es eine Brücke zu bauen zwischen der zuweilen etwas absonderlichen Klimapolitik und einer zunehmend frustrierten Öffentlichkeit. Denn aus der Ferne betrachtet scheint die einzige Chance zur Umkehr, ein neuer globaler Klimavertrag, nahezu unmöglich. Aus der Nähe gesehen stellt sich das häufig anders dar: es ist schwer, aber nicht ausgeschlossen. Klimaberichterstattung pendelt so stets zwischen Panik und Pragmatismus.

Ökologische Risiken, ökonomische Chancen

Gleichwohl ist die Herausforderung sehr dankbar. Namentlich in Deutschland heißt Klimapolitik auch, den Wandel der Energieversorgung zu begleiten. Viel mehr noch als die Atomfrage stellt der Klimawandel eine Verbindung her zwischen Umwelt- und Energiejournalismus. Und kaum ein Thema steht in diesem Land derart für eine positive Entwicklung wie die „Energiewende“. Allein diese Verbindung zwischen ökologischem Risiko und ökonomischen Chancen birgt für die Klimapolitik noch enormes Potenzial. Denn mit der Verknappung fossiler Ressourcen wird gelebte Umwelt- und Klimapolitik, so paradox es klingt, zunehmend auch zu einer Frage wirtschaftlichen Überlebens. Wer sich rechtzeitig auf eine Zukunft teuren und knappen Erdöls einstellt, wird im globalen Wettbewerb die besseren Chancen haben. Selten nur kann sich Umweltpolitik der Ökonomie bedienen, hier aber geht es.

Für den Umweltjournalisten bedeutet das: erhöhte Wachsamkeit. Denn Fortschritt lässt sich leider nicht allein an Emissionen messen. In der Vergangenheit war das gut zu beobachten rund um die umstrittenen Agrar-Kraftstoffe, die erst als „bio“ galten und sich dann als Wegbereiter von Monokulturen

und Mangelernährung entpuppten. Derzeit sind es die Maisfelder, die überall in Deutschland die Biogas-Anlagen füttern sollen – wieder mit zweifelhaften Auswirkungen auf Böden und Landschaft. Oder der schwierige Streit über die unterirdische Speicherung von Kohlendioxid, der selbst die Umweltbewegung spaltet. Nicht alles, was dem Klima nutzt, tut auch der Umwelt gut. Und das ist dann auch schon die wichtigste Erkenntnis des Klimajournalisten: Einfache Lösungen gibt es nicht.

„Es gibt eine gewisse Borniertheit“

Ein Interview mit Martin Meister, GEO International, über Journalismus, Artenvielfalt und Naturschutz

Von Torsten Schäfer

Martin Meister, Chefredakteur von GEO International, saß in der Jury des Deutschen Preises für Naturjournalismus, der 2012 nicht mehr vergeben wird. Er erklärt die Gründe dafür – und warum er glaubt, dass Natur- und Artenschutz von Redaktionen massiv unterschätzt wird.

„Mein Ideal bleibt es, dass man auch über die Sache selbst bestens informiert wird. Das heißt tiefgehend und wissenschaftsjournalistisch.“

Wer hat den Deutschen Preis für Naturjournalismus zuletzt erhalten?

Das war Florian Festl, ein 33-jähriger Kollege von Focus Online, der dort im Newsroom arbeitet und am Wochenende die Leidenschaft hat, Reportagen zu schreiben. Uns in der Jury hat es gefallen, dass er neben seinem Nachrichtendeutsch noch einen ganz anderen, eigenen Tonfall hat – was er mit einer schönen, ausgeruhten Reportage über Libellen unter Beweis gestellt hat, die im Magazin natur+kosmos erschienen ist. Er hat es verstanden, dem Leser die Leidenschaft des Protagonisten, eines Libellenforschers, näher zu bringen. Aber zugleich auch seriös und interessant über die Arten zu informieren.

Wie hat er erklärt? Was war das Besondere an dem Text?

Jeder Wissenschafts- und Naturautor muss die Balance zwischen Personendarstellung und Themenerklärung finden. Das hat Festl sehr gut geschafft. Es gibt ja einen leisen Trend dahin, die Forscher mit ihrem Leben in den Vordergrund zu stellen – und die komplexen Sachzusammenhänge dabei auszulassen. Gerade bei Magazinjournalisten und Autoren, die auf Preise zuschreiben, gilt es als Tugend, stark zu personalisieren. Das ist für mich aber nur die zweitbeste Lösung, mein Ideal bleibt es, dass man auch über die Sache selbst bestens informiert wird. Das heißt tiefgehend und wissenschaftsjournalistisch.

Personalisierung verkommt zur Schwäche?

Ja, ich sehe das im Wissenschaftsjournalismus mittlerweile als Schwäche. Zwar ist es schwierig, eine Person feinfühlig und gut zu schildern. Aber man findet mehr Autoren, die das können als Autoren, die das noch Schwierigere beherrschen: komplizierte Stoffe aufzuwickeln, systematisch sowie gut nachvollziehbar, mit tollen Bildern und Gleichnissen. Gerade bei Biologen und Feldforschern erliegen viele Autoren der Versuchung, diese als Käuze und Sonderlinge zu beschreiben und zu belächeln.

Was noch macht eine gute Berichterstattung über Arten aus?

Man muss die richtige Mischung finden, ernst und gleichzeitig leicht berichten. Gerade bei Naturthemen und vor allem bei Tieren gibt es den Reflex, putzig zu berichten und die Tiere spaßig zu sehen. Das wird aber der Haltung, mit der viele Leser und Leserinnen Tieren draußen begegnen, überhaupt nicht gerecht. Das hat oft mit der Ferne zu tun, die speziell Journalisten zur belebten Natur haben. Sie können sich oftmals gut mit Kultur- und Stadtthemen anfreunden, sind selten Wald- und Wiesenläufer. Es gibt aber sehr viele Menschen, die Printmedien lesen und die sich ernsthaft und empathisch für Tiere interessieren. Vielen meiner Kollegen ist das unheimlich: Darum wenden sie sich, wenn es schon Natur sein muss, lieber abstrakteren Begriffswelten zu, schreiben von „Biodiversität“ und Zahlen und ökologischen Theorien. Da kommen sie dann natürlich ohne den putzigen Tonfall aus.

Wo findet man anspruchsvollen Naturjournalismus?

Ich kenne wenige Redaktionen, die sich das noch ernsthaft vornehmen. *GEO* bildet da eine seltene Ausnahme. Auch *natur+kosmos* bleibt am Thema. Bei den anderen Überregionalen hängt es oft an einzelnen Personen. Bei der Zeit etwa ist es Hans Schuh, der die Themen im Wissensressort regelmäßig einbringt. Selbst bei Programmzeitschriften wie der *Hörzu* gibt es Personen, die das immer wieder machen. Mir fällt noch die *Frankfurter Rundschau* als löbliche Ausnahme ein und ihr Wissensressort. Auch bei der *Süddeutschen Zeitung* wird in der Wissenschaft zu Tieren und Pflanzen berichtet, aber eher abstrakt und wenig publikumsnah. Dann gibt es noch die *FAS*, die gelegentlich etwas bringt. *Der Spiegel* dagegen reduziert Naturjournalismus auf ein Mindestmaß.

Und im Ausland?

In England gibt es eine große Tradition des nature writing. Führend seit Jahrzehnten ist das Magazin *BBC Wildlife*, das zur *Natural History Unit* der BBC gehört. Sie macht etwas, das in Deutschland nicht existiert: ein Monatsblatt, das sich in Großbritannien draußen umschaute – und die Leute, die oft draußen sind, dabei in ihrer Stimmung unterstützt. Es geht aber auch um internationale Entwicklungen rund um Tiere, Pflanzen und Ökosysteme. Das finde ich eine sehr gute Sache. Als deutsche Lizenzausgabe ist *BBC Wildlife* leider gescheitert, Lizenznehmer war damals der Gong-Verlag, der auf TV-Zeitschriften spezialisiert ist.

Warum ist es hier gescheitert, wenn es dort offenbar ein Erfolg ist?

Viele Naturinteressierte gibt es doch auch in Deutschland.

Die BBC ist auch ein schwieriger Lizenzgeber, vielleicht hing es damit zusammen. Die genauen Gründe kenne ich nicht. Aus den USA kommen noch *Natural History*, *National Wildlife* und *International Wildlife* hinzu. In Deutschland gab es früher *Das Tier*, gegründet von Bernhard Grzimek. Es existieren nach wie vor Magazine wie *Ein Herz für Tiere*, wo aber Haustiere im Vordergrund stehen. Und Spartenblätter wie *Wild und Hund*, deren Autoren auch Texte für den Deutschen Preis für Naturjournalismus eingereicht haben, nicht immer die schlechtesten. Einen ganz wichtigen Beitrag zur Aufklärung über Tiere, Pflanzen und Lebensgemeinschaften liefern die Regionalzeitungen. Oft geht es um Arten, denen der Leser vor seiner Haustür begegnen könnte: um den Goldregenpfeifer, Moorfrösche oder Bienen. Zu unserem Preis gab es da schon viele Einsendungen.

„Verloren gegangen ist auch die Biodiversitäts-Strategie der Bundesregierung. Was ist daraus geworden? Da hakt niemand nach.“

Welche Aspekte des Themas sind denn unterthematisiert, werden vergessen?

Ein Thema bleibt im Vergleich zu seiner Bedeutung völlig unterbelichtet: der Flächenverbrauch in Deutschland, der viele Arten in Mitleidenschaft zieht. Niemand setzt sich da ran und verfolgt das Thema. Verloren gegangen ist auch die Biodiversitäts-Strategie der Bundesregierung mit hunderten von einzelnen Maßnahmen. Alle Ministerien standen dahinter; es ging um

Landwirtschaft, Flächen, alles was die Natur berührt. Was ist daraus geworden? Da hakt niemand nach.

Und was kommt auf uns zu?

Zwei Jubiläen 2012: Vor 40 Jahren erschienen „Die Grenzen des Wachstums“. Und vor 20 Jahren tagte in Rio der epochale Erdgipfel. Nun kommt der Rio 20+-Gipfel – und damit das Thema Nachhaltigkeit. Ansonsten wird vielleicht nach den Beschlüssen auf der UN-Konferenz in Nagoya 2011 das Thema Biopiraterie an Bedeutung gewinnen. Längerfristig sehe ich den Zusammenhang von Naturschutz mit dem Trendthema Welternährung. Die Böden schrumpfen, die Ozeane sind überfischt, Nahrungsmittel werden teurer, knapper. Es fehlen Ressourcen, die Weltbevölkerung wächst. Bauen wir zu Hause wieder mehr an? Auf unseren Flächen? Diese Fragen sehe ich kommen.

Wo stehen Naturthemen heute auf der journalistischen Agenda?

Es gab in den 70er Jahren eine große Konjunktur für Waldthemen. Dann kamen Robbensterben und die Nordsee. Heute hat beides nicht mehr den Stellenwert. Das Thema Biodiversität bzw. Artenvielfalt wird von einigen Autoren immer wieder eingebracht. Die Blattmacher wissen oft nicht genau, worum es geht und lassen es zu, weil es wichtig klingt. Dann gibt es Unterthemen wie den ökonomischen Wert der Natur, die sich vorübergehend durchsetzen. Aber insgesamt haben Artikel aus diesem Themenspektrum in den Leitmedien eher abgenommen. Es gibt eine Ausnahme: Bei den neuen Land-Magazinen nimmt das Interesse zu. Die richten ihr Themenspektrum dezidiert auf alles aus, was wächst, kreucht und fleucht. Und haben damit große Erfolge! Sie haben etwas aufgegriffen, was die Leitmedien vergessen haben.

„Bei den neuen Land-Magazinen nimmt das Interesse zu. Die richten ihr Themenspektrum dezidiert auf alles aus, was wächst, kreucht und fleucht.“

Also eine verpasste Chance?

Die Leitmedien sind mit Blindheit geschlagen, dass sie sich solcher Themen nicht annehmen. Aber das ist kein Zufall. Blattmacher von Leitmedien haben für solche Themen einfach nicht die Antennen, die Mentalität.

Aber warum?

Es gibt auch eine fehlende Kundenorientierung. Und eine gewisse Borniertheit gegenüber der Natur in unserem Berufsstand. Auch die Ausbildung spielt mit hinein: Bei den Fragen des Aufnahmetests der Hamburger Journalistenschule spielen die Themen Natur und Wissenschaft meiner Beobachtung nach neben all den Fragen zu Politik, Kultur, Film eine nachgeordnete Rolle. Das könnte man ändern.

Warum ist Ihnen das Thema als Journalist so wichtig?

Ich bin persönlich motiviert: als Biologe ausgebildet, schon seit der Jugend interessiert an der Natur und besorgt darum, was mit ihr geschieht. Es geht mir auch um die nachfolgenden Generationen: Das Erlebnis einer funktionierenden Natur sollte für Kinder zum grundlegenden und regelmäßigen Bestandteil ihrer Erfahrungswelt gehören. Es gibt einen gesellschaftlichen Auftrag, diese Erlebnisdimension für die Kinder zu erhalten. Ihnen die Konfrontation mit Lebewesen zu ermöglichen, die ganz anders funktionieren als wir Menschen. Viele Kinder sind von Amphibien besonders fasziniert. In Deutschland stehen sie heute alle auf der Roten Liste. Was gesetzlich sogar bedeutet, dass kein Kind mehr einen Frosch fangen oder eine Kaulquappe aus dem Teich fischen darf. Dabei ist es so wichtig, diese ganz andere Form von Leben zu erfahren: hüpfendes Leben, glitschendes Leben. Davon zu berichten und Wissen darüber zu vermitteln gehört meiner Überzeugung nach zu den journalistischen Aufgaben.

Das ist ja auch die Haltung von GEO, die das Heft mit dem Tag der Artenvielfalt nach außen trägt. Sie haben ihn lange begleitet und 2010 auch in die Auslandsredaktionen getragen. Was bringt das?

Der GEO-Tag der Artenvielfalt will darauf aufmerksam machen, dass es immer noch eine große Vielfalt in der Natur gibt. Auch in Städten gibt es mehr als Straßenbegleit-Grün. Beim GEO-Tag kann jeder, von der Schulklasse bis zum Wanderverein, die Vielfalt erfahren, Häkchen in Artenlisten machen, wenn man eine Art entdeckt hat. Es ist mittlerweile die größte Feldforschungsaktion in Mitteleuropa, 35.000 Menschen waren 2010 dabei. Natürlich ist der Tag auch ein Marketing-Instrument für GEO, das ist klar. Aber Marketing mit einer guten Sache ist mir immer noch lieber als hohle Eigenwerbung. Ein

anderes Beispiel ist der Preis für Naturjournalismus – der aber seit 2012 nicht mehr ausgeschrieben wird. Der bisherige Preisgeber, die Deutsche Wildtier Stiftung, will sich in der Medienarbeit anders ausrichten. Es hat auch damit zu tun, dass von Jahr zu Jahr immer weniger und auch immer weniger gute Texte eingereicht worden sind.

Das ist kein Einzelfall. Mit der gleichen Begründung wird der Umweltjournalismus-Preis der Gregor Louisoder Umweltstiftung nicht mehr vergeben. Was heißt das für die Praxis?

Wir haben, wie schon gesagt, eine eher abnehmende Konjunktur für das Thema. Beim technischen Umweltschutz etwa wurde und wird viel erreicht; entsprechend viel wird berichtet. Über Naturschutz und Arten wir viel weniger geschrieben und gesendet.

Man solle sich nie mit einer Sache gemein machen, auch nicht mit einer guten – das Zitat von Hanns Joachim Friedrichs steht für den Willen zur Objektivität. Darf man sich da als Journalist für Naturschutz aussprechen, einen GEO-Tag begleiten?

Hanns Joachim Friedrichs hat das als Nachrichtenjournalist und Moderator der Tagesthemen gesagt. Als jemand, der Nachrichten präsentiert und sie nicht kommentieren sollte. Zeitschriften haben eine andere Funktion. Sie sollen ihre Leser emotional erreichen, sie begeistern – und das kann man nur, wenn man sich selbst für die Sache begeistert als Journalist. Man muss ja nicht überschwänglich sein und jede Distanz verlieren. Aber ich halte es doch mehr für eine Tugend als für einen Mangel, wenn man für die Stoffe, die man erklären will, auch glüht und sie schätzt.

Darf ein Journalist Mitglied eines Umweltverbandes sein?

Ich bin Journalist, und ich bin in einem Verband – dem NABU Hamburg. Ich hänge das nicht an meine Tür, aber es ist bekannt. Es darf für meine täglichen Entscheidungen keine Rolle spielen, darauf kommt es an. Ich habe es auch den Kollegen dort gesagt, dass ich weder die Kampagnen des NABU ins Blatt hebe noch besonders freundlich darüber berichte. Aber von denen kommt auch überhaupt kein Wunsch in dieser Richtung auf. Ich bin noch nie etwas zu Mediendingen gefragt worden.

„Es gibt genügend Wege, sein Interesse zu leben, lokal zu schreiben und etwa bei Euronatur oder beim WWF zu sein, die sich eher international engagieren.“

Wären Sie auch Mitglied, wenn Sie kommunalpolitisch berichten würden, etwa für eine Tageszeitung?

Bei GEO kann ich mir die Mitgliedschaft leisten, weil es ganz wenige Schnittpunkte mit Hamburger Themen gibt. Kommunal ist es etwas anderes, da ist die Abgrenzung weitaus schwieriger. Darf man Mitglied einer Partei sein? Einer Gewerkschaft? Das steckt da ja auch dahinter. Also, ich würde es nicht als Verbot aussprechen wollen. Es wäre wohl besser, wenn man in so einem Fall nicht Mitglied ist. Zum Ausgleich kann man ja Mitglied in einem internationalen Naturschutzverband werden. Es gibt genügend Wege, sein Interesse zu leben, lokal zu schreiben und etwa bei Euronatur oder beim WWF zu sein, die sich eher international engagieren.

Ich schreibe über Fischerei, und da ist der WWF eine wichtige Quelle. Das war bei mir der Grund dafür, nach einigem Überlegen beim WWF auszutreten. Dennoch denke ich über Überfischung immer noch gleich. Es ist keine leichte Frage.

Gerade zum Thema Natur gibt es unzählige Verbände mit verschiedenen Zuschnitten. Die hohe Zahl ist übrigens ein weiterer Grund für mich zu behaupten, dass Journalisten blind auf dem grünen Auge sind. Sie würden immer sagen, dass Autos ein Thema sind, weil Millionen Menschen im ADAC sind. Aber es sind zusammengenommen auch mehr als eine Million Menschen im BUND und NABU. Damit wird seltener argumentiert.

Was war die ethisch oder moralisch schwierigste Situation für Sie als Umweltjournalist?

Emotional schwierig war eine Recherche in Australien und Indonesien: Ich habe über Meeresschildkröten geschrieben und habe in Australien einen Ort besucht, wo man sie erforscht und mit aller Mühe aufpäppelt. Und dann habe ich den Weg der Tiere dorthin verfolgt, wo die gleichen Tiere nach ihrer Meereswanderung gefangen werden: auf Bali, wo ich undercover in ein Schlachthaus gelangt bin und sah, wie diese Tiere, die ich vorher so bewundert habe, die ich magisch finde, wenn sie nachts an den Strand gekrochen

kommen, einfach umgedreht und lebendig aufgeschlitzt werden wie eine Konservenbüchse, ausgenommen werden und dabei zappeln. Das war schwer.

Nicht einzugreifen?

Das im ersten Moment weniger. Sondern einfach nur, nicht davonzulaufen und die Augen davor zu verschließen. Eine Journalistenschülerin hat mir mal ein ähnliches Erlebnis geschildert und hatte eine ganz andere Haltung dazu – die des „Profis“, der sagt, dass so ein Erlebnis eine „starke Geschichte“ liefert, einen Aufreger. Ich habe sie gefragt, wie sie es schafft, das Geschehen so von sich abzuspalten. Ich habe das so schon öfter gehört und meine, da eine Entwicklung zu erkennen: sich zunehmend zu professionalisieren und zu distanzieren. Zu meinen, dass die Haltung, die vielleicht ein Spiegel-Reporter hat, jeder Journalist haben sollte. Es gibt aber ganz verschiedene Arten von Journalismus. Und verschiedene Medien, für die man arbeitet. Ich glaube nicht, dass es der einzig richtige Weg für Journalisten ist, immer und überall totale Distanz zu wahren.

November 2011

Wer ernährt die Welt?

Gestern ein Ladenhüter, in Zukunft ein Topthema

Von Wilfried Bommert und Tanja Busse

Seit der Jahrtausendwende werden die Stimmen lauter, die eine Wende in der Agrar- und Ernährungsindustrie fordern.

Hatten wir nicht schon längst Abschied genommen vom Welthunger, von dem Rumgemäkel am Essen der Deutschen, dem zu fett, zu viel, zu süß? War nicht alles in bester Ordnung? Waren die Redaktionen, die sich damit beschäftigten, nicht längst überflüssig geworden? Sie waren es. Spätestens in den 1990er Jahren waren diese Themen tot. Aber offensichtlich nur scheintot.

Mit dem Erfolg von Büchern wie „Die Suppe lügt“ von Hans-Ulrich Grimm und der Schlagzeile „Vergiften uns die Bauern?“ begann eine neue Epoche der Berichterstattung über Lebensmittelskandale: BSE im Rind, Dioxin im Ei, Antibiotika im Hähnchenfleisch. Der Blick in die Mastfabriken zerstörte das von der Agrarindustrie sorgsam gepflegte Bild vom guten alten Bauernhof. Wer wollte Fleisch von diesen dahinvegetierenden Kreaturen essen? Wer wollte eine Landwirtschaft, die das Grundwasser mit ihrem Abfall, mit ihrer Überdosis an Dünger und Chemikalien vergiftete? Wer konnte die Massentierställe rechtfertigen, die den bäuerlichen Betrieben das Leben schwer machten und ihnen die Existenz stahlen? Seit der Jahrtausendwende werden die Stimmen immer lauter, die eine Wende in der Agrar- und Ernährungsindustrie fordern – und die Fakten immer gewichtiger, die eine Wende begründen.

Und auch beim Thema Welternährung stellt sich Zweifel ein an der Zuversicht, der Hunger werde mit dem Siegeszug der Globalisierung schon vom Globus verschwinden. 2006 – also im Jahr vor der Krise – hungerten nach Angaben der Welternährungsorganisation FAO noch immer 800 Millionen Menschen. Seit 2007 ist jedoch klar: Der Hunger, der nie fort war, meldet sich

mit Macht zurück. Innerhalb weniger Wochen steigen die Weltmarktpreise für Weizen, Reis und Mais um bis zu 300 Prozent. Die Zahl der Hungernden erreicht 2008 die Eine-Milliarde-Grenze. Der viel gepriesene Weltmarkt war nicht in der Lage, die Welt zu ernähren, im Gegenteil, er verschärfte den Hunger.

Seit Jahren bröckeln die Fundamente der Welternährung: Der fruchtbare Boden verschwindet, das Wasser wird knapp, die Zahl der Arten ist auf einen krisenanfälligen Bestand geschrumpft. Das ehemals verlässliche Klima weicht einer Achterbahn von Hitze und Kälte, Überschwemmung und Dürre. Die Treibstoffe der industriellen Landwirtschaft, Rohöl und Dünger, gehen ihrem Ende entgegen. Die Produktion beginnt zu schwächeln, gleichzeitig verlangt die wachsende Weltbevölkerung mehr Reis und Brot, die Fleischindustrie fordert immer mehr Futterflächen, und auf den Äckern der Welt melden sich machtvolle neue Interessenten.

Bedenkliche Knappheiten

Die Biosprit- und die Bio-Rohstoffindustrie ziehen immer mehr Boden an sich, landarme aber geldreiche Staaten verlagern ihre Landwirtschaft „off-shore“ und versuchen, so viel Land wie möglich an sich zu bringen. Plötzlich zeichnen sich bedenkliche Knappheiten auf den Weltmärkten ab, von denen die Kapitalmärkte längst Wind bekommen haben. Seither spielen Lebensmittel an den Getreidebörsen eine immer größere Rolle als Spekulationsmasse. Investmentfonds steigen in Bodengeschäfte ein und investieren in Agrarkonzerne. Energiekonzerne verschaffen sich Land, um von den Subventionen für Biogas und -sprit zu profitieren und vom Ende des Rohöls. Der Kampf um die endlichen Äcker der Welt ist entbrannt. Seit 2008 wurden unter dem Begriff „Landgrabbing“ Flächen in der Größe von Westeuropa verschachert, vor allem in Afrika, Südamerika und Südost-Asien zulasten der einheimischen Landbevölkerung.

Das Konfliktpotenzial wächst. Die Frage, wer ernährt wie die Welt, wandelt sich vom Ladenhüter der 1990er Jahre zum Topthema des 21. Jahrhunderts. Widerstand gegen ein „Weiter so“ formiert sich. Im Umfeld der Grünen

Woche in Berlin, die über Jahre hinweg als verstaubte Veranstaltung für Lodenträger daher kam, zeigt sich der Konflikt offen. Zehntausende gingen in diesem Jahr bereits zum zweiten Mal für eine neue Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik auf die Straße, ein breites Bündnis aus Bauern, Naturschützern, wertkonservativen Gourmets der Slow-Food-Bewegung zeigt Flagge neben den Entwicklungsorganisationen, Gewerkschaften und konfessionellen Gruppierungen und PolitikerInnen. Der Protest ist jung, das Alter der Demonstranten eher unter 50, die Aufstellung zeigt eine breite gesellschaftliche Basis – Stuttgart 21 lässt grüßen!

Vom Sparten- zum Massenthema

Ernährung und Landwirtschaft bewegen kritische Massen. Und es ist erst der Anfang. Denn die Konflikte nehmen zu. Die Folgen der XXL-Ernährung schlagen immer mehr und weltweit auf die Gesundheitskosten. Die Verschwendung in der Nahrungskette von mehr als 50 Prozent zeigt, dass mit diesem System die Welt nicht zu ernähren ist – wohl aber wäre, wenn es neu aufgestellt würde. Aber wie?

Die Berichterstattung braucht eine solide journalistische Basis, um die komplexen Zusammenhänge des Ernährungsthemas richtig darstellen zu können.

Das ist die Frage, die die Kollegen in den Redaktionen über den laufenden Ernährungsskandal hinaus immer mehr bewegt: Wer soll die Welt wie ernähren? Und diese Frage hat sich von einer technischen zu einer politischen gewandelt. Das gesellschaftliche Bewusstsein wächst, Filme, Radio- und Fernsehbeiträge und Printpublikationen erreichen einen immer größeren Kreis. Das Thema ist auf dem Weg, sich von einem Spartenthema zu einem Massenthema zu entwickeln.

Doch damit ist auch gleichzeitig ein neues Problem verbunden: Die Zahl der Journalisten, die in diesem Bereich fundierte Kenntnisse besitzen, ist in den letzten Jahrzehnten massiv geschrumpft. Als Allround-Journalist ist es ohne

tiefe Recherche kaum möglich, zwischen Euphemismen der Lobbyorganisationen und Fakten zu unterscheiden. Mit der Brisanz des Themas muss auch die Zahl der kundigen Journalisten wieder wachsen. Wir haben deshalb das Institut für Welternährung in Berlin gegründet und versuchen damit, die Berichterstattung zu der großen Frage der Welternährung der Zukunft auf eine solide journalistische Basis zu stellen. Dabei geht es vor allem darum, den Zusammenhang zwischen der Sättigkeit hier in den reichen Industrienationen und dem Hunger in den ärmeren Ländern aufzuzeigen.

Unser Ernährungssystem ist längst ebenso globalisiert wie der Rest der Wirtschaft, es ist unsere Nachfrage nach Palmöl, Soja und Fleisch, die den Regenwald dezimiert und Kleinbauern vertreibt. Diese komplexen Zusammenhänge muss die Berichterstattung über Ernährung ins Auge fassen, wenn sie politische Orientierung bieten will.

Umwelt, Journalismus und Europa

Gedanken über journalistische Zugänge und politische Zustände

Von Torsten Schäfer

*Die EU-Umweltpolitik kann auf manchen Erfolg verweisen.
Doch vieles ist kaum bekannt.*

Klimapolitik und Energiewende sollen die neuen Felder der EU werden, um sich global zu profilieren. Nur gelingt ihr das nicht immer; in vielen Bereichen bleibt die Union hinter ihren Ansprüchen zurück – sei es die Förderung der Energieeffizienz, der Ausbau europäischer Netze oder ein Emissionshandel, der strengere Obergrenzen einführt und nicht zum Geschenk-Basar verkommt.

Doch die EU kann auch überraschen wie etwa beim Klimagipfel in Durban 2012. Da hat sie mit dafür gesorgt, dass die Grundfesten erhalten bleiben und der UN-Rahmen für internationale Klimaverhandlungen bestehen bleibt. Sie hat sich als Klimamacht zurückgemeldet und weltpolitisch Glaubwürdigkeit gewonnen, die sie auf anderen Feldern massiv eingebüßt hat. Genau dieses Ziel verfolgte Klimakommissarin Conni Hedegaard auch – unter anderem. Der schlichtere Grund für ihre Verve ist die große Bedeutung, die umweltpolitische Themen oder grüne Dimensionen anderer Politikfelder inzwischen für die EU haben – aufgrund der Dringlichkeit ökologischer Probleme und umweltökonomischer Fragen. Dazu kommt der öffentliche Druck einer grünen Zivilgesellschaft, die auf der Straße wie im Internet versucht, langsame Handlungsriesen wie die EU vor sich herzutreiben.

Auch wegen dieser zivilen Stimme haben grüne Themen die politische Agenda erobert, versucht die EU, sich als Umweltmacht zu profilieren. Das macht Sinn, denn auf den grünen Feldern hat sie bereits viele Kompetenzen, angefangen bei Klimapolitik und Emissionshandel, Agrar- und damit Ernährungsfragen, Gentechnik, Chemikalien, Luftreinhaltung, Naturschutz oder Fischerei. Die Mitgliedstaaten haben sie hier mit Macht ausgestattet, weil es um

grenzüberschreitende Probleme geht, die supranational gelöst werden müssen. Klimagase fragen ebenso wenig nach Grenzen wie Stromleitungen, Zugvögel, Fischeschwärme oder Flüsse.

Die EU ist die potenziell mächtigste ökologische Problemlösungsmaschine, die es gibt. Man kann über das Potenzial und damit über die Versäumnisse schreiben – was meist geschieht. Aber auch über Erfolge der EU-Umweltpolitik. Sie hat, meist unerkannt, das Alltagsleben in Europa spürbar verbessert: Durch EU-Gesetze wurde in den 1970er und 80er Jahren die Luft sauberer, erholten sich Flüsse und Seen, sank der Chemikalien-Einsatz in Landwirtschaft und Industrie. Ein prägnantes Beispiel ist der Coup, der 1992 gelang: Die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH) hält Staaten dazu an, Schutzgebiete für gefährdete Lebensräume und Arten auszuweisen. Und stellt 234 bedrohte Pflanzen- und Tierarten unter Schutz. Mittlerweile haben fast alle Staaten ihre Vogelschutz- und FFH-Gebiete eingerichtet; 26.000 Refugien, die zusammen das Netzwerk „Natura 2000“ bilden und 18 Prozent der EU-Landesfläche erfassen. Es ist der größte Biotop-Verbund weltweit.

Jetzt geht es um das richtige Management der Gebiete und um fehlende Gelder. Aber dennoch ist die Natura 2000-Story eine eindrucksvolle Geschichte, die kaum bekannt ist. Warum nur? Weshalb greifen Medien solche europäischen Umweltthemen selten auf – obwohl mehr als 80 Prozent des deutschen Umweltrechts seinen Vorlauf in Brüssel nimmt? Und wie berichten sie grundsätzlich über die EU? Lässt sie sich überhaupt vermitteln oder ist „Brüssel“ schlichtweg zu sperrig – und ohnehin politisch schon tot und deshalb uninteressant?

Das öffentliche Europa ist lebendiger denn je

Das Gegenteil ist der Fall. 2010 und 2011 gab es wegen der Finanzkrise soviel Europaberichterstattung wie nie zuvor: echte europäische Öffentlichkeit, die Identität und Interesse schafft, voneinander lernen lässt, Rückblicke und Visionen kreiert. Und die die große, mit dem medialen Ergrünen so eng verbundene Frage nach dem generellen Zustand und den Mechanismen der journalistischen Europaberichterstattung stellt. Dieser Frage gehen in diesem Band einige Texte nach.

Eine solche europäische Debatte wie in den Krisenzeiten ist jedoch der Ausnahmefall. In der Forschung wird seit 20 Jahren das Fehlen einer Berichterstattung bemängelt. Anders gesagt: Politik und Wirtschaft haben sich parallel zur europäischen Integration weitgehend europäisiert. Diesen Prozess haben die Medien aber nicht vollzogen. Brüssel, das war für sie lange Zeit ein ferner Ort, wo unbekannte Politiker mit ihren Beamten die Welt verkomplizierten und den die deutsche Ministerriege hin und wieder bereiste, um gut zu speisen und Entscheidungen von niedriger bis mittlerer Wichtigkeit zu treffen. Das ging so bis Ende der 80er Jahre. Dann aber kam das Jahr 1992. Der Vertrag von Maastricht gab die Initialzündung: Wirtschafts- und Währungsunion, Innen-, Justiz- und Außenpolitik – plötzlich war die EU sehr mächtig und deutschen Redaktionen ganz nah. Brüssel wurde neben Washington zum bedeutendsten Nachrichtenplatz weltweit.

Mit der Machtausweitung der EU stieg auch das kommunikationswissenschaftliche Interesse: Der EU-Journalismus hat als Forschungsthema Konjunktur – mit einer zentralen Frage: Gibt es eine europäische Öffentlichkeit? Im Grunde nicht, es gibt keine europäische Öffentlichkeit der Massen. Zumindest keine, in der die Medien in den EU-Staaten regelmäßig und zu gleicher Zeit dieselben Themen aufgreifen und sich wechselseitig aufeinander beziehen. Darüber sind sich die Forscher einig. Es gibt aber Momente, in denen die große Debatte Wirklichkeit wird: Wenn Krisen, Katastrophen oder Großereignisse mit solch einer Macht in den Vordergrund drängen, dass alles andere unwichtig wird. BSE, Irak-Krieg, Osterweiterung, Türkei-Beitritt, Vertragsreformen, Spitzenämter, Eurokrise – wenn solche Topthemen anstehen, diskutieren Europas Medien und Länder gleichzeitig und interaktiv über eine gemeinsame Angelegenheit.

Doch im politischen Alltag sieht es anders aus. Jedes Land diskutiert mit sich selbst, hier und da unterbrochen von Nachrichten aus Brüssel, die aber fast immer eines sind: von nationalem Interesse. Keiner der journalistischen Nachrichtenfaktoren ist wichtiger als der Bezug zum Heimatland. Nachrichten aus anderen Ländern oder EU-Themen, die keinen Berlin-Bezug aufweisen, gehen bei dieser Dauernabelschau meist unter. Dabei wäre ein Einblick in die Diskussion zwischen Frankreich und Brüssel um die Agrarsubventionen auch für Deutsche interessant. Und ließe uns die Widerstände gegen manche Reform auf dem Acker besser verstehen. Solche Einblicke fehlen aber weitgehend.

*Grenzüberschreitende Medien für eine gesamteuropäische
Öffentlichkeit gibt es bis heute nicht.*

Ein Ratsgipfel und 27 Versionen

Ein länderübergreifender Journalismus hat es schon in Brüssel schwer: Die Öffentlichkeitsarbeit der nationalen Ständigen Vertretungen ist weitestgehend auf die Korrespondenten des eigenen Landes ausgerichtet. Vor einer Ratssitzung finden Briefings statt, zu denen nur Berichterstatter aus der Heimat geladen werden. Hier wird dann die deutsche Position vor den Verhandlungen dargelegt. So ist der Informationsfluss von der deutschen Europapolitik zu den deutschen Medien gesichert. Nach der Ratssitzung finden die Pressekonferenzen der einzelnen Delegationen statt. Pech für die Journalisten: Oft geben die Minister der EU-Staaten zeitgleich ihre jeweilige Version der Dinge zum Besten. Nur große Redaktionen mit mehreren Korrespondenten können es sich leisten, die Sichtweisen mehrerer Länder einzufangen. Der klassische Einzelkämpfer wird immer nur zur deutschen Pressekonferenz gehen – und die Stimmen aus den anderen EU-Staaten mitunter verpassen. Die Folgen sind fatal – und lassen den britischen Oxford-Historiker Timothy Garton Ash warnen: Er sieht „alle paar Wochen nicht den einen europäischen Gipfel, sondern 27 unterschiedliche“, wie er in einem *Stern*-Interview erklärt. „Das führt zu sehr verschiedenen Erzählungen der Ereignisse, ja zu einer vollkommen anderen Wahrnehmung der Realität, je nachdem ob man Griechen, Deutscher oder Engländer ist.“

Man muss gar nicht nach Brüssel schauen: Schon die Mediensysteme, Journalismuskulturen und Sehgewohnheiten der Zuschauer sind in den EU-Staaten zu national geprägt und damit zu unterschiedlich, als dass eine gesamteuropäische Öffentlichkeit, das europaweite Dauergespräch der EU-Bürger, möglich wäre. Deshalb haben auch europäische Medien keine Chance auf Massenerfolg. Das hat die EU-Kommission spüren müssen, die immer wieder von einem Europa-TV träumte, das den Kontinent mit ihren Themen versorgt. Auch Versuche, gesamteuropäische Zeitungen ins Leben zu rufen, verliefen im Sande – des komplizierten Vertriebs und der Sprachen wegen. Mehrsprachige Übersetzungen sind aufwendig und teuer. Und auch Englisch ist noch immer nicht die Sprache der Masse. Genau die braucht es aber, damit ein Medium Erfolg und Akzeptanz hat. Projekte wie ARTE und Euronews sind

nicht mehr als Randerscheinungen für ein Minipublikum geblieben. Tageszeitungen wie *Financial Times*, *European Voice*, *International Herald Tribune* oder auch *Le Monde* haben zwar eine grenzüberschreitende Leserschaft, sind aber Produkte für kleine Info-Eliten, nicht für die Masse.

Das politische Leben ist so komplex und differenziert, dass die Kollegialität unter Korrespondenten in Brüssel größer ist als an jedem anderen Ort der Welt.

Bitte führen: die Debatte über die fehlende Debatte

In den Medien ist die Frage nach dem Zustand der europäischen Öffentlichkeit noch kein Thema. Gemäß der alten Regel, wonach Medien nicht gerne über sich selbst berichten. Dabei wäre es nötig, die Debatte um die fehlende Debatte öfter zu führen. Denn kaum ein Notstand in der Zukunftsdiskussion der EU drängt so sehr wie die fehlende europäische Öffentlichkeit. Kaum ein Notstand wird aber auch so gründlich unterschätzt. Denn Öffentlichkeit schafft politische Identität. Und Öffentlichkeit hat zwei weitere Aufgaben in einer Demokratie, als die sich die EU verstehen will und muss: sie soll der Ort sein, an dem die Bürger Europas mit Hilfe der Medien ihre gemeinsamen Probleme besprechen und lösen. Außerdem soll sie Regierung und Bürokratie kontrollieren. Derzeit kommt Europas öffentliche Sphäre diesen Aufgaben nur eingeschränkt nach. Auch wenn die Europaberichterstattung zugenommen hat, wird – gemessen an ihrem Einfluss in der Gesetzgebung – über die EU und vor allem die EU-Dimension innenpolitischer Themen zu wenig berichtet. Warum nur?

Da wäre erst einmal die Sache an sich. Nicht ganz zu unrecht gilt die EU als ein kompliziertes und trockenes Thema. „Das Wechselspiel zwischen Kommission, Ministerrat und dem Europäischen Parlament ist so differenziert, dass es sich nachvollziehbar kaum darstellen lässt“, schreibt der Kommunikationswissenschaftler und EU-Korrespondent Will Teichert im Journalist. Lesern die Brüsseler Hintergründe mit all ihren Fachbegriffen anschaulich zu erklären, ist schwer, weil das Verfahren der EU-Gesetzgebung hochkomplex und überdies oft nicht klar ist, wo ein Gesetz gerade steht.

Es geht aber auch um die Informationsmenge. Journalisten steht in Brüssel auch eine „überwältigende Themen- und Ereignisdichte gegenüber“, so Teichert. „Pressekonferenzen, Ministerratstreffen, Gesetzesinitiativen, Kommissionserklärungen, Parlamentsdebatten, Enquête-Berichte, Reports, Arbeitsdokumente, Protokolle – allein die nachrichtliche Bewältigung dieses Mahlstroms von Wichtigem und Unbedeutendem lässt Kapazitätsgrenzen erkennen. Aktualitätszwänge und Themenkomplexität lassen kaum Spielraum für die immer angemahnten Hintergründe und Erklärstücke.“ Die immense Themenfülle führt dazu, dass sich die Korrespondenten stark untereinander absprechen und sich gegenseitig helfen. Wohl nirgendwo auf der Welt ist die Kollegialität unter Korrespondenten größer als in der europäischen Hauptstadt. Zitate werden ungeniert ausgetauscht, Themen besprochen, Ansprechpartner vermittelt. Trotz dieser Symbiose bleibt vielen wenig Zeit für eigene, zeitlose Stücke. Die tägliche Informationsflut hat zur Folge, dass sich Korrespondenten oft auf reinen Terminjournalismus konzentrieren. Verhandlungen, Vertragsabschlüsse oder Pressekonferenzen sind meist Anlass für einen Bericht. Das Untergründige und Abseitige, aber auch das Kulturelle und Soziale dieses Europas bleibt zu oft auf der Strecke. Das gilt besonders für Regionalzeitungen, in denen Europa – wenn es nicht von einer historischen Krise überzogen wird – vielfach nur sporadisch und häppchenweise stattfindet. Das ist fatal.

Nicht nur, dass die EU in den lokalen Bereich besonders stark hineinwirkt und gerade dort politische Identifikation stattfindet. Die Leser der Regionalzeitungen bilden auch die Masse der medialen Öffentlichkeit. So besehen ist die vielfach beschriebene europäische Öffentlichkeitslücke vor allem eine regionale Lücke. Sie kann aber geschlossen werden, denn die EU-Politik hat enorm viele regionale Bezüge. „Die EU als Förder- und Ausgleichsmotor innerhalb Europas wirkt vielfach gerade in den Regionen. Dort werden Straßenbauten, Museumsprojekte, Festivals, Jugendprogramme und vieles mehr direkt aus EU-Töpfen finanziert“, stellt der Dortmunder Journalistik-Professor Gerd G. Kopper fest. „Nur scheint es eher die Ausnahme zu sein, dass solche Aktivitäten mit ihren Entscheidungsmechanismen und dahinter stehenden Personen in lesbares, vielleicht sogar unterhaltsames Alltagsformat gegossen werden.“

Die Blätter, die einen eigenen Brüssel-Korrespondenten beschäftigen, fremdeln weniger mit EU-Themen.

Regionalzeitungen warten zumeist auf die Berichte, die ihnen die Nachrichtenagenturen anbieten. Oder aber ihr Brüssel-Korrespondent, wenn sie einen haben. Rund die Hälfte der Lokal- und Regionalblätter hat keinen Mitarbeiter in Brüssel. Hat eine Zeitung einen Korrespondenten, bekommt sie eigene EU-Geschichten, lernt das sperrige „Brüssel“ über den persönlichen Kontakt besser kennen, öffnet sich insgesamt und wird europäischer. Bei Blättern, die keinen Korrespondenten haben, fällt all dies weg.

Von unten nach oben und aus der Region

Die Berichterstattung müsste, egal ob mit oder ohne Korrespondenten, stärker aus der Region selbst kommen. Dort fehlt es aber an Eigeninitiative. Grund dafür ist auch die Struktur vieler Blätter: Auf drei Politikseiten gibt es kaum Platz für EU- und Auslandsthemen, was verhindert, dass über EU-Themen überhaupt berichtet wird – geschweige denn ausführlich. Tatsächlich wird der hochkomplexe EU-Stoff oft bis zur Unverständlichkeit verkürzt. Beim Kürzen geht oft der Hinweis verloren, dass die EU eine Rolle spielt – und es kommt zur verdeckten EU-Berichterstattung: Über Gesetze und Verordnungen wird mit rein deutschem Hintergrund berichtet, obwohl sie ihren Vorlauf in Brüssel genommen haben. Dass das Anti-Diskriminierungsgesetz Ergebnis von europäischen Richtlinien ist, muss gesagt werden. Andernfalls erscheint die Politik immer nur national, obwohl sie europäisch ist. Und wer über Natura 2000-Gebiete berichtet, dürfte eigentlich nicht nur von einem örtlichen Naturschutzgebiet sprechen.

Die EU geht auch aus einem anderen Grund vergessen: fehlendes Sachwissen – ganz gleich ob bei regionalen oder nationalen Medien. Viele Redakteure fühlen sich mit der komplexen EU-Politik überfordert, weshalb sie selten von sich aus eine Recherche beginnen. Wenn sie es tun, steht die Frage im Raum, an wem sich ein Thema aufhängen lässt. Doch wer auf der Straße kennt schon Olli Rehn, den EU-Währungskommissar und eigentlich zuständigen Mann für den Euro? Kommissionspräsident Barroso kann vielleicht manchmal die Aufmerksamkeit auf sich ziehen, viele der EU-Kommissare finden aber kaum Beachtung. Das

liegt auch daran, dass sie von den Regierungen ernannt werden. Sie müssen sich nicht, wie andere Politiker, vor einem Wahlvolk verantworten, bei dem sie öffentlich für ihre Politik werben. Würden die EU-Kommissare gewählt, könnten Journalisten viel leichter komplexe Sachfragen mit einem prominenten Kopf verbinden, den der Bürger aus dem Wahlkampf kennt.

Gerade auf den grünen Politikfeldern lassen sich Themen entdecken, die zugleich lokal und europäisch sind.

Voraussetzung für einen Bericht sind Sachrecherchen auf EU-Politikfeldern. Dafür sind Kenntnisse europapolitischer Onlinequellen nötig, die aber oft fehlen. Selbst die wichtigsten EU-Fachdienste wie *EurActiv.com*, *EUobserver.com* oder *politikportal.eu* sind nur wenigen ein Begriff. Auch lokale EU-Experten wie die Europa-Referenten von Kommunen, Landkreisen oder Industrie- und Handelskammern werden als Quellen kaum genutzt. Wegen solcher Wissenslücken bleiben Recherchen aus, fehlen Berichte und verläuft die Europakommunikation zumeist von oben nach unten: von Brüssel nach Deutschland, über Korrespondenten und politische Akteure. Damit die deutsche Öffentlichkeit aber europäischer wird, muss die Kommunikation auch von unten nach oben geschehen – vor allem über regionale Medien, die gerade auf den grünen Politikfeldern viele Themen finden können, weil die Umwelt- und Agrarpolitik der EU tief in die Region einwirkt, genauer: auf Luft und Klima, Feld und Wald, Seen und Flüsse. Und auf das Meer, denn in Küstenregionen ist die Fischereipolitik ein großes Thema. Darüber lässt sich wunderbar schreiben, in jedem Dorf und in jeder Region. Und nicht nur an der Küste. Denn über gesunde Fischbestände entscheidet jeder mit – im lokalen Supermarkt, auf dem Wochenmarkt. Warum nicht einmal nachschauen, welcher Fisch da angeboten wird? Wie nachhaltig er ist? Und dann den Blick nach Europa richten: Schon entsteht eine lokale EU-Geschichte, die Nah und Fern verbindet.

EU-Wissen bleibt dem Zufall überlassen

Voraussetzung für eine andere Berichterstattung und mehr Sachwissen ist eine stärkere europaorientierte Aus- und Weiterbildung. Nach wie vor bleibt es dem Zufall überlassen, ob sich ein Journalist in seiner Ausbildung – ange-

fangen in der Schule bis hin zu Studium und Journalistenakademie – mit der EU beschäftigt. Deutsche Staatskunde ist dagegen Pflicht, auf mindestens einer Bildungsebene. Die EU ist aber zu wichtig, um sie dem Zufall zu überlassen. Deshalb wäre eine flächendeckende Strukturierung der europajournalistischen Aus- und Weiterbildung wünschenswert; Berufsverbände, Verbände von Hochschulen oder die Bundesverbände und Zeitungs- und Zeitschriftenverlegern könnten hierfür Modelle entwickeln.

*Die EU ist zu wichtig, um sie dem Zufall zu überlassen.
Eine übergreifende europajournalistische Ausbildung wäre
mehr als wünschenswert.*

Die Weiterbildung müsste auch den Umweltbereich erfassen, wo es bislang kaum Angebote gibt. Mit dem Ergrünen der Gesellschaft entsteht jedoch ein neuer umweltjournalistischer Handlungsauftrag und damit auch die Notwendigkeit, die Aus- und Weiterbildung zu forcieren – auch zu den wichtiger werdenden EU-Umweltthemen. Ausbildungsstätten und Weiterbildungsträger müssen verstärkt spezifische Seminare zu Themenfeldern wie etwa der EU-Klimaschutzpolitik oder der EU-Fischereipolitik anbieten. Angebote zum Erwerb genereller EU-Kompetenzen gibt es häufiger – auch wenn sie offenbar immer weniger genutzt werden. In jüngster Zeit ist ein Trend zu erkennen, dass Redaktionen Weiterbildungssetats kürzen und Redakteure nicht mehr so oft freistellen. Dem muss Vorschub geleistet werden. Denn wenn sie nicht genutzt werden, streichen Weiterbildungsstellen die angebotenen EU-Kurse wieder. Erste Beispiele dafür gibt es schon jetzt.

Neue Aus- und Weiterbildungsmodelle würden, entgegen manch kritischer Meinung in Regional- und Lokalredaktionen, auf fruchtbaren Boden stoßen. Denn die Redakteure sind, im Gegensatz zu ihren Vorgesetzten, offener für Weiterbildung als erwartet. Zudem sind sie meist europafreundlich eingestellt und glauben entgegen bisherigen Schilderungen nicht per se, dass die EU keinen Leser interessiert. Die Sache ist ein wenig komplizierter: Das Leserinteresse ist bei Themen der institutionellen „Brüssel-Union“ – wie etwa EU-Haushalt, Verfassungsfragen oder Kommissionsreformen – eher gering; groß ist es dagegen bei alltagsrelevanten Themen der „Verbraucher-Union“. Dazu zählt das ganze Spektrum der EU-Verbraucherpolitik, auf die sich besonders

regionale Medien stürzen – ob gesunkene Handygebühren für Auslandsgespräche, gesundheitliche Kennzeichnung von Lebensmitteln oder Regeln für Kinderspielzeug. Redaktionen und Leser interessieren sich also durchaus für die EU – wenn sie direkt relevant wird. Manche Redaktionen treiben die EU-Verbraucherberichterstattung allerdings etwas zu weit, was dazu führt, dass größere, nicht unmittelbar den Geldbeutel oder die Gesundheit betreffende Themen oft außen vor bleiben.

Dafür gibt es einen weiteren Grund, der vielleicht das Haupthindernis für die Europakommunikation ist – und für die EU als Ganzes: fehlende demokratische Streitkultur. Journalisten können medial hochattraktive Konflikte schlecht sichtbar machen, weil die EU-Kommission hinter verschlossenen Türen tagt und Gesetzesvorschläge verabschiedet. Niemand tritt in den Vordergrund, und Konflikte der Kommissare untereinander werden nur selten öffentlich. Das ministerielle, oft offen ausgetragene Hauen und Stechen wie in Berlin gibt es nicht. Im EU-Parlament arbeiten die großen Fraktionen zudem oft zusammen, um Stärke gegenüber dem Ministerrat und der EU-Kommission zu gewinnen. Auch deshalb fehlt es auf der EU-Bühne an Streit und Politisierung.

Erfolg durch Abgeschlossenheit

Bislang geht der Erfolg der Brüsseler Verhandlungen auf diese Abgeschlossenheit zurück: Konflikte zwischen den Ministern werden durch fehlende Öffentlichkeit auf ein Mindestmaß reduziert; große Effizienz ist die Folge. Könnten Journalisten den Verhandlungsdelegationen jedoch besser in die Karten schauen, nähme der Rechtfertigungsdruck zu und mit ihm die Konfliktbereitschaft der EU-Minister. Aus dem stillen Kuhhandel würde ein öffentlicher Meinungswettbewerb, der aber, so fürchten Kritiker, die Effizienz der Gemeinschaft zerstören würde. Gefährdet die demokratische Öffnung der EU also womöglich ihre Funktionsfähigkeit? Gegenfrage: Gibt es angesichts der Krise eine Alternative zur Demokratisierung der EU?

Wenn die Gemeinschaft zukunftsfähig bleiben will, muss sie sich verändern – und die Konsequenzen aushalten. Streit ist dabei das Schlüsselwort. Er ist Europas öffentlicher Selbstfindung unabträglich – und damit langfristig ent-

scheidend für das politische Zusammenwachsen, das besser und nachhaltiger geschieht, wenn in lebhaften Debatten Positionen ausgetauscht und akzeptierte Kompromisse gefunden werden. Der Streit ist das Scharnier, nur geht die Türe laut knarrend und langsam auf. Doch in der Krise sehen wir schon hindurch: Europa ist omnipräsent, öffentlich, offen und dadurch zutiefst demokratisch. Weil es streitet!

Die EU ist eine Konsensmaschine. Was fehlt, ist eine lebendige und transparente Streitkultur.

Die EU hat die Demokratie, und damit den Streit, von Anfang an ausgesperrt. Sie ist eine gezielt geplante Konsensmaschine, die im Stillen Ergebnisse liefern soll. Die EU-Geschichte ist deshalb auch eine Geschichte von der Angst, sich zu streiten, die Konsequenzen gemeinsam auszuhalten und im Notfall jemanden zu bestrafen, wenn er die rechtsstaatlichen Grenzen oder die vereinbarten wirtschaftspolitischen Regeln bricht. Aus der Angst heraus, zu harsche Konflikte könnten die europäische Konsensmaschine zum Stillstand bringen, hat die EU dem autoritären Gebaren in Ungarn viel zu lange zugesehen und die Griechen wider besseres Wissen in den Euro aufgenommen. Aus dieser Angst heraus wurden nötige Diskussionen über zu hohe Subventionen, ob für Fischereiiboote oder Milchbauern, wegbezahlt statt geführt. Ist es den nationalen Pressestellen der EU verboten, Kritik an den Regierungen ihrer Mitgliedstaaten zu üben. Werden die neuen vielversprechenden Ämter des Präsidenten und Außenministers mit unbekanntem Personal besetzt. Wurde das Parlament klein gehalten. Konnten sich Einstimmigkeitswahn und Formal-Veto-Fetischismus entwickeln, die im realpolitischen Brüsseler Konsensleben dann aber doch selten eine Rolle spielen.

Die Liste der gemiedenen Konflikte ist lang – wobei klar sein muss, dass nicht nur die EU-Kommission sie meidet. Auch die Staaten scheuen die Öffentlichkeit, die Debatte und damit die Bürgernähe. Sie lieben stattdessen das Hinterzimmer und glauben, dass Streit dem Volke nicht zuzumuten ist. Sie glauben es auch, weil es in der EU, deren politische Kultur von Beginn an die einer in sich gekehrten Behörde war, immer Konsens darüber bestand, dass allein der Konsens herrschen soll. Und damit nicht die Demokratie und ihre lebhafteste Essenz – die diskursive Öffentlichkeit.

Die produktive Kraft des Konflikts

Beweise für die produktive Kraft des Konflikts gibt es in der EU-Geschichte genug. Nach gescheiterten Reformen und Referenden hat sich die Union immer wieder berappelt und oft neue Verträge oder Vertragsänderungen auf den Weg gebracht. Ja, man könnte fast sagen: Sie entwickelt sich erst mit ihren Krisen weiter, durch zähes, aber gemeinsames Lernen. Jetzt wäre es gut, wenn Europa weiter voneinander lernt, sein intensives Selbstgespräch fortsetzt und über demokratische Reformen – von der Wahl der Kommission und des Präsidenten über die erneute Stärkung des Parlamentes bis hin zur Aufwertung europäischer Parteien – die Strukturen für einen neuen politisierten Diskurs entstehen.

Wäre dies bereits geschehen, gäbe es womöglich schon, was nun werden soll: mehr Europa in Form einer Finanzunion, die keine Angst vor der Spaltung hat, sondern in der eine Gruppe von Staaten mit einem klaren Rahmen vorangeht, weil sonst alles zu zerfallen droht in einer immer größer werdenden und derzeit noch geschwächten Union. Kommunizierte, durchaus kontroverse Ziele sind für Europa essentiell – und werden dabei oft vergessen oder bewusst verschwiegen. Wenn es sie gibt, als greifbares Ende im wirren Debattenknäuel, können aus Streit furchtbare Kompromisse entstehen. Können sich die Meinungen abschleifen, um dann eine Passform zu bilden.

Öffentlichkeit ist ein zentraler Erfolgsfaktor für die Weiterentwicklung der europäischen Demokratie.

Das Loch, in das die EU-Staaten in der Krise sehen müssen, hat sie tief blicken und dabei ihre neuen Ziele erkennen lassen. Doch die Einigungskraft, die aus dem äußeren Zwang entstanden ist, kann auch von innen heraus entwickelt werden – aus der Gesprächsfreiheit heraus, die Staaten gegenüber dem Bürger zulassen und die auch unter ihnen herrscht. Mit allen Konsequenzen. Im Zweifelsfall muss jemand austreten, bestraft werden, nachsitzen, warten. Wenn klar gesagt wird, wofür dies geschieht und wohin der Rest der Gruppe reisen will, steigen die Chancen für mehr Integration und kluge Problemlösungen. Und entstehen öffentliche, glaubwürdige Geschichten von Tren-

nung und Einigung, Debatte und Ergebnis, die nicht, wie so oft, mit dem destruktiven Stigma des totalen Zerfalls erzählt werden müssen.

In der EU gibt es zu wenig dieser Geschichten, gibt es keine Narration, wie neuerdings überall zu lesen ist, vom politischen Streit, seiner produktiven Kraft und demokratischen Notwendigkeit. Obwohl der Anfang der Erzählung längst gemacht ist in unzähligen Reden, Artikeln, Büchern. Immer dann, wenn wieder ein Politiker von der europäischen Demokratie erzählt und dies im realpolitischen Tageskampf als vermeintliche Fußnote abgetan wird, hört doch irgendjemand zu und erzählt es weiter – ein Journalist, ein Blogger, ein Bürger. Für sich gesehen ist der Zuhörerkreis klein. Aber über die Zeit betrachtet hat es Tausende solcher ernst oder unernst gemeinten, meist aber wirkungslosen Demokratie-Apelle gegeben. Und aus ihnen ist die Geschichte eines bürgernahen Europas geworden, die die Bürger mittlerweile kennen. Oder zumindest deren Beginn. Weil sie aber niemand weitererzählt, hören sie weg. Manchmal horchen sie wieder auf, weil kleine Kapitel dazu kommen, die von einem stärkeren Parlament, neuen Mehrheitsentscheidungen und einem Bürgerentscheid handeln und über denen Ortsnamen wie Lissabon stehen. Doch dann bricht die Erzählung wieder ab.

Es wäre gut, wenn sie weitergeht und das europäische Haus, dessen Fundament immer der Konsens bleiben wird, einen großen Innenhof, gerne auch noch mehr Räume innendrin, für Streit und Gespräche erhält, die bei offen ausgesprochenen Zielen und Visionen geführt werden. Damit Offenheit herrscht, die Richtungen bekannt sind und über Konflikte Öffentlichkeit entsteht, die ein Erfolgsfaktor für die EU-Politik sein kann – und ein demokratischer Legitimationsfaktor für europäische Demokratie sein muss.

„Es geht um unseren Alltag“

Ein Interview mit EU-Korrespondent Detlef Drewes

Von Torsten Schäfer

Im Interview spricht EU-Korrespondent Detlef Drewes über seine Arbeit in Brüssel und nennt Möglichkeiten, wie die EU-Kommunikation generell verbessert werden kann – gerade auch in die Regionen hinein, für die Drewes in erster Linie berichtet. Er verfasst auch einen Newsletter mit Thementipps für Lokalredaktionen, denen die EU oft besonders weit weg erscheint.

Herr Drewes, wie viele Redaktionen erhalten denn Ihren monatlichen Newsletter?

Das sind momentan 120. Ich bekomme allerdings kaum direkte Rückmeldungen, ganz wenige. Das will ich auch gar nicht. Ich will es möglichst unkompliziert halten. Was ich merke ist, dass bei Gesprächen immer wieder erstens der Newsletter bekannt ist und zweitens mehr Kollegen aus den Lokalredaktionen sagen: „Wir nutzen ihn und verstehen auch manche Sachen besser.“ Es ist schon so, dass sie Themen zurücklegen und dann später darauf zurückkommen.

„Ich möchte den Eindruck korrigieren, dass in Brüssel nur permanent Blödsinn beschlossen wird.“

Wo nehmen Sie die Zeit für den Newsletter her, denn im Vordergrund steht ja die Betreuung Ihrer Pool-Zeitungen?

Gute Frage. Keine Ahnung. Ich will eben etwas damit erreichen. Zum einen möchte ich den Kollegen – und in der Folge natürlich auch den Leserinnen und Lesern – deutlich machen, dass Europa keine akademische Veranstaltung ist. Sondern dass sie das, was hier passiert, in ihren Ladenregalen vor Ort, in den Schulen usw. zu spüren bekommen. Und ich möchte versuchen, den Eindruck zu korrigieren, dass in Brüssel nur permanent Blödsinn beschlossen wird.

Sie arbeiten eng mit den Regionalredaktionen zusammen.

Wo gibt es denn die größten Probleme bei der regionalen Europaberichterstattung?

Das größte Problem liegt gar nicht in der Zusammenarbeit mit den Redaktionen. Aber häufig bekommen Lokalredakteure, wenn sie ein Thema beispielsweise aus dem Newsletter aufgreifen, keine Antworten vor Ort. Sie gehen zu ihrem Stadtkämmerer, Bürgermeister oder zuständigen Ratsmitglied und sprechen ihn auf das lokale EU-Thema an. Häufige Antwort: „Da weiß ich nix von.“ Das betrifft nicht nur die Kommunalebene sondern auch die regionale Ebene von Inkassoverbänden, Schornsteinfegern bis hin zu den Brauern. Diese Kommunikation zwischen der europäischen Ebene und den Betroffenen in der Region vor Ort funktioniert nicht. Und das schlägt auf die Arbeit der Lokalredaktion zurück. Ich verstehe, dass ein Lokalredakteur, der zweimal vergeblich versucht hat, ein Thema aufzugreifen, dann keine Lust mehr dazu hat.

Warum funktioniert der Informationsfluss in den Verbänden nicht?

Nehmen Sie mal den Schornsteinfegermeister in Füßen. Der weiß, dass das Schornsteinfegermonopol aufgelöst werden soll. Er hat mal irgendwann gehört, dass da Europa dahinter steht. Er fragt nun seinen Dachverband, doch der weiß auch nicht viel mehr. Da gibt es irgendwo einen Bruch, weil die notwendigen Informationen entweder versickern oder nicht deutlich genug werden. Das ist eines der größten Probleme der europäischen Öffentlichkeit momentan: Man hört etwas, aber nichts Genaues. Man erfährt von einer Richtlinie, dann kommt das komplizierte europäische Gesetzgebungsverfahren dazu. Keiner weiß mehr so richtig, in welchem Stadium das Gesetz ist. Und deswegen glaubt man auch jeden Unfug, auf den sehr ernsthafte und übrigens auch notwendige Gesetzesvorschläge vor allem von europakritischen Medien reduziert werden.

Wie läuft der Informationsfluss der EU-Kommission in die Region, also die lokale Pressearbeit, ab?

Ich will damit keinen vor Ort angreifen, aber es sind zum großen Teil Diplomaten, keine Kommunikationsfachleute. Sie werden aber von Brüssel an einer so engen Leine gehalten, dass sie gar keinen Spielraum haben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können nicht von sich aus einem Minister in die Parade fahren, der auf eine unliebsame Entscheidung „aus Brüssel“

schimpft, obwohl er im Ministerrat selbst dafür gestimmt hat. Es ist ja in Ordnung, wenn jeden Morgen eine Schaltkonferenz aus Brüssel mit allen europäischen Büros stattfindet, um zu sagen, was wie kommuniziert wird. Aber es kann doch nicht sein, dass man hergeht und alle Fragen sowie mögliche Kritikpunkte bespricht und Antwortschablonen entwirft. Das ist tatsächlich so.

So werden dann Konflikte vermieden, mit denen Journalisten Geschichten erzählen könnten. Wie schwer ist es denn überhaupt, europäische Geschichten ins Blatt zu bringen?

Es gibt kein Problem, EU-Themen in der Zeitung unterzubringen. Die journalistische Herausforderung – ich füge hinzu: auch der große Reiz meiner Arbeit – besteht darin, ein Thema richtig anzupacken. Leserinnen und Leser müssen erkennen können, dass es hier um ihren Alltag geht. Oder es muss einfach verständlich werden, wie ein einzelner Aspekt innerhalb einer europäischen Gesetzgebung funktioniert und was er bedeutet. Denken Sie jetzt an die Finanzkrise! Wenn es mir also gelingt, hochkomplexe Dinge so zu beschreiben, dass sie auch jemand versteht, der nicht 34 Semester Politikwissenschaft studiert hat, dann ist viel erreicht. Es muss zum Beispiel klar sein, dass bestimmte technische Termini in einem Artikel entweder nicht vorkommen oder erklärt werden. Ich darf nicht voraussetzen, dass jede Leserin und jeder Leser sofort weiß, was hinter der Abkürzung EVP steckt. Sie dürfen von ihrer Zeitung erwarten, dass ihnen solche Dinge verständlich gemacht werden. Vereinfacht gesagt: Das ist die europäische CDU. Wenn ich diese drei Kriterien beachte, dann gewinne ich, das ist meine Erfahrung, die Leser eigentlich sehr schnell.

„Der Klimaschutz bietet genug Stoff, um mindestens zwei Monate lang jeden Tag eine Lokalgeschichte zu machen.“

Welche Themen eignen sich denn besonders für die regionale und lokale EU-Berichterstattung?

Es sind natürlich die klassischen Verbraucherthemen. Es sind aber auch die Binnenmarkt- sowie Kartell- und Wettbewerbsthemen. Wenn hier ein Aufzugskartell verurteilt wird, weil die Firmen erhöhte Gebühren und Wartungsverträge abgeschlossen haben und die Kommissarin jedem Betroffenen emp-

fehlt, vor den nationalen Gerichten zu klagen, dann kann man nur sagen: „Schickt Lokalredakteure in Krankenhäuser, Schulen und Rathäuser, um zu gucken, was in den Aufzügen für Firmenschilder hängen.“ Denn die sind alle betroffen. So konkret kann man das machen. Und der Bereich der Innen- und Rechtspolitik wird wichtiger werden. Oder der Klimaschutz. Der bietet im Grunde genommen Stoff, um mindestens zwei Monate lang jeden Tag eine Lokalgeschichte zu machen: von Energieeinsparung und Energieeffizienz über CO₂-Abscheidung und Grenzwerte bis hin zu Studien, warum die Leute keine Umweltautos kaufen.

Wie hat sich die Eurokrise auf die regionale Berichterstattung ausgewirkt?

Die Antwort hängt davon ab, wie Sie die Frage betonen. Auswirkungen auf die regionale Berichterstattung gibt es praktisch nicht, weil das Thema bestenfalls die Bundesebene berührt. In den Regionalzeitungen aber wurde wohl selten so ausführlich über ein derart europäisches Problem geschrieben. Das Bedürfnis nach Information ist nach wie vor ungebrochen. Die Heimatzeitungen stehen an manchen Tagen den großen überregionalen Blättern in nichts nach. Wie wichtig diese Information ist, haben die Bundestagsdebatten gezeigt, weil nicht einmal alle Entscheidungsträger genau wussten, worüber sie entschieden haben. Ich erlebe heute eine durchweg gut informierte Leserschaft. Die Menschen wissen über Rettungsschirme, Schuldenschnitte und Verschuldung Bescheid. Das ist ein großer Verdienst auch der regionalen Zeitungen.

Was hat sich denn in der regionalen EU-Berichterstattung über längere Zeiträume hin verändert?

1992 kamen mit der Gründung des Binnenmarktes viele Korrespondenten aus Bonn nach Brüssel. Die waren darauf gebrieft, die übliche Berichterstattung zu machen: Rechts gegen Links, Rot gegen Grün, Gelb gegen Schwarz usw. Das ist eine Berichterstattung, die hier nicht funktioniert. Hier muss man themenorientiert arbeiten. Die zweite und dritte Generation der Korrespondenten, die jetzt da ist, macht das. Und dann hat es eine weitere Veränderung in den letzten Jahren gegeben: Die Redaktionen erwarten nicht mehr, dass ich nur den europäischen Teil eines Themas behandle oder beisteuere. Sondern sie erwarten von mir, dass ich das ganze Thema abdecke.

Ich sitze zwar in Brüssel, aber ich telefoniere mit dem ADAC, dem Bundesverkehrsministerium usw.

Fühlen Sie sich nicht manchmal auch überfordert?

Nein, weil man die Interessen zusammenführen kann. Wenn hier einmal jährlich der Badewasserbericht festgestellt wird, kann man sich die Arbeit teilen: Als Korrespondent liefere ich die Geschichte darüber, wie die Wasserqualität in den klassischen Urlaubsgebieten ist. Und die Kollegen bekommen von mir den Link bzw. die Seiten, wo die Gewässer ihrer Region drin sind. Ich vermittele auch gerne die Kontakte zu ihren regionalen Abgeordneten, zu ihren Landesvertretungen. Oder ich recherchiere dazu und schicke 30 Zeilen.

„Wir wissen aus allen Umfragen, dass die Lesequote in den absoluten Keller fällt, sobald sie Europa oder EU in die Überschrift nehmen. Also müssen wir die EU über Themen verkaufen.“

Wie gut kennen sich denn die Redaktionen mit Europa aus?

Die Zugangsweise zu dieser Frage ist aus meiner Sicht falsch. Es geht nicht um generelle Europakompetenz, sondern ich muss erwarten, dass derjenige, der sich um heimische Industrien kümmert, auch weiß, wie stark diese in ihrer Gesetzgebung, bei Investitionen und Beihilfeverfahren von Europa abhängig sind. Ich muss erwarten können, dass derjenige, der sich um Verkehrspolitik kümmert, auch immer die europäische Ebene im Auge hat. Ich halte diesen Ansatz für besser. Wir müssen die Sachen über das Thema angehen – in der Redaktion selbst, in der Weiterbildung und auch in der Berichterstattung. Denn wir wissen aus allen Umfragen von Zeitungen, dass die Lesequote in den absoluten Keller fällt, sobald sie Europa oder EU in die Überschrift nehmen. Also müssen wir die EU über Themen verkaufen.

Wie schafft man es aber dann in den Ressorts, dass Europawissen zu stärken?

Da sehe ich einen großen Auftrag an die Ausbildung der Volontäre. Man muss nun sicherlich nicht von einem Lokalredakteur erwarten, dass er die europäische Gesetzgebung herunterbeten kann. Aber er sollte wissen, was die Rahmenbedingungen sind, innerhalb derer sich kommunale Arbeit abspielt.

Und wie könnte man das erreichen?

Die Europakorrespondenten sollten einmal im Jahr im Laufe eines Volontärkurses einfliegen und erzählen, wie das Ganze hier funktioniert. Das ist eine Variante. Die Abgeordneten bemühen sich zum Teil ja selbst, ihre Lokalredakteure nach Brüssel oder nach Straßburg zu holen. Und die Kommission selbst finanziert solche Projekte. Das alles wird meines Erachtens noch nicht genug genutzt, was übrigens auch damit zu tun hat, dass die Lokalredaktionen chronisch unterbesetzt sind. Lassen Sie mich noch einen Aspekt hinzufügen, der banal klingt, aber im Alltag die Arbeit der Lokalredakteure sehr erschwert: Die meisten Lokalredakteure dürfen keine Auslandsgespräche führen. Wenn sie versuchen wollen, ihren eigenen Korrespondenten anzurufen, ist das eine richtige Tortur. Entweder haben sie Glück, dass wenigstens der Lokalchef freigeschaltet ist. Wenn das nicht geht, versuchen sie es vielleicht über das private Handy. Oder sie lassen es sein.

Eigentlich eine unhaltbare Situation.

Ich habe hier in meinem Büro extra eine zweite innerdeutsche Nummer. Sie hat nur den einen Sinn: Möglichst vielen Kolleginnen und Kollegen die Gelegenheit zu geben, auch hier rückzufragen.

Oktober 2011

„Wir vertreten das Ziel einer möglichst weitgehenden Integration“

Ein Interview mit Peter Pappert, Aachener Zeitung

Von Torsten Schäfer

Peter Pappert, Leitender Redakteur bei der Aachener Zeitung, erklärt im Interview, warum die EU ein schwieriges Thema ist, weshalb europäische Geschichte viel wichtiger ist als gedacht und welche Themen regionale Medien besonders interessieren.

„Vielfach wird noch nicht erkannt, wie stark Entscheidungen, die in Brüssel gefällt werden, in den Alltag eingreifen.“

Herr Pappert, wie präsent ist die EU in den Zeitungen?

Generell zu wenig, in den anhaltenden Finanz- und Schuldenkrisen schon häufiger. Für uns ist die europäische Integration seit Jahren ein journalistischer Schwerpunkt. Wir müssen als Zeitung immer wieder erklären, erklären, erklären. Ich glaube, dass vielfach noch nicht erkannt wird, wie stark Entscheidungen, die in Brüssel gefällt werden, in den Alltag eingreifen.

Und wie sieht das bei Ihnen aus? Wie hat sich die EU-Berichterstattung entwickelt, auch mit der Eurokrise?

Wir haben schon immer vergleichsweise viel zur Europapolitik gemacht. Es ist seit über einem Jahr – krisenbedingt – natürlich noch deutlich mehr geworden. Und das ist auch nötig. Im Vergleich zu anderen Regionalzeitungen berichten wir relativ umfangreich.

Längst nicht alle Redaktionen haben einen EU-Fachredakteur. Wer kümmert sich bei Ihnen um Brüssel?

Da wir uns bemühen, das Thema kontinuierlich und gründlich zu behandeln, haben mehrere Kollegen den Blick darauf. Europa gehört auch zu meinen Schwerpunkten. Unabhängig davon sind wir als Regionalzeitung darauf angewiesen, dass die Kollegen immer ein Auge auf alles haben.

Das ist nur der eine Blick, der andere kommt aus Brüssel: Haben Sie einen EU-Korrespondenten? Rund die Hälfte der deutschen Zeitungen verzichtet drauf.

Wir haben Detlef Drewes. Mit ihm haben wir einen engen, täglichen Kontakt. Er ist ein sehr erfahrener, kenntnisreicher Kollege, der komplizierte Sachverhalte gut und verständlich erläutert. Wir telefonieren viel und wollen Europa für unsere Leser durchschaubar machen. Mit Detlef Drewes sind wir sehr gut bedient. Er ist zudem sehr serviceorientiert und macht unseren Lokalredaktionen regelmäßig Vorschläge, wie sie europäische Themen auf ihren Ort zuschneiden können, weil sie dort auch relevant sind.

Welchen Themen mit EU-Bezug gehen denn gut?

Das sind die Bereiche Verkehr, Umwelt, Landwirtschaft und alles, was mit Verbraucherschutz zu tun hat. Das schlägt sich ja auch in den Geschäften nieder: Was muss wie ausgezeichnet werden? Man weiß da oft gar nicht, wie viele Maßgaben von der EU kommen.

Stichwort Wissen: Wie gut kennen sich denn Ihre Mantelredakteure mit der EU aus?

Wir knien uns rein – erst recht in jüngster Zeit. Sicher könnte das Wissen besser sein – auch meines. Das ist ja gar keine Frage. Aber wir müssen uns als Regionalzeitung nach der Decke strecken. Wir haben Personal- und Zeitprobleme.

Die erschweren zunehmend die Recherche, fast überall. Wie schwer ist die Europa-recherche darüber hinaus?

Die ganze Europapolitik ist ziemlich kompliziert: Wer ist für was zuständig? Wie laufen die Entscheidungsverfahren ab? Wer muss wo, wann und wie zustimmen? Das haben die wenigsten jederzeit auf der Reihe. Die hochkomplizierten Zusammenhänge und Verästelungen der Finanzkrisen sind eine besondere Herausforderung. Ich muss bei meiner täglichen Arbeit immer wieder nachschlagen, nachlesen, Informationen sammeln. Das, was bundespolitisch läuft, ist einem präsent.

„Wer darf wann wo mitreden? Das ist schon sehr kompliziert.“

Auch die Bundespolitik kann sehr kompliziert sein. Was genau macht die EU so sperrig als Thema? Das hört man immer wieder.

Es sind diese schwierigen Entscheidungsstationen: Wer darf wann wo mitreden? Das ist schon sehr kompliziert – was kein Kriterium sein darf, um es wegzulassen. Wir versuchen also, es zu erklären. Hinzu kommt, dass sich viele Leser unter bestimmten Namen, Funktionen, Ämtern wenig vorstellen können. Wer kennt schon die Herren Barroso oder van Rompuy?

Wenn schon die bekanntesten Europäer unbekannt sind, wie steht es dann um das Thema insgesamt?

Das hat in „normalen“ Zeiten keine Priorität. Wenn es aber aktuell und brenzlich wird, ist sicherlich das Interesse da. Das ist nun in den anhaltenden Finanz- und Schuldenkrisen ganz offensichtlich. Aber auch Rauchverbot und die Zukunft der Sparkassen sind für viele Leser relevante Themen; sie werden nur nicht immer als europäische Themen gesehen.

Wie gelingt es nun aber, den Blick dafür zu schärfen?

Wo können Redaktionen ansetzen?

Es geht um die Fragen: Betrifft uns das? Was bringt uns das? Das ist immer wieder auch redaktioneller Service. Wenn in Brüssel debattiert wird, ob man nicht einheitliche Bußgelder haben sollte, ist das für unsere Leser einfach interessant. Wird das strenger geregelt? Muss ich das Bußgeld bezahlen, wenn ich in Italien bin, und wird es bis hierhin eingetrieben? Und dass Rettungsfonds und Hilfen für Schuldensünder den Steuerzahler betreffen, ist offenkundig. Ansonsten gibt es ein gewisses Manko, das bei EU-Themen häufig festgestellt wird: Es fehlt meist die Personalisierung. Das ist für manche Medien eher ein Negativkriterium. Aber davon darf man sich natürlich nicht leiten lassen.

Wovon lassen Sie sich denn leiten, was ist Ihr journalistischer Auftrag?

Unser Auftrag ist an erster Stelle, das Ganze verständlich zu machen. Was ist diese EU? Was ist ihr Sinn, ihr Zweck? Worauf gehen die Krisen zurück? Die Menschen sollen das durchschauen können. Also erklären! Auf dieser Grundlage müssen wir aufzeigen, was warum wichtig ist. Ist diese europäische

Integration sinnvoll? Wo ist sie nicht sinnvoll? Und dann der dritte Bereich: Wo greift dieses Europa eigentlich in unser Leben, in unseren Alltag ein? Und dann erklären wir wieder: Ist das sinnvoll, dass es europäisch geregelt wird? Und wenn es europäisch geregelt wird: Wird es ordentlich gemacht?

Wie steht denn die Redaktion zur Integration?

Generell positiv, auch wenn manche Abläufe schwierig sind, manches Gipfelgetöse übertrieben ist. Selbstverständlich stellen wir dar, was schlecht läuft, und das ist ja nicht wenig. Aber die Grundeinstellung, dass es richtig ist, die Integration zu vertiefen, die ist da.

Sollten denn Zeitungen mit Ihrer Berichterstattung zu einer europäischen Identität beitragen?

Ja – bei aller notwendigen Kritik und bei aller Offenheit für die verschiedenen Sichtweisen. Wir vertreten schon das Ziel einer möglichst weitgehenden europäischen Integration. Das heißt natürlich nicht, dass wir nicht nach allen Richtungen kritisieren, wenn Dinge falsch laufen.

*„Luxemburgs Premierminister Jean-Claude Juncker sagt:
Wer nicht begreift, wie wichtig die EU ist, der soll Soldatengräber
besuchen. Diesen Aspekt halte ich für unglaublich wichtig.“*

Was läuft denn in der medialen Europadebatte falsch? Was vermissen Sie?

Es gibt sicherlich einen Aspekt, der früher stärker thematisiert worden ist: die Historie. Was verdanken wir der europäischen Einigung? In welcher Situation ist dieses Integrationswerk entstanden? Luxemburgs Premierminister Jean-Claude Juncker, der wie kein anderer seiner Amtskollegen Europa erklären kann, sagt: Wer nicht begreift, wie wichtig die EU ist, der soll Soldatengräber besuchen. Diesen Aspekt halte ich nach wie vor für unglaublich wichtig. Auch wenn das heute – gerade der jüngeren Generation – vielleicht nicht mehr sehr viel sagt. Das muss man immer wieder thematisieren. Das tun wir auch.

Können oder sollten Zeitungen etwas gegen dieses schwindende Interesse tun?

Wir machen immer wieder Veranstaltungen – vor allem und sehr gerne mit Schulen zusammen. Das funktioniert sehr gut. Ich halte es für ganz wichtig, die jungen Leute einzubinden. Die sind dann mit auf dem Podium, stellen Fragen. Wir bereiten es intensiv vor, haben eine ausführliche Vorberichterstattung, und hinterher lassen wir sie selbst zu Wort kommen. Das müsste man noch viel öfter machen.

Laufen solche Aktionen auch gut und ist das EU-Interesse allgemein hoch, weil Sie hier im „kleinen Europa“ leben, an der Grenze zu den Niederlanden und Belgien?

Ich glaube schon, dass das eine Rolle spielt. Viele Leser hier in der Region wissen, wie wichtig es ist, dass sich die Länder abstimmen. Ob das Steuern sind, Verkehrsregeln oder bestimmte Kriterien, die man beachten muss, wenn man ein Haus baut. Wir haben eine gemeinsame Währung, aber man stellt jetzt in der aktuellen Krise fest, dass wir keine gemeinsamen Regeln für Haushaltsdisziplin, Banken und Finanzaufsicht haben. Das heißt: Manche haben wir schon. Nur wer hält sich daran?

Dezember 2011

„Wir ersetzen nicht den Journalismus“

Ein Interview mit Steffen Schulz, Pressereferent der EU-Kommission

Von Torsten Schäfer

Steffen Schulz, Pressereferent der EU-Kommission, erklärt, warum es schwierig ist, Journalisten die EU näher zu bringen. Und verteidigt die Pressearbeit in Brüssel, die in die Kritik geraten ist.

„Die Redaktionen sind sehr strapaziert, gerade in den Regionalzeitungen. Ich konzentriere mich daher auf die Ausbildung.“

Erst einmal grundlegend: Wie ist die deutsche Pressearbeit der EU-Kommission organisiert, Herr Schulz?

Wir in Bonn sind Ansprechpartner für die regionalen und lokalen Medien in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland. Die Vertretung in München und die Zentrale in Berlin decken die anderen Bundesländer ab. Wenn Journalisten ein Thema bearbeiten, bei dem eine EU-Frage auftaucht, können sie bei uns anrufen, und wir geben eine Antwort – oder vermitteln einen Ansprechpartner in der EU-Kommission in Brüssel.

Wie oft passiert das?

Das ist starken Schwankungen unterworfen, abhängig von den aktuellen Themen. Allerdings ist das auch nur ein Teil des Jobs. Die Bonner Pressestelle besteht aus zwei Kollegen; bei mir sind die Schwerpunkte pro-aktiv, dass heißt Seminare, Redaktionsbesuche, in Journalistenschulen gehen, Weiterbildungseinrichtungen besuchen. Das macht mehr als die Hälfte meiner Arbeitszeit aus.

Wie ist die Nachfrage danach?

Die Redaktionen sind sehr strapaziert, gerade in den Regionalzeitungen ist das so. Ich habe mich daher auf die Ausbildung konzentriert. Ich organisiere Informationsreisen für Volontäre nach Brüssel. Volontäre sind noch in der Ausbildung, d.h. sie können leichter mal ein paar Tage fehlen, und sie können bei so einem Besuch sehr viel mitnehmen. Da wir aber natürlich nicht

alle Volontäre nach Brüssel bringen können, biete ich den Redaktionen dann an, in einer komprimierten Form das Grundwissen über Europa und Europa-recherche in einem Seminar in ihrem Hause zu vermitteln, für Volontäre und interessierte Redakteure.

Und das funktioniert dann?

Das funktioniert. Einfach deswegen, weil es ja ein Ausbildungsprogramm für Volontäre gibt. Und wenn man schon mal da ist, kommen oft noch ein paar Redakteure dazu. Ich mache in der Regel zweimal 90 Minuten. Es gibt eine Einführung in die Arbeitsweise der EU, hauptsächlich der EU-Kommission. Aber ich erkläre auch die Zusammenarbeit der Institutionen: Dann gibt es einen zweiten Teil. Da geht es um Europa im Lokalen: Wo kommt Europa auf dieser Ebene vor? Es gibt Beispiele, wie bestimmte Richtlinien oder die EU-Gesetzgebung: von Brüssel über Berlin auf der kommunalen Ebene ankommen. Ich gehe damit auch regelmäßig zu Journalistenschulen: zur Ruhr-Journalistenschule, dem Volontärkurs der Akademie der Zeitungsverleger in Bonn oder zur Uni Dortmund mit ihrem Journalistik-Studiengang.

Heben Sie in den Kursen bestimmte Politikfelder hervor?

Es gibt natürlich starke Bezüge im Bereich der Regionalpolitik, alles was mit Förderungen zu tun hat. Und es gibt starke Bezüge zur Landwirtschaft. Ansonsten im Bereich Wettbewerb und Binnenmarkt, wenn es um Ausschreibungsregeln geht. Zum Beispiel, dass die Müllabfuhr ausgeschrieben werden muss, wenn die Stadt das an einen privaten Investor vergeben will. Und Umweltthemen! Laut einer Statistik des Bundestages haben über 80 Prozent der Umweltgesetzgebung ihren Ursprung in Brüssel. Ich habe da verschiedene Beispiele, es ergibt sich aber auch aus der Situation heraus: Als ich in Frankfurt war, spielte natürlich der Lärmschutz eine Rolle, die Lärmschutzrichtlinie in einer Großstadt mit Flughafen.

Was sind die häufigsten Sorgen und Nöte in den Redaktionen?

Es geht da vor allem um die EU-Recherche: Wie kommen zum Beispiel die Fördermittel bei Projekten an, wie werden die Projekte ausgewählt, wie wird das Geld ausgegeben? Und es gibt natürlich ganz praktische Fragen, wenn es um Recherche geht: Wo finde ich was? Wen muss ich anrufen? Wen kann ich fragen? Wer ist zuständig? Gerade beim Thema Fördermittel. Da muss man

dann auch erklären, dass das Geld nicht von Brüssel an Projekte vergeben wird. Sondern dass es zunächst in einem großen Batzen in die Region geht, in die Bundesländer. Und dass man bei den zuständigen Landesbehörden einen Projektantrag stellen muss und dann dort entschieden wird, welche Projekte gefördert werden.

Über solche Dinge klären die Landesregierungen dann offenbar zu wenig auf?

Schwer zu sagen. Zumindest werden diese Fragen immer wieder gestellt. Ich bekomme auch immer wieder Anrufe von Journalisten, die von mir wissen wollen, wie viel Geld in ihre Stadt fließt. Man kann leider aber erst im Nachhinein sagen, wie viel Geld wohin geht, weil es davon abhängt, wer sich um eine Projektförderung bewirbt. Das muss ich immer wieder erklären.

„Ich kann nicht sagen, dass sich nach einem Kurs die Europaberichterstattung in einer Zeitung schlagartig verfünffacht. Das ist nicht mein Anspruch, das ist nicht machbar.“

Wie messen Sie denn Ihren Erfolg?

Der ist natürlich nur schwer zu messen. Wir verkaufen ja keine Äpfel oder so. Ich kann nicht sagen, dass sich nach einem Kurs die Europaberichterstattung in einer Zeitung schlagartig verfünffacht. Das ist nicht mein Anspruch, das ist nicht machbar. Ich merke es aber daran, dass die Leute Wochen oder Monate später bei mir anrufen, teils auch deren Kollegen, und Fragen stellen, die sie früher nicht gestellt hätten.

Was ist dann grundlegend Ihr Ziel?

Die Bürger, die Zeitungsleser, sind Europäer. Und die EU hat einen großen Einfluss auf ihr tägliches Leben – damit meine ich nicht die alles überwölbenden Themen wie die Schuldenkrise, sondern so praktische Dinge wie Müllrecycling oder Wasserversorgung. Deshalb haben die Bürger, die Zeitungsleser, einen Anspruch darauf zu erfahren, was Europa für sie und ihr tägliches Leben bedeutet. Und das versuche ich den Journalisten zu sagen. Ich versuche ihnen zu zeigen, wie sie dieses Anrecht der Leser erfüllen können.

Wie beurteilen Sie denn die EU-Berichterstattung der Medien von der Quantität her – in normalen Zeiten abseits der Eurokrise?

Es gibt sicher zu wenig Europaberichterstattung. Bei Medien wie ARD und ZDF und den überregionalen Zeitungen findet eigentlich viel Europaberichterstattung statt. Das mag auch damit zusammenhängen, dass die sich eine ordentliche Zahl an Korrespondenten in Brüssel leisten können. Bei den Regionalzeitungen ist das Bild durchwachsen. Es gibt Zeitungen, die berichten sehr viel. Viele machen aber zu wenig. Oft – und das gilt für alle Medien – ist die Europaberichterstattung aber auch unvollständig oder falsch.

In welcher Weise? Woran denken Sie?

Zum Beispiel an die Unart, Europa über Dritte zu erklären. Da erklärt der Landrat, was die Politik in Brüssel entschieden hat. Oder der Sprecher eines Ministeriums erklärt, wie Europa funktioniert. Das mag sein, dass das manchmal geht. Aber es gibt Beispiele, wo das schief geht. Zum Beispiel wollte die EU – laut Zeitungsbericht – einem Sozialbüro die Fördermittel streichen. Das ist falsch, weil die EU nicht über solche Projektförderung entscheidet, sondern das Land. Abgesehen davon wird eine Förderung immer für einen bestimmten Zeitraum in einer bestimmten Höhe bewilligt. Die Förderung wird also nicht plötzlich gestrichen, sondern sie läuft irgendwann aus. Das wurde aber leider nicht erklärt. Und leider kam auch niemand von der EU zu Wort.

„Auf lokaler und kommunaler Ebene sind die Akteure bekannter. Deren Nummern haben die Redakteure im Handy gespeichert, da bekommen sie sofort eine Antwort. Bei uns ist es schwieriger.“

Es fehlt also an breiteren Recherchen?

Wie gesagt, die Redaktionen stehen vielfach unter Druck, und da ist die Zeit für Recherchen begrenzt. Hinzu kommt, dass die Akteure auf lokaler und kommunaler Ebene, auch auf Landesebene, sicherlich viel bekannter sind. Deren Nummern haben die Redakteure im Handy gespeichert, da bekommen sie sofort eine Antwort. Bei uns ist es schwieriger. In Bonn, München oder in Berlin sind wir ein großes Stück weiter weg. Weil es schwieriger ist, Antworten von der EU-Seite zu bekommen, fällt das dann komplett weg. Es wird

wiederholt, was andere sagen. Und es findet kein Gegencheck statt, weil die Kollegen nicht wissen, woher sie sich den Gegencheck holen sollen.

Müsste es dann nicht mehr EU-Pressesprecher und Pressestellen in Deutschland geben?
Es ist natürlich einfach zu sagen, dass wir mehr Leute brauchen. Aber ich denke, das würde nichts daran ändern, dass es ein andauernder, beidseitiger Prozess ist, der Zeit braucht. Wir lernen dabei, Europa besser zu erklären, und die Journalisten lernen, dass Europa auch im Lokalen wichtig ist.

Also ein Vorwurf an die Journalisten!

Nein, wie gesagt, es geht darum, die EU und ihre Entscheidungsprozesse zu erklären, damit Journalisten wissen, wann sie berichten sollten. Etwa, wenn ich sage: Ihr müsstet jetzt berichten, wenn die Kommission den Entwurf einer Richtlinie verabschiedet hat. Denn jetzt ist der Entscheidungsprozess im Rat und im Parlament noch im Gange. Wenn es die Kommune umsetzen muss, weil es ein deutsches Gesetz gibt, ist es zu spät. Die Volontäre bekommen große Augen, wenn ich erkläre, dass die sogenannte Feinstaubrichtlinie in Brüssel 1999 beschlossen wurde. In Deutschland in Kraft getreten ist sie am 1. Januar 2005. Da sind die Kommunen erst aufgewacht und haben gemerkt, dass sie möglicherweise Lkw-Verkehr umleiten und Busse umrüsten müssen. Wenn da vielleicht Medien früher berichtet hätten, hätten die Leute eher darüber diskutiert. Und es wäre auch eher etwas passiert.

Gibt es weitere Probleme?

Es gibt leider immer noch das Problem, dass sich Politiker auf allen Ebenen hinstellen und mit dem Finger auf Brüssel zeigen, wenn sie unpopuläre Entscheidungen treffen müssen. Brüssel ist weit weg, und man kann den schwarzen Peter oft sehr leicht dorthin schieben. Und es gibt den Reflex, noch über den größten Unsinn zu berichten, wenn nur das Etikett Brüssel oder EU darauf klebt – zum Beispiel, dass die EU das deutsche Brot verbieten will. Auf unserer Webseite gibt es eine Rubrik, „EU-Mythen“, die solche Beispiele auflistet.

Die Webangebote der EU-Kommission haben ja stark zugenommen – wie die gesamte Pressearbeit, die Journalisten aber auch heftig kritisieren: Interviews können in Auftrag gegeben werden, vorgeschnittene, teils unkritische Beiträge werden zur Verfügung gestellt, die teils übernommen werden. Gibt es eine Tendenz, dass die Pressearbeit den Journalismus ersetzt?

Ob es diese Tendenz ganz allgemein gibt, kann ich nicht beurteilen. Die Kommission fördert diese Entwicklung aber sicher nicht. Keines unserer klassischen Angebote für Journalisten in den Mitgliedstaaten und Korrespondenten in Brüssel wurde abgeschafft. Wie Sie wissen, wurde die Zahl der Ansprechpartner für die Medien in den Vertretungen vielerorts sogar erhöht. Natürlich muss sich die Pressearbeit der Kommission aber den Gegebenheiten anpassen. Sie muss dafür Sorge tragen, dass rund 500 Millionen Menschen in der EU die Möglichkeit haben, sich möglichst umfassend über die EU-Kommission und ihre Politik zu informieren. Und natürlich muss sie dazu auch die neuen Möglichkeiten nutzen, die Internet und soziale Netzwerke bieten. Darüberhinaus muss sie ihre Angebote so gestalten, dass auch die Menschen in den Ländern Informationen über die EU bekommen, deren Medien nicht durch Korrespondenten in Brüssel vertreten sind.

Aber fördert die Kommission nicht gerade diese Entwicklung – und macht die Arbeit, die eigentlich Korrespondenten machen sollten?

Wie gesagt, diese Angebote ersetzen nichts. Jeder Journalist kann nach wie vor bei der täglichen Pressekonferenz in Brüssel die Fragen stellen, die ihn bewegen, oder er kann in Brüssel oder in den Vertretungen anrufen, um an Informationen zu gelangen. Und nicht zuletzt gibt es unser umfangreiches Informationsangebot im Internet, das in vielen Fällen wesentlich breiter und offener ist als vergleichbare Seiten in den Mitgliedsstaaten – und das sehr oft bereits alle gesuchten Infos liefert.

Oktober 2011



Krauskopfpelikan

Aufstrebende Größen: Der Krauskopfpelikan zählt mit einer Flügelspannweite von fast drei Metern und einem Gewicht von maximal 16 Kilogramm zu den schwersten flugfähigen Vögeln der Erde. Sein Brutgebiet reicht von Südeuropa bis in die Mongolei; die größten europäischen Kolonien gibt es in Griechenland, Rumänien, der Türkei und dem europäischen Teil Russlands. Die Bestände haben sich dank Jagdverboten und der Ausweitung von Schutzgebieten erholt – die asiatischen Populationen gehen derzeit allerdings zurück.

Bild: Jari Peltomäki

Föderales Zahlenchaos

Erkenntnisse aus einem Rechercheprojekt zur Klimapolitik der deutschen Bundesländer

Von Hanne Tügel und Torsten Schäfer

Im föderalen Daten-Dickicht stieß die Redaktion auf verblüffende Unstimmigkeiten, Lücken und Fallen.

Im Dezember 2007 stand die große Klimakonferenz von Bali auf der Agenda. Die Redaktion des Magazins *GEO* beschloss, das Thema mit eigenen Ansätzen anzugehen: einer Titelgeschichte und einem Sonderheft, das die Klimaschutzpolitik der deutschen Bundesländer verglich. Das hatte noch niemand getan. Daraus wurde ein mehrmonatiges Rechercheprojekt. Das Team verglich 16 Länder in den Sektoren Energie, Verkehr, Bau und Politik-Strategien – anhand von 20 selbst entwickelten Kategorien, die aus fast 40 Themengebieten ausgewählt wurden. Vieles wurde recherchiert, was nie Verwendung fand. Es gab Statistik-Chaos, Sackgassen, Umwege und auch Blockaden, in Pressestellen und Landesämtern. Vieles funktionierte gut. Und viele Pressesprecher, Umweltverbände und Forscher halfen erstaunlich schnell und präzise.

Alles in allem war das Projekt fordernd, lehrreich und vor allem voller Überraschungen. Denn die Journalisten stießen bei der Recherche auf verblüffende Unstimmigkeiten, Lücken und Fallen im föderalen Dickicht. Daten gibt es dort viele: bei den statistischen Ämtern, beim Länderarbeitskreis Energiebilanzen, bei Wirtschafts- und Industrieverbänden. Aber oft sind sie nicht vollständig – ein Grundproblem in Deutschland, das sich auch bei anderen Themen wie etwa der Finanzierung der Naturschutzpolitik zeigt, die dasselbe

Team in einem Folgeprojekt recherchierte. „Viele Entwicklungsländer haben bessere Daten als wir“, fasste ein Experte aus dem Bundesamt für Naturschutz zusammen.

Wichtige Daten etwa werden nicht in allen Ländern erhoben. Das fängt bei einer für den Klimaschutz entscheidenden Größe an, dem Ausstoß von Kohlendioxid (CO_2). 14 Bundesländer erfassen diesen Wert zu Recht in zwei Varianten: am Ort der Entstehung („Quellenbilanz“) und am Ort der Energienutzung („Verursacherbilanz“). Wenn ein nordrhein-westfälisches Kohlekraftwerk Niedersachsen Energie liefert, wird der CO_2 -Ausstoß also einerseits an der Entstehungsquelle Nordrhein-Westfalen registriert. Eine entscheidende Information ist aber auch, für wen die Energie bestimmt ist und wer damit die CO_2 -Emissionen letztlich verursacht, also Niedersachsen. Bayern und Hessen weigern sich, diese zweite Variante statistisch zu erfassen. Das macht einen Vergleich nach dem Verursacherprinzip unmöglich; auch der *GEO*-Test musste sich notgedrungen auf die CO_2 -Emissionen nach der ersten Berechnungsgrundlage stützen. Auch manch anderer potenziell interessante Indexpunkt scheiterte am Föderalismus. So haben einige Landesbehörden zum Beispiel sehr wohl einen Überblick darüber, wie viel Geld sie in die Klimaforschung stecken. Andere interessieren sich nicht dafür – Ende der Vergleichbarkeit.

Wertlose Statistiken

Manchmal sind Statistiken vollständig vorhanden, aber trotzdem wertlos. Im Sektor Verkehr erschien es interessant, den Neubau von Straßen seit 1990 unter die Lupe zu nehmen. Erster Dämpfer: Statistisch erhoben werden nur „überörtliche Straßen“, also Bundesautobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen. Eine Gesamtübersicht, die auch die kleineren, kommunalen Straßen umfasst, existiert nicht.

Notgedrungen engte das *GEO*-Team die Betrachtung auf überörtliche Straßen ein – und stieß auf ein seltsames Phänomen. Zwischen 1990 und 2006 war das Straßennetz nicht wie erwartet gewachsen, sondern in etlichen Bundesländern beachtlich geschrumpft.

War der Öffentlichkeit etwas entgangen? Hatten anonyme Bautrupps heimlich Straßen stillgelegt und rückgebaut? Der Fachmann aus der Gruppe VC (Verkehr) im Bundesamt für Statistik gab eine andere Erklärung: „Umwidmung“. Jahr für Jahr wird neu festgelegt, welche Straße welches Attribut erhält – Landesstraßen werden zu Kreisstraßen, und aus Kreisstraßen werden Kommunalstraßen. Diese verbinden zwar immer noch Orte miteinander, verlieren aber den Status der „Überörtlichkeit“ und verschwinden aus der Statistik. So erweitert sich das Straßennetz real, während es statistisch schrumpft – und sich der Möglichkeit von Bundesländervergleichen entzieht.

Die tatsächliche Größe des Straßennetzes blieb ebenso ein Geheimnis wie die Leistungsbilanz der Braun- und Steinkohlekraftwerke.

Rätselhafte Kraftwerks-Daten

Ein anderes Problem: Manche Daten werden ungern herausgegeben. Wie viele Kohlekraftwerke gibt es in den einzelnen Bundesländern und mit welchem Wirkungsgrad arbeiten sie? Eine präzise Frage, so scheint es, und einfach zu beantworten. Der zuständige Verband der Elektrizitätswirtschaft VDEW sah das anders. Er lieferte zwar Zahlen zu neu geplanten Kohlekraftwerken, behauptete aber, nicht zu wissen, wie viele bisher an welchen Orten in Betrieb sind. Der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein machte GEO zwar eine Übersicht über die mit Braunkohle befeuerten Anlagen zugänglich; beim Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus aber fehlten die entsprechenden Informationen angeblich.

Es folgten Anrufe und E-Mails beim Umweltbundesamt, beim Umweltministerium, beim Wirtschaftsministerium, bei den 16 Wirtschaftsministerien der Länder. Manche hatten Antworten für ihren Bereich, andere nicht. Ein Dutzend Gespräche mit mäßig gelaunten Kraftwerksbetreibern blieben ebenfalls unergiebig. Immerhin ein Hinweis: Das „Jahrbuch der Europäischen Energie- und Rohstoffwirtschaft“ enthalte eine detaillierte Übersicht. Das 248 Euro teure Werk war in der Staatsbibliothek einsehbar – der Kauf wäre eine Fehlinvestition gewesen, da auch hier längst nicht bei jedem Kraftwerk Brennstoff bzw. Leistung vermerkt sind.

Erst ein Gespräch mit dem wissenschaftlichen Beirat, der die Recherche für die Klima-Rangliste begleitete, brachte dann einen echten Fortschritt. Prof. Dr. Claudia Kemfert, Energie- und Klima-Expertin am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, erwähnte, dass ihr Institut eine Datenbank besitze, aus der sich die gewünschten Daten ermitteln lassen müssten. Der zuständige DIW-Experte war bereit, den GEO-Test zu unterstützen und anhand von Baujahren, Leistungsdaten und verwendeten Energieträgern auszurechnen, wie sich die Effizienz der Kohlekraftwerke in den einzelnen Bundesländern unterscheidet. Allerdings geht auch aus dieser Berechnung nur die Nennleistung hervor; zugrunde liegt der Wirkungsgrad, der im Baujahr des Kraftwerks Stand der Technik war. Welchen Wirkungsgrad ihre Kraftwerke im Alltag tatsächlich besitzen, diese Information hüten die Betreiber auch gegenüber dem DIW als Betriebsgeheimnis.

Werkstatt Recherche

21 Adresstipps für Umwelt- und Europarecherchen im Internet

Von Torsten Schäfer

Umwelt und Nachhaltigkeit

Allzweckwaffe: Das Lexikon der Nachhaltigkeit

Die Aachener Stiftung Kathy Beys betreibt eine wertvolle Fundgrube für grünes Wissen: Im stets aktuell gehaltenen Lexikon der Nachhaltigkeit (www.nachhaltigkeit.info) findet sich äußerst vieles – von dänischen Nachhaltigkeitsindikatoren bis hin zur Thüringer Agenda 21. Es gibt kein vergleichbares deutsches Online-Nachschlagewerk zu diesem großen Themenkreis. Es hilft allen, die sich für Fragen des nachhaltigen Lebens interessieren – und darüber hinaus.

Soziale Öko-Forschung – ein Überblick

Welche sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekte gibt es aktuell? Das Bundesforschungsministerium fördert viele und hält unter www.sozial-oekologischeforschung.org einen Überblick im Netz bereit. Er ist nützlich, wenn man sich Umweltthemen aus dieser Perspektive näher anschauen will – was im Umweltjournalismus zu selten geschieht.

Fundgrube für Klima-Ideen: Die Spiekerooger Klimagespräche

Eine jährlich stattfindende, hochkarätig besetzte und noch nicht so bekannte Veranstaltung sind die Spiekerooger Klimagespräche (www.spiekerooger-klimagesprache.de), die in „Ergebnissen und Botschaften“ die Resultate aus Workshops wiedergeben, Thesen formulieren und Texte empfehlen. Eine Fundgrube mit prägnanten Aussagen und vielen Ideen.

Programmtipps für Umwelt- und Natursendungen

Der Umwelt-Wiki (de.green.wikia.com) hat eine aktuelle Liste mit Fernseh- und Radiosendungen, die Umweltthemen behandeln. Und es gibt eine kurze Übersicht mit Zeitschriften aus dem ökologischen Spektrum. Einen guten Überblick über aktuelle Sendungen im Fernsehen und Radio hält auch die – teils leider etwas veraltete – Seite Agenda21-Treffpunkt (www.agenda21-treffpunkt.de) bereit, die ohnehin eine gute Quelle ist für alles, was mit grünen Themen zu tun hat.

Servicestark – das Climate Service Centre (CSC)

Das Hamburger Climate Service Centre (www.climate-service-center.de) hat seine Angebote ausgeweitet und bietet nun einen Newsletter an, der die neuesten Ergebnisse der Klimaforschung zusammenfasst – eine gute Hilfe für jeden, der sich mit dem Klimawandel beruflich beschäftigt oder das Thema einfach so verfolgt und tiefer einsteigen will. Das CSC, das 2009 neu gegründet wurde und die Öffentlichkeit verständlich informieren soll, hat noch eine weitere Webseite aufgebaut: Der Klimanavigator (www.klimanavigator.de) erklärt den Klimawandel aus verschiedensten Blickwinkeln und gibt eine Übersicht über alle Forschungsstellen, die sich in Deutschland mit dem Thema befassen.

Umweltgeschichte für alle

Die Website www.umweltchronik.de des Bundesumweltministeriums ist eine multimediale Rückschau auf die deutsche Umweltpolitik, die im Printmagazin auf 32 Seiten nochmal ausführlicher beleuchtet wird. Wer wissen will, was aus staatlicher Perspektive die wichtigsten umweltpolitischen Themen, Fakten und Zahlen seit 1986 sind, dem dürfte beides helfen.

Dichte Wald-Websites

Ein umfassendes und engagiertes Projekt rund um das Thema Wald ist das Waldportal (www.waldportal.org) des Umweltschützers Keno Tönjes. Hier werden aktuelle TV-Sendungen angekündigt und verschiedene Waldformen beschrieben. Ähnlich gut und noch internationaler ausgerichtet ist die Seite Mongabay (www.mongabay.com), die Rhett A. Butler eingerichtet hat. Er ist kein Wissenschaftler, aber dennoch anerkannt.

Zum Nachschlagen: Umweltberichte des BMU

Wer zu Umweltthemen recherchiert, steht öfter vor einer Frage: Wo kann ich schnell und kompakt Informationen dazu finden, was Deutschland etwa im Bereich erneuerbarer Energien im letzten Jahr so alles gemacht hat – oder darüber hinaus? Man findet im Netz schnell sehr viel, hat aber immer noch im Hinterkopf, dass bei der Masse an News etwas verloren gegangen sein könnte. Vollständig und übersichtlich sind da die Zusammenfassungen der jährlichen „Umweltberichte“, die das Bundesumweltministerium verfasst.

Neues zum Umweltbewusstsein

Zu den bekanntesten Forschern, die sich mit Umweltbewusstsein beschäftigen, zählt der Marburger Pädagoge Udo Kuckartz. Er analysiert seit Jahren die grüne Befindlichkeit der Deutschen und hat hierzu zahlreiche Texte veröffentlicht, die wertvolles Hintergrundwissen für die journalistische Arbeit liefern – auch aus EU-Perspektive. Die Texte sind frei einsehbar auf der Seite www.klimabewusstsein.de.

Grüne Ideen bei der Deutschen Welle

Die Deutsche Welle hat 2009 das Projekt Global Ideas (www.dw.de/dw/0,,13342,00.html) gestartet, das mittlerweile zu einer spannenden Fundgrube geworden ist. Hier finden sich viele Fernsehreportagen und Hintergrundtexte zu Klima, Energie- und Umweltprojekten in der ganzen Welt, ob Asien, Afrika oder Südamerika. Es ist der internationale Blickwinkel der Welle, der das Angebot ergiebig für die Recherche macht.

Expertisen des Sachverständigenrats

Ein nicht immer beachteter Fundus umweltwissenschaftlicher Expertise ersten Ranges sind die Analysen des Sachverständigenrates für Umweltfragen der Bundesregierung, dem führende Experten der verschiedensten Fachdisziplinen angehören. Hier finden sich kritische Papiere zu aktuellen Themen. Es lohnt aber auch ein Blick zurück: Anfang 2007 etwa publizierte der SRU das Gutachten „Umweltverwaltungen an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit“, das zeigt, wie stark Bund und vor allem Länder seit Mitte der 1990er Jahre gerade im Naturschutz gespart haben.

Europa

Einzigartig: Das Europäische Journalistenzentrum

Sehr nützlich für die EU-Recherche und die Erkundung fremder Medienlandschaften ist die Site des Europäischen Journalistenzentrums in Maastricht (www.ejc.nl), das – so viel sollte man wissen – von der EU-Kommission mitfinanziert wird. Es lohnt sich, hier einmal längere Zeit zu verbringen, weil es viel zu entdecken gibt – seien es Überblicke zu internationalen Journalistenverbänden, medienpolitische Nachrichten oder ein globaler Terminkalender. Lohnenswert sind die Seminarangebote zu europajournalistischen Themen, die das EJC als zentraler Akteur auf diesem Gebiet macht.

Fernkurs mit EU4Journalists

Das EJC in Maastricht hat im Auftrag der EU-Kommission das mehrsprachige Portal EUforJournalists (www.eu4journalists.eu) ins Leben gerufen, das viele Tipps zur Europaberichterstattung bereithält und in Dossiers wichtige Themen wie den Lissabonner Vertrag und die EU-Politikfelder erklärt. Es gibt außerdem Übersichten zur europäischen Medienlandschaft, EU-Onlinemagazinen, Think Tanks und die Adressen aller EU-Organe mit den zuständigen Pressesprechern. Und vieles mehr wie etwa den Link zu Search Europa (<http://searcheuropa.eu>), einer Suchmaschine für die 28 Millionen Websites, die die EU inzwischen unterhält. Das Portal ist ein Werkzeug der EU-Öffentlichkeitsarbeit, aber dennoch sehr hilfreich, wenn man entsprechend kritisch damit umgeht.

Das neue Archiv: EUscreen

Das Portal EUscreen (www.euscreen.eu) wurde im Oktober 2011 gestartet. Es ist eine Recherchequelle für die EU-Historie, da Zugang zu Filmen, Radiobeiträgen und Artikeln europäischer Rundfunkanstalten gegeben wird, die bis ins frühe 20. Jahrhundert zurückreichen.

Kritisch: der EU-Blog der FTD

Kompetent informiert die Financial Times, das Brüsseler Leitmedium schlechthin, in ihrem EU-Blog (<http://blogs.ft.com/brusselsblog>) über aktuelle europäische Themen. Hier gibt es Informationen, die nicht in der Zeitung stehen. Die britische Sichtweise unterscheidet sich öfter von kontinentalen Perspektiven auf die Union. Auch deshalb ist ein Blick in den Blog lohnenswert.

Kontakte im Ausland finden

Ein gutes Tool für die Experten- und Kontaktsuche im Ausland ist die Seite www.laenderkontakte.de. Schnell gelangt man hier zu verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens, die dann jeweils eine Fülle von Adressen anbieten. Eingetragen sind sowohl Organisationen in Deutschland, die sich um ein Land kümmern, wie auch Stellen vor Ort, seien es deutsche Außenhandelskammern, EU-Vertretungen oder Adressen deutscher Korrespondenten.

Europäische Presseschauen

Noch nicht so bekannt ist die mehrsprachige, von einer Redaktion erstellte Presseschau Presseurop (www.presseurop.eu). Sie bietet aus über 200 europäischen Zeitungen, Zeitschriften und Magazinen einen Überblick zu verschiedenen Themen an und wird von einem Zusammenschluss mehrerer Medien, u.a. des Courrier International, getragen. Auch hier finanziert die EU das Projekt. Ähnlich ist der Ansatz des Portals Eurotopics (www.eurotopics.de), das mit vielen Auslandskorrespondenten eine tägliche Presseschau aus 28 Ländern anbietet. Träger des von der Bundeszentrale für politische Bildung finanzierten Projekts ist das Netzwerk *n-ost*, das sich der Osteuropaberichterstattung verschrieben hat.

Presseschau aus deutscher Perspektive

Die auch in Redaktionen bekannte Website www.politikportal.eu arbeitet mit vielen Newsfeeds deutschsprachiger Medien. Hier kann man schnell sehen, welche Europathemen gerade diskutiert werden – ein wertvoller Überblick und Impuls für eigene Recherchen.

EU-Umweltthemen auf Greenfacts

Ein EU-Umweltmagazin im Internet ist www.greenfacts.org. Es erscheint in Brüssel tagesaktuell, im Aufsichtsrat sitzen verschiedenste Leute, viele aus der Brüsseler Politikszene. Auch die Industrie ist vertreten. Als Recherchehilfe ist es auf jeden Fall dienlich.

Das junge Europa: Café Babel

Es ist schon beeindruckend, was für ein Projekt da aus freiwilliger Initiative entstanden ist: ein medialer Ort des jungen, kreativen und kulturellen Europas. Bei Café Babel (www.cafebabel.de) finden sich neben der Politik auch viele andere Aspekte des europäischen Alltagslebens, die sonst öffentlich untergehen. Auch wenn sich die Forschung einig ist, dass zur Entwicklung massenrelevanter europäischer Öffentlichkeitsstrukturen vor allem die Europäisierung der nationalen Massenmedien nötig ist, zeigt das Projekt, dass gerade das Internet ein Forum der paneuropäischen, mehrsprachigen Öffentlichkeit sein kann.

Der Allrounder: Das Portal Euractiv

Aktuelle englische, aber auch deutschsprachige News und Hintergründe zu EU-Themen liefert der anerkannte Brüsseler Fachdienst *Euractiv.com*. Zum Finanzierungskonzept gehören zwar auch Sponsoren, die sich Themendossiers wünschen können. Auf die redaktionelle Unabhängigkeit legt das Team, so der Eindruck nach einigen Redaktionsbesuchen in Brüssel, aber großen Wert. Die ausführliche Verlinkung und die eingebauten Kommentare gehören zu den Stärken der teils sehr nüchternen Berichte. Sie enthalten aber oft Informationen, die sonst kaum außerhalb der Brüsseler Welt bekannt werden.

Viele dieser Adressen finden sich in ähnlicher Form mit Links auch auf: www.euroreporter.de.

Europäische Umweltpolitik im Netz

Die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings

Von Juliane Grüning und Bjela Vossen

www.eu-koordination.de – so heißt das Portal des Deutschen Naturschutzrings (DNR), das sich mit europäischer Umweltpolitik beschäftigt. Darin finden sich sowohl tagesaktuelle „grüne“ Nachrichten als auch langfristig wichtige Hintergrundinformationen. Jeden Donnerstag informiert ein kostenloser EU-Umweltnewsletter die AbonnentInnen über das, was in der Vorwoche in Brüssel beschlossen oder angestoßen wurde. Zahlreiche Links und Adressen, ein Überblick über verschiedene EU-Politikfelder und hilfreiche Publikationen sollen dabei helfen, eine möglichst gut informierte, vernetzte und „ökologisch korrekte“ europäische Öffentlichkeit zu schaffen. Mitunter auch eine klar positionierte Gegenöffentlichkeit, denn natürlich bereitet ein Umweltverband als „Anwalt der Natur“ die Nachrichten aus der Perspektive von Nichtregierungsorganisationen auf. Doch zunächst muss den Akteuren klar sein, wie die EU funktioniert.

Wer sich europapolitisch einmischen will, muss wissen, wann sich welche EU-Institution mit welchen Gesetzestexten beschäftigt. Nützlich sind auch Kontaktdaten von ExpertInnen, die sich mit dem entsprechenden Fachgebiet schon intensiv beschäftigt haben. Zu all diesen Fragen rund um das „Brüsseler 1x1“, über wichtige Begriffe, Termine und Bürgerrechte bietet das Internetportal Antworten. Wer dann noch Unterstützung benötigt, kann sich direkt an das Team der DNR-EU-Koordination in Berlin wenden.

Die EU – ein Buch mit sieben Siegeln

Bereits 1991 hat der DNR, der Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände, eine EU-Koordinationsstelle eingerichtet. Heute gilt es, sowohl denjenigen zu helfen, für die die Brüsseler Politik ein Buch mit sieben Siegeln ist, als auch gewieften EuropakennerInnen bei der Recherche ent-

scheidender Details unter die Arme zu greifen, gemeinsame Positionen zu koordinieren und mit vereinten Kräften auf EU-Ebene durchzusetzen. Weil die Europäische Union ein lebendiges System ist und die Politik sich stets weiterentwickelt, gibt es auch nach über zwanzig Jahren Erfahrung als Service- und Kommunikationseinrichtung immer wieder Neues zu entdecken und an die Umweltverbände weiterzugeben.

Darüber hinaus hat die Umweltbewegung, was Medien und Öffentlichkeit angeht, ähnliche Probleme wie die EU-Kommission oder die Bundesregierung. Denn eine europäische Öffentlichkeit gibt es noch gar nicht oder erst in vorsichtigen Anfängen. Die EU-Kommission bemüht sich mit zahlreichen Kommunikationskampagnen, die Verbreitung ihrer Ziele zu beschleunigen.

Die Bundesregierung schiebt oft die Schuld an unliebsamen Gesetzen Brüssel zu, dann wieder schmückt sie sich mit europäischen Federn, wenn eine EU-Entscheidung in der Öffentlichkeit gut ankommt. Dass in den letzten Jahren aufgrund von Einsparmaßnahmen der großen Printmedien sowohl EU-KorrespondentInnen als auch Umweltredakteure fehlen, macht die Sache nicht leichter. Es zeigt aber auch, wie wichtig weitere Akteure sind, um erstens Europa zu einem ökologischen, friedlichen und wahrhaft nachhaltigen Gemeinwesen zu machen und zweitens der europäischen Idee zu dienen. ÖkologInnen wissen: Alles hängt mit allem zusammen.

Klimaretter.info

Wie aus einem Buchkapitel der Marktführer wurde

Von Nick Reimer

Das Problem der Erderwärmung ist ein kollektives: Nicht das Fehlverhalten des Individuums ist schuld, sondern das Verhalten aller Menschen – zumindest in den Industriestaaten. Deshalb kann auch nur das Kollektiv das Problem lösen. Das ist die Quintessenz des Buches „Wir Klimaretter“, das Toralf Staud mit dem Autoren dieser Zeilen 2007 im Verlag Kiepenheuer & Witsch veröffentlichte. Das Buch wies damals nach: Eine Halbierung der deutschen Treibhausgas-Emissionen bis 2020 ist möglich, wenn wir es denn wollen. Dafür braucht es mutige, teils radikale Entscheidungen in der Politik und tiefgreifende Änderungen in der Wirtschaft. Es bedarf einer Alltags-Revolution.

Wer nun aber nicht warten wollte, bis das Kollektiv bereit zur Problemlösung, zur Revolution ist, für den sollte ein viertes Kapitel Möglichkeiten aufzeigen, schon jetzt – also 2007 – zum Klimaretter zu werden. Jede Glühlampe bedeutet jährlich 29 Kilogramm Kohlendioxid, ein typischer Kühlschrank schlägt mit 138 Kilogramm zu Buche, der Fleischkonsum mit 560 Kilogramm, ein Jahr Autofahren mit mindestens zwei Tonnen. Ganz individuell: Da geht also was.

Um die Aussage des Buches nicht zu verwässern, legte sich der Lektor von Kiepenheuer & Witsch, Lutz Dursthoff, ins Zeug und finanzierte die Ratgeber-Seite www.wir-klimaretter.de – sozusagen die Veröffentlichung des vierten Buchkapitels im Internet. Den Stromanbieter wechseln? Geld sinnvoll in Klimaschutz investieren? Klimaneutral fliegen? 2007 waren das noch keine Allerweltsthemen. Einen Baum pflanzen, zum Beispiel: Wie macht man das? Man kann ja schlecht in den Stadtpark gehen und die Schaufel rausholen. Zumal es mit dem Pflanzen nicht getan ist: Der Setzling muss gehegt und gepflegt, gegen Hunde-Urin, Rehfraß oder Vandalismus verteidigt werden. Wie macht man das also: Klimaretter werden?

„Menschen engagieren sich nur gegen Sachen, die ihnen missfallen“, hat Hermann Scheer gesagt. Und um das umzusetzen, bemühten sich die Buchautoren, dem ratsuchenden Klimaretter-Volk ab und an aktuelle Nachrichten zum Thema auf den Ratgeberseiten im Internet zu reichen. „Niedersachsens SPD-Spitze für ein Tempolimit“, heißt es da, „Klaus Töpfer gegen Atomenergie“, „Umweltbundesamt: Esst weniger Fleisch!“ oder „Grundsteinlegung für das Parabolrinnen-Kraftwerk Andasol“.

Lesergelder und ehrenamtliche Autoren

Interessanterweise waren es Leser, die ab März 2008 einen erstaunlichen Geldbetrag auf den Tisch legten: So, nun macht mal, wir wollen weiter aus der *Klimaretter*-Redaktion mit Nachrichten zur Klimaretterung versorgt werden. Es galt also, eine Redaktion aufzubauen. Das Projekt hatte mittlerweile bei einigen Fachjournalisten für Aufmerksamkeit gesorgt – eben weil der Drucktext beim Zeichnen 3.500 zu Ende sein muss, Probleme der Erderwärmung aber nicht selten dreimal soviel Platz benötigen, um adäquat dargestellt und erklärt zu werden. „Das ist gut, was ihr da macht – wollt ihr meinen Text nicht verwenden?“ Renommierete Energiejournalisten wie Bernward Janzing belieferten die Redaktion ab sofort genauso wie erfahrene Auslandskorrespondenten, beispielsweise Gerhard Dilger aus Brasilien oder Christian Mihatsch aus Bangkok. So entstand ein erstes Netz von ehrenamtlichen Autoren.

Damit wandelte sich langsam die *Klimaretter*-Ratgeberseite in einen Informationskanal. Neben Nachrichten, Reportagen und Hintergrundtexten wurden erste Kommentare und Debattenbeiträge publiziert. Der *klima-luegendetektor.de* sollte in Kooperation mit dem *greenpeace magazin* das journalistische Angebot um einen Blog ergänzen. Denn plötzlich war sogar die Industrie Klimaretter: Irgendwer musste aufdecken, mit welcher unverschämten Dreistigkeit für den oft größten klimaschädlichen Nonsense geworben wurde.

Um bei alledem nicht ganz so bierernst daher zu kommen, gründete die Redaktion den *Klimaretter*-Beichtstuhl. Na, doch wieder einmal schwach geworden? Doch wieder eine unnötige Strecke mit dem Auto gefahren? Doch wieder ins Flugzeug gestiegen, obwohl Sie wissen, wie klimaschädlich das ist?

Schade. Aber, das Gefühl kennen wir alle – einen guten Vorsatz zu haben und diesem dann doch untreu zu werden. Fehler zu (be)kennen, ist der erste Schritt zur Besserung: Erzählen Sie einfach sich und anderen Klimarettern, was Sie bereuen. Und warum. Sie werden sehen: Das erleichtert! Jetzt steht da: „Mein Computer läuft von morgens bis abends, Flurlicht brennt immer, in der Küche läuft das Radio, die Waschmaschine hat 20 Jahre auf dem Buckel.“ Es gibt immerhin ein Problembewusstsein!

Nach 2.000 Nachrichten, Hintergründen, Lügendetektoren, Kommentaren und Beichten gab es die Quittung: Im Dezember 2008 wurde die Redaktion mit dem Umweltmedien-Preis der Deutschen Umwelthilfe ausgezeichnet. 2.300 Textstellen weiter – im November 2009 – kam der Deutsche Solarpreis dazu, verliehen von Eurosolar und Hermann Scheer. Zu den Buchautoren und Fachkollegen hatte sich eine Meute junger, sehr engagierter Journalisten gesellt, die das Thema und damit auch das Portal *wirklimaretter.de* vorantrieben. Auch die Leserzahlen – im Online-Jargon „Klick-Zahlen“ genannt – bestätigten das. Hatte *wirklimaretter.de* im Jahr 2007 täglich noch 1.500 Leser, so waren es im Jahr darauf schon durchschnittlich 3.500 Leser am Tag. Die Zahl wuchs 2009 auf 6.000 Lesertäglich. Und dann kam auch noch die Klimakonferenz in Kopenhagen, von der die Klimaretter-Redaktion mit zehn Journalisten berichtete. 10.000 Leser interessierten sich für das Angebot. Täglich.

Aufhören oder neu anfangen?

„Können Sie mit Ihrer Initiative unsere Baumpflanzaktion unterstützen?“ – „Wie steht ihr Verein zum Weltklimarat IPCC?“ Die Sache drohte Anfang 2010 aus dem Ruder zu laufen. Wir sind Journalisten, deren Handwerkszeug die Recherche ist, und zwar jene, die im gedruckten Ergebnis nicht den Standpunkt des Autors erkennen lässt. Und doch vermittelte *wir-klimaretter.de* offenbar den Eindruck, „Teil der Bewegung“ zu sein; Verein, Institution.

Nach Kopenhagen stellte sich deshalb die Frage: „Aufhören oder noch einmal ganz neu anfangen?“ Wir entschieden uns für zweiteres: Aus *wir-klimaretter.de* wurde *klimaretter.info*. Wir gründeten einen Verlag, um professioneller agieren zu können, suchten einen Herausgeberkreis, der mit Rat und Kontakten

das Magazin voranbringen soll: den renommierten Klimawissenschaftler Hartmut Graßl, den Politiker und Staatssekretär a.D. Michael Müller sowie die Industriellen Werner Brinker, Gero Lücking und Matthias Willenbacher. Zudem wurde das Portal in die Layout-Schmiede geschickt. Klarer sollte klimaretter.info als Informationsportal daher kommen, die Botschaft eines „Magazins zur Klima- und Energiewende“ auch schon optisch vermitteln: Hier gibt es die Nachrichten und Hintergründe – und zwar in der besten verfügbaren journalistischen Qualität.

Im Sommer 2010 starteten die neuen Seiten – mit keinem geringeren Anspruch, als das *Spiegel Online* für die Energie- und Klimawende zu werden. Ob das gelingt, wird in erster Linie von der Branche, von der „Szene der Energiewende“ abhängen: Jede neue Idee, jede neue Bewegung braucht ein neues Medium, um sich zu artikulieren, um den Weg zu debattieren und den Fortschritt zu bewerten. *klimaretter.info* könnte dies werden – wenn die Redaktion weiter an Qualität zulegt und in Ruhe arbeiten kann. Das bedeutet: Wenn die Redaktion genügend Geldgeber findet, die einsehen, dass die Revolution der Energiewende ohne ein eigenes Sprachrohr zum Scheitern verurteilt ist. Oder allenfalls zum Revolutiönchen verkommt.

Sprachrohr für die dritte technische Revolution

Tageszeitungen oder deren Online-Auftritte können kaum ein solches Sprachrohr für die dritte technische Revolution sein. Zu speziell sind die Themen, als dass sie etwa in der *taz* oder der *Süddeutschen Zeitung* im Interesse einer allgemeinen Leserschaft vertieft werden könnten. Eine eingehende Bilanz der 30 Merckelschen Meseberg-Gesetze – pro Teil 500 Druckzeilen und damit weit über eine Zeitungsseite lang – wird man dort genauso wenig finden können wie eine Debattenserie über das „Zwei-Grad-Ziel“ der internationalen Klimadiplomatie, ein Dossier über den Agro-Treibstoff E10 oder eine Analyse der Gesetze der Energiewende aus dem Jahr 2011. Einfach weil es weder die fachkompetenten Autoren noch die Lesererwartung an eine solche Thementiefe gibt.

Auch die vielen Spezialportale wie *solar.de* oder *energie.de* können sich nicht zum Sprachrohr der Energiewende aufschwingen. Sie sind enorm wichtig; die oft sehr technikkonzentrierten Angebote sind für Fachleute unerlässlich und sorgen für die abgespulten Wegekilometer der Wende: Welcher Wechselrichter ist der Beste? Welche Windparkrechenmodelle liefern den Parkwirkungsgrad nördlich des Darß? Wie muss das Beobachtungssystem funktionieren, um Landnutzungsänderungen hinreichend in die Lizenzierung der Biomasse einbeziehen zu können? Genau wegen dieser wichtigen Funktion können die Spezialportale nicht als Kompass auf dem Weg der Energiewende dienen: Ihre Zuschnitte sind oft so speziell, dass sie jenseits der Fachgruppe einer allgemeinen Leserschaft unverständlich sind. Und sie sind oft von Fachleuten und nicht von politischen Journalisten gemacht. Zerstört die Windkraft unseren Naturraum? Berauben die Solarkraftwerker unser Portemonnaie? Zerstören die Agro-Stromerzeuger unsere Artenvielfalt? Die Spezialportale werden nicht der Diskussionsplatz für Richtungs- oder Moralfragen der Energiewende sein können.

Genau das ist der Platz von *klimaretter.info*: Onlinejournalismus hat viele Vorteile gegenüber den Printmedien. Der offensichtlichste ist der Kostenfaktor: Eben weil es keiner Vertriebsstrukturen, keiner Druck- und nur minimaler Produktionskosten bedarf, kann ein Online-Magazin mit wenig Geld ein großes Angebot verbreiten. Dank der Vertriebskanäle wie *Twitter*, *Facebook* oder dem eigenen Newsfeed wird eine Leserschaft erreicht, die gar nicht mehr zwingend bei *klimaretter.info* vorbeischauchen muss.

Ein weiterer Vorteil ist die Aktualität: Es gibt keinen Redaktionsschluss, also wird rund um die Uhr aktualisiert. Als die Kollegen aus der Printsparte nach dem japanischen Tsunami noch nach Worten für den Kommentar des nächsten Tages suchten, informierte *klimaretter.info* bereits über das, was die Welt verändern würde: die Havarie im Atomkraftwerk von Fukushima. Als der Bundesrat im September 2011 das Gesetz zur unterirdischen Einlagerung von Kohlendioxid durchfallen ließ, stand bei *klimaretter.info* bereits, wie es jetzt mit der Technologie weitergehen würde. Als Vattenfall-Konzernchef Øystein Løseth erstmals über einen Ausstieg aus der deutschen Braunkohleverstromung in einer schwedischen Tageszeitung öffentlich nachdachte, stand das

im deutschen Sprachraum zuerst auf *klimaretter.info* – und lieferte damit den Stoff für die Wirtschaftsteile der Tageszeitungen am nächsten Tag.

Wichtiger als die Aktualität ist aber, dass Online-Artikel beliebig lang und beliebig breit werden können. Leser von *klimaretter.info* dürfen selbst entscheiden, wie tief sie in ein Thema einsteigen. Durch das Verweisen auf Originalquellen oder ältere Texte im eigenen Archiv, durch das Verlinken zu Lexika-Einträgen, juristischen Kommentaren, Tabellen, Statistiken, Gesetzestexten, Parlamentsanfragen und deren Antworten wird dem Leser die Möglichkeit eingeräumt, enorm tief in die Materie einzudringen – und sich gegebenenfalls selbst auf Recherchetour zu begeben. Das ist gerade beim Klimathema hilfreich, bei dem alles mit allem zusammenhängt: die nationale Fleischproduktion mit dem Welthandelssystem, der Gletscherschmelze oder den Tiefseebohrungen nach Erdöl.

Unendliche Möglichkeiten des Verzweigens

Diese beinahe unendlich große Möglichkeit des Verzweigens schafft eine enorme Nutzungsbreite für die Leser: Wer um die Bedeutung des Europäischen Emissionshandelssystems EETS weiß, muss nicht den Lexikoneintrag anklicken, der hinter dem Begriff im Artikel unterlegt ist. Wer es nicht oder nicht genau weiß, kann aber den Umweg über die Basisdaten nehmen. Agro-Treibstoffexperten, die nicht mit Geothermie vertraut sind, können so in die Materie der Erdwärmespezialisten eintauchen, Fachleute der Wärmedämmung sich mit den Klimawirkungen der menschlichen Mobilität befassen. Falls sie es denn wollen.

Die Frage wird sein, ob die Branche das Angebot annimmt – und finanziert. Guter Journalismus kostet Geld, und die Macher von *klimaretter.info* sind fast vier Jahre lang in Vorkasse gegangen. Haupteinnahmequelle war bislang die Selbstausschüttung, das wird sich nun ändern müssen. Dass *klimaretter.info* auf bestem Wege ist, beweisen die Daten: Anfang 2012 hatte die Redaktion nach viereinhalb Jahren 10.000 Texte zum Thema produziert. Ein Angebot, das im Januar 2012 von 12.000 Menschen täglich abgefragt wurde. Und schließlich

mit dem „*INFO Award*“ für eine der weltbesten Informationsseiten ausgezeichnet wurde.

Nur eines werden wir nicht mehr ändern können – obwohl uns das viele PR- und Verlags-Strategen immer wieder raten: den Namen „*Klimaretter*“. 2012 spielt das gleichnamige Buch, das doch Ausgangspunkt des Online-Magazins war, keinerlei Rolle mehr; „*Klimaretter*“ verstört eher, als anzuziehen. Natürlich wissen wir selbst, dass der Name in gewissem Sinne absurd ist: Schließlich kann der Mensch das Klima nicht „retten“, sondern allenfalls außer Takt bringen. Die Welt wird davon nicht untergehen, allenfalls ein paar hundert Millionen Exemplare der Spezies Mensch.

Doch bevor es soweit ist – und an dieser Stelle stimmen viele meiner Kollegen in der *Klimaretter*-Redaktion zu – wollen wir durch unser Tun doch erst noch einmal versuchen, die Energiewende voranzutreiben. Kann ja sein, dass die internationale Klimapolitik so unendlich langsam ist: Gelingt die Energiewende in Deutschland aber, ist die Stabilität des Weltklimas vielleicht doch noch nicht verloren. Dann werden andere Länder folgen, und die fossilen Energieträger werden uns irgendwann als aberwitziger Irrtum der Menschheit erscheinen. Und es wird gut sein zu wissen, wo man herkommt. Insofern ist ein Buchkapitel nicht der schlechteste Ausgangspunkt für ein Informationsportal.



Bienenfresser

Europäische Exotik: Der vor allem in Süd- und Südosteuropa vorkommende Bienenfresser zählt zu den buntesten Vögeln des Kontinents. Er hat sein Verbreitungsgebiet in den vergangenen Jahren jedoch nach Norden ausgedehnt, wohl aufgrund des Klimawandels und der steigenden Temperaturen.

Bild: Markus Varesvuo

Fazit

Grüne Spuren

Ökologische Selbstbefragung und journalistische Situationsanalyse – ein Essay

Von Torsten Schäfer

*Nachts gingen wir mit Detektoren auf Fledermaus-Wanderungen.
Und siebten Insekten aus Bächen.*

Wir standen mit den gelben Gummistiefeln in der trüben Brühe, die sich Modau nennt, ein kleiner Fluss, der den Odenwald durchfließt und in einer alten Schleife des Rheins mündet. Wir standen da zu dritt, einer hielt einen blauen Müllsack auf, und die anderen stopften hinein, was sie im grauen Wasser finden konnten: rostige Cola-Dosen, braunölige Plastiktüten oder Reste davon, Schrauben, einen Schuh. Es war Abfall, den die Dorfbewohner über die Jahre in unseren Fluss geworfen hatten. Aus unserer Sicht begingen sie grausame Taten, wenn sie etwas hineinwarfen, die „Umwelt verschmutzten“, wie wir Fünftklässler gerade gehört hatten.

Wir drei waren wütend, wollten handeln, retten, machen. Und stellten die Säuberungsaktion unter ein hehres Ziel: Fische sollten in den öden Fluss zurückkehren, sogar der Lachs. Wir glaubten fest daran, denn schließlich gab es Helfer: Alte Angler, die uns an den Rhein mitnahmen, hatten etwas vom Programm „Lachs 2000“ gefaselt. Der Lachs sollte wieder in den Rhein, der Ende der 80er Jahre eine stinkende, blickdichte Brühe war. Heute schwimmen wieder Lachse im Rhein, baden wir dort, essen die Fische daraus. Aber damals, 1992, war vieles anders.

Als wir da so standen, drei Fast-Halbstarke mitten im Fluss mitten im Dorf mit gelben Gummistiefeln, nassen Hosen und einem triefenden Müllsack, hielt plötzlich ein Mann oben am Geländer der Promenade und rief zu uns herunter. Schnurrbart, Wollpullover, wacher Blick – es war der Jugendpfleger unseres Dorfes. Als wir ihm erklärten, was unsere Ziele waren, hatte auch er plötzlich eines: die Jugendumweltgruppe Mühlthal war gegründet. Und damit ein erster Ort für Umweltpädagogik in unserer Gemeinde. Was in den drei Jahren danach folgte, waren Neugier-Salven, Spaß-Aktionen und echte Lehrstunden – Förderung im besten Sinne. Der Jugendpfleger trieb Astrid auf, eine Umweltpädagogin mit langen Haaren und großer Brille, die mit ihrem Mann und den Kindern auf einem Biobauernhof lebte. Mit ihr rammten wir kleine Schwarzerlen in Bachufer, um sie wieder fester und natürlicher zu machen. Gingen mit Detektoren nachts auf Fledermaus-Wanderungen. Und siebten Insekten aus Bächen.

Irgendwann war es matschig genug

Irgendwann war das spannend-matschige Umweltgruppendasein vorbei, des Alters wegen. Mit 16 wurde ich politischer, wollte auch mal auf die Straße, etwas gegen Atomkraft rufen und als eine Art Dorf-Widerständler etwas vor der Haustür verändern. Dafür gab es unverhofft Gleichgesinnte. Dass sie auch alle Tischtennis spielten, war wohl eher Zufall, auf jeden Fall schlug Tarek, ohne Rückhand, aber mit vielen Einfällen gesegnet, vor, dass wir doch junge Sozialisten werden sollten. Worum es ging, war bald klar: ein Jugendbus für die Nacht, Fahrradwege entlang der Bundesstraße, Anti-Atomkraftdemos – und Solarenergie für die Kommune. Wir recherchierten monatelang, verfassten einen Solar-Reader für Bürger und Kommunalpolitiker. Und ich schrieb meinen ersten Presstext darüber.

Wir waren mächtig stolz auf unseren Solar-Reader. Und mächtig gespannt – denn zur großen Vorstellung des Werkes hatten wir 200 lokale „Genossen“ aus unserem Dorf und den Nachbarsiedlungen angeschrieben. Es kamen – zwei. Und das war die Riesenttäuschung. Unsere ganze umweltpolitische Arbeit sollte nicht gewürdigt werden, einfach ignoriert? Es war wohl so. Und das war's auch erstmal für mich. Ich hatte keine Lust mehr auf irgendeine

Art von Umwelt-Engagement. Und es kamen andere Dinge – Abitur, Reisen, Journalistik-Studium.

Wenn ich heute zurückdenke, frage ich mich, was gut gelaufen ist und was nicht. Die eigene unmittelbare Umgebung war entscheidend. Da zu wirken, im Vertrauten. Und Bestätigung zu bekommen, von Vertrauten: Von Freunden, Verwandten und vor allem von den Eltern, die mich stundenlang und ohne Angst zum Rehverfolgen, Kauzhören, Schneckensuchen und Staudammbauen raus ließen. Dazu kam gezielte Förderung, die aus kindlicher Begeisterung jugendliches Interesse machte. Der Jugendpfleger war ein Glücksfall ebenso wie meine Eltern.

Etwas ist in Bewegung geraten. Die Ideenvielfalt macht Mut.

Ein großer grüner Ruck

Heute gibt es insgesamt ein besseres Klima für umweltpädagogischen Erfolg. Denn Anfang der 90er Jahre war das Thema ganz unten, weggespült erst von Einheitsfreuden und dann Einigungsfrust. Jetzt sind die Wartelisten für Waldkindergärten lang, will alle Welt raus, besinnt sich auf die Natur. Und es gibt gescheite Leute, die öffentlich fragen, welche Natur wir für unsere Kinder wollen. Und die mahnen, dass es noch zu wenige Angebote gibt, um kindliche Naturbegeisterung und jugendliches Umweltinteresse zu fördern. Der Umweltphilosoph Andreas Weber etwa plädiert dafür, Kinder viel öfter und freier auf die Natur loszulassen. Der Natursoziologe Rainer Brämer fordert ebenfalls, Kinder neu mit der Natur vertraut zu machen. Die Diskussion ist auch aus den USA zu uns gekommen. Bei den so naturnah gesinnten und dennoch ökologisch verstimmtten Amerikanern schlug das Buch „Last Child in the Woods“ 2005 mächtig ein.

Ich habe das Gefühl, dass da etwas in Bewegung geraten ist. Dass es viele Ideen gibt, die zwar noch nicht über Kitas und Schulen die Masse erreichen, aber vielversprechend sind. Ich höre davon in der Bahn, in der Redaktion, bei Verwandten. Oder einen Stock unter uns. Da wohnt Hannah Heinevetter, die sich gerade als freie Umweltberaterin selbständig gemacht hat. Sie reist von

einer Konferenz zur nächsten und erzählt von den vielen neuen Ansätzen in der Umweltpädagogik. Seien es Geocaching-Touren, die Schüler interaktiv durch Hamburgs Flusswelten führen, auf der Spur des Fischotters. Das Klima-Erlebnis-Camp, das sie selbst plant. Wildnis-Kurse für Kinder, Fortbildungsprogramme für Lehrer, neue Studiengänge. Oder Programme wie „Kita 21“, wo Kindertagesstätten für ein nachhaltiges Leben eintreten. Und ganz andere Einfälle wie etwa Schüler-Firmen, die, angeleitet von der FU Berlin, umweltfreundlich wirtschaften wollen – und so auch ältere Jugendliche einfangen, die schneller das Interesse verlieren. Was mich an meinen eigenen Umweltfrust erinnert.

Die Ideenvielfalt macht Mut. Lässt hoffen, dass sie eine breite Wirkung entfaltet. Und denken, dass unsere Kinder vielleicht doch mehr begreifen und klug aufbauen als wir. Sie können es nur, wenn sie von der Natur nicht ferngehalten werden, wenn beide einen gemeinsamen Raum bekommen. Die allgemeine deutsche Verbots- und Trennungsgesellschaft hat es geschafft, dass die eigentlich so greifbare, oft nur Zentimeter entfernte Natur heute etwas Fremdes, Fernes, vielleicht noch Lustiges ist, das hinter Zäunen und auf Bildschirmen bestaunt werden kann. „Anfassen verboten“ und/oder „Bringt nichts“, steht auf unsichtbaren Schildern.

Bachbetten zum Durchwaten werden weniger

Wir versuchen, die Welt unserer einjährigen Tochter von den Schildern zu befreien. Oder sie selbst nicht aufzustellen, was durchaus unbewusst geschieht. Denn die Trennung ist auch in uns. Und nimmt zu: Bachbetten zum Durchwaten sind um mich herum ebenso weniger geworden wie gesiebte Fliegenlarven, Schnecken im Aquarium oder Mäuse in der Badewanne. Da hilft es nur wenig, dass ich die Themen als Umweltjournalist öfter auf meinem Schreibtisch habe. Buchstaben können eben nicht kriechen oder springen. Manchmal bilde ich mir aber ein, dass sie es irgendwie doch können. Heute zum Beispiel. Gerade ist ein Artikel fertig geworden, der von den Lachsen im Rhein und der Sieg handelt. Sie springen bei Bonn im Herbst über ein 1,8 Meter hohes Wehr – wie in Alaska. Vor 20 Jahren hätte das niemand geglaubt!

Ich staune auch, wenn ich heute an meinem Heimatfluss entlang gehe und ins Wasser schaue. Es ist klarer als früher. Und es sind Fische drin: Bachforellen, teils über ein Kilogramm schwer. Doch der Gedanke daran wird von einem Ärger durchbrochen. Gestern haben wir erfahren, dass unser Plan, eine Ackerparzelle vor Hamburg zu mieten, um da mit unserer Tochter zu gärtner, wohl scheitern wird. Weil zu viele das Gleiche wollen: raus. Natur. Drin sein, irgendwie. Die Warteliste ist lang, wir werden zugelost. Die Chancen liegen bei 1:3, sagt der Feldmanager.

Warum wollen so viele Ackerparzellen vor der Großstadt mieten? Das Gärtnern ist Teil eines gesellschaftlichen Ergrünens, das mächtig, anregend und verheißungsvoll ist, dessen Motive gleichzeitig aber auch diffus, verwirrend und teils widersprüchlich sind: Ursprung, Rückkehr, Reduktion, Reinheit und, ganz wichtig, Selbstwirksamkeit, also Anfassen- und Sich-Spüren-Können bei alldem Nur-Wissen-Können. Diese Motive stecken aber auch in Trendthemen, die sich am Rande der großen grünen Wiese angesiedelt haben. Sei es Landleben-Lifestyle, Wandern, Outdoor-Sport, Naturreisen, Kräuter-Kurse, Kochen, Basteln oder all die anderen Do-it-yourself-Ansätze, die gerade so die Runde machen.

Umwelthistoriker stellen die gleiche Frage: Durchleben wir gerade den Beginn einer ökologischen Ära?

Eine neue Aufklärung?

Umwelthistoriker wie Frank Uekötter und Joachim Radkau versuchen gerade mit dicken Analysen („Am Ende der Gewissheiten“, „Die Ära der Ökologie“) Ordnung in das grüne Chaos zu bringen und stellen die gleiche Frage: Durchleben wir gerade den Beginn einer ökologischen Ära? Für Radkau erleben wir eine neue Aufklärung – die ökologische.

Ihre Gründe sind vielschichtig und reichen tief zurück in die Geschichte. Eine aktuelle, starke Triebfeder ist der Klimawandel mit allen Fragen, die er uns stellt. Das Thema explodierte 2006 und 2007: Al Gore mit seinem Film, der Stern-Report zu den Klimafolgekosten, der Klimabericht des IPCC, der

wie Gore den Friedens-Nobelpreis erhielt. Dann kam die Bali-Konferenz. Wenn so viele Großereignisse von geschickten Inszenierungen flankiert werden, geschieht das, was in der Medienlandschaft nur selten vorkommt: Ein neuer Themenkomplex entsteht, der sich im öffentlichen Bewusstsein festsetzt. An den immer wieder angedockt werden kann. Der neue Unterthemen hervorbringt und alten artverwandten Themen wieder Raum gibt.

Das war zum Beispiel bei der Pisa-Debatte der Fall, die dem Bildungsthema in der deutschen Öffentlichkeit einen neuen, dauerhaften Platz verliehen hat. Solch eine Platzierung erleben wir auch, nur vielleicht noch umfassender: Die Gesellschaft grünt auf allen Ebenen – egal ob es um Finanzmärkte, Parteiprogramme, Stadtplanung, Innenarchitektur, Elektrogeräte, Einkaufen, Energieversorgung, Erziehung, Autodesign oder Textilmaterialien geht.

Wo sind die Sozialwissenschaften?

Wie aber verarbeiten wir das? Wo herrscht Apathie? Wo Aufbruch? Erst langsam beginnen sich die Sozialwissenschaften mit solchen Fragen zu beschäftigen. Endlich, muss man sagen. Denn der Klimawandel ist nicht nur ein Thema der Zahlenwelt, eine Frage für Ingenieurs- und Naturwissenschaften oder die Ökonomie. Diesen Eindruck haben wir bisher aber vermittelt. Wir Journalisten! Die sozialen und kulturellen Seiten des Themas haben wir selten beachtet. Wo sind die Erkenntnisse von Umweltpsychologen, die Neuigkeiten aus der Klimasoziologie, Einschätzungen von Philosophen? An zu wenigen massenmedialen Orten. Dieses Wissen muss raus aus der Nische.

Das gilt auch für Forschungen zur Umwelt- und Nachhaltigkeitsberichterstattung in den Medien. Wie wirkt, was wir schreiben? Wie wird geschrieben? Die ökologische Frage ist zu wichtig, um nicht auch diesen Fragen mehr öffentlichen Raum zu geben. Und einer ganz besonders: Was ist, wo ist der „Umweltjournalismus“ in Zeiten einer grünen Themenrevolution? Eigentlich müsste der Gesuchte gut sichtbar sein. Die Antwort: Ja und Nein. Die Umweltberichterstattung hat zwar zugenommen, wie Studien zeigen und all die neuen grünen Magazine, Sonderseiten, Serien, Blogs und Kolumnen etablierter Medien deutlich machen, ganz zu schweigen von den unzähligen

Sites der riesigen grünen Online-Szene, von *Utopia.de* bis zu den Klima-Aktivist:innen von *350.org*. Das Umweltthema hat gleichzeitig aber sein mediales Etikett verloren und ist vielgestaltiger geworden. Vielleicht muss man sich Umweltjournalismus heute daher anders vorstellen. Wenn wir in der Tierwelt bleiben, etwa im Insektenreich, dann ist er so etwas wie eine anpassungsfähige, manchmal schwer auszumachende Ameise, die viele Lebensräume erobert hat – und das in großer Zahl. Früher hingegen war er eher ein Hirschkäfer – ein starkes Symbol, weithin sichtbar, aber nicht so zahlreich.

*Der Klimawandel ist ein besonders vertracktes, widersprüchliches
Gesprächs- und Schreibfeld.*

Ambivalente Triebfeder

Grüne Themen sind, von Greenwashing-Story bis Landlust-Cover, Massensware geworden. Umso genauer sollte man schauen, dass sie nicht zur Ramschware verkommen. Und dass bei der ganzen wirtschaftlichen Öko-Berichterstattung handfeste, sperrige Umweltprobleme nicht übersehen werden – was bereits geschieht. Wo sind die Flüsse in der Umweltdebatte? Wo sind die Böden, ist der Flächenverbrauch? Das Abholzen der nordischen Urwälder? Das Klima-Leiden arktischer Ureinwohner?

Der Klimawandel ist ein besonders vertracktes, widersprüchliches Gesprächs- und Schreibfeld. Das Thema entfaltet medial inzwischen eine solche Dominanz, dass es große Teile der umwelt-journalistischen Aufmerksamkeit bindet. Diese Dominanz hat gleichwohl dazu geführt, dass auch andere Umweltthemen stärker beachtet werden, die mit dem Klimathema zusammenhängen. Teilweise ist es gelungen, den Klimawandel als Nachhaltigkeitsthema aufzufassen – und so seine verschiedenen Dimensionen anzusprechen. Meistens jedoch konzentriert sich die Berichterstattung, und in ihrem Vorfeld die Politik, auf die großen Klimakonferenzen, an die regelrechte Heilserwartungen gerichtet werden. Dass es noch andere Lösungswege und Strategien gibt, gerät bisweilen in Vergessenheit. Auf diesen Punkt machte Hermann Scheer immer wieder aufmerksam.

Nachhaltigkeit ist in der Öffentlichkeit ohnehin viel seltener ein Thema als Klima- und Umweltschutz. Anders gesagt: Die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Aspekte ökologischer Fragestellungen werden zu wenig thematisiert. Der Fokus liegt dadurch auch stark auf den negativen Aspekten, auf Bedrohung, Krise und Katastrophen. Eine umfassendere Darstellung im Sinne von Nachhaltigkeit, die journalistisch teurer und aufwendiger ist, könnte aber dazu führen, dass auch die gesellschaftlichen Chancen stärker diskutiert werden, die im grünen Wandel stecken.

Die grüne Gesellschaft erleichtert umweltpolitisches Ausruhen

Die Chancen, sie sind groß. Aber sie müssen im Gespräch erst entdeckt werden. Und dann genutzt. Anders gesagt: Eine große Wiese entsteht gerade. Wie sie aussieht, bewohnt, genutzt wird, steht noch nicht fest. Gerade die Aufspaltung des Umweltthemas in neue Themen, sein Einfließen in viele gesellschaftliche Bereiche, ist vielversprechend. Anregend und chancenreich. Andererseits darf das nicht dazu führen, dass sich die Politik ausruht und der Kampf für eine nachhaltige Lebensweise in die Gesellschaft ausgelagert wird. Oder dass die politischen Instrumente weicher werden und sich womöglich nur noch darauf beschränken, den Trend zu begleiten – ohne ihn wirklich mit harten Gesetzen voranzutreiben.

Es wäre ein Fehler anzunehmen, dass sich die verschiedenen Ebenen des Handelns ausschließen müssten – was oft geschieht. Im Gegenteil: sie werden alle gebraucht, greifen ineinander. Durch individuelles Verhalten und Veränderungen im Kleinen können wichtige Zeichen gesetzt werden. Sich zusammenschließen, Erfolg haben und als handelnde Gruppe Trends schaffen, ist dann noch wirkungsvoller. Und zeigt Politik und Wirtschaft, dass die Gesellschaft will, kann – und fordert.

Das direkte Fordern ist der dritte Schritt. Er ist öffentlich, politisch, kontrovers und wird wieder öfter gegangen, etwa bei den großen Anti-Atom-Demonstrationen. Auch sie haben ihren Teil dazu beigetragen, dass die Politik nun historisch umschwenkt, nicht nur die japanische Atomkatastrophe allein. Insofern ist eine engagierte Gesellschaft durchaus vorhanden. Sie ent-

steht allerdings nur punktuell, bei bestimmten Themen aus dem insgesamt eher zu großen Kosmos der Nachhaltigkeit. Es braucht Abkürzungen, Schneiden, Trampelpfade, kurzum: Konzentration, Vereinfachung. Und dann wieder den Rückbezug zum grünen Kosmos, dorthin, wo mehr Platz ist für die Themen als auf einem Transparent oder einem T-Shirt: in Analysen und Reportagen, die grüne Themen komplex darstellen und die losen Enden des Nachhaltigkeitsknäuels zusammenfassen.

Das führt mich zu zwei Fragen: Wie gelingt es, neu zu berichten? Dem Nachhaltigkeitsgedanken Rechnung zu tragen und gleichzeitig so zu kommunizieren, dass grüne Nachrichten nicht einfach ohne Halt durchs Gehirn rauschen, sondern Interesse wecken und bestenfalls Handeln auslösen? Wie kann Journalismus in dieser Hinsicht wirken, wenn er sich einmal dazu entschieden hat, ein engagierter Journalismus zu sein? Die Frage betrifft alle, die kommunizieren – Lehrer, Professoren, Dozenten, Werbeleute, Pressearbeiter, Journalisten.

Wie können wir motivierend kommunizieren?

Die Aufmerksamkeit für grüne Themen hat zwar zugenommen. Das bedeutet aber nicht, dass auch die Bereitschaft zu umweltfreundlichem Handeln gestiegen ist. Zwischen Umweltwissen und Umwelthandeln klafft eine große Lücke, sagen Forscher. Doch welche Strategien bleiben glaubwürdig, erzeugen Interesse – und Handlungsbereitschaft? An der New Yorker Columbia University haben Wissenschaftler herausgefunden, dass besonders dramatische Botschaften und Bilder kurzfristig hohe Aufmerksamkeit erzeugen, mittelfristig aber genau das Gegenteil: Desinteresse und Abstumpfung. Sie raten deshalb zu mehr Nüchternheit – und Aufklärung über dieses Phänomen. Und empfehlen, Umweltthemen zu personalisieren und Vorbilder aus der Gesellschaft vorzustellen. Oder Probleme wie den Klimawandel konsequent auf die Lebenswelt der Bürger, also Regionen und Städte, zu beziehen.

Zwei weitere Wege, die Wissenschaftler empfehlen: über Lösungen sprechen, nicht nur über Bedrohungen. Und öfter ökologische Erfolge in den Blick nehmen, wie es etwa der Klimakulturforscher Harald Welzer mit seiner neuen

Stiftung „Futurzwei“ tut, die zu nichts anderem gegründet wurde, als anregende Geschichten von grünen Vorbildern zu sammeln und zu verbreiten. Auch Bücher gibt es wie etwa das Werk „Wir steigern das Bruttosozialglück“ von Annette Jensen. Und Medienprojekte wie „Ideas for a cooler world“ der Deutsche Welle oder die Rubrik „Geht doch“ im *greenpeace magazin*. Auch *Zeit* sowie *Spiegel* besprechen online, was umweltpolitisch erreicht worden ist. Sie drehen den kritischen Blick, der ob der eminenten ökologischen Probleme natürlich dominant bleiben muss, einmal um. Wie wertvoll!

Es geht auch um die Perspektive. Nur auf einzelne Vorbilder zu schauen, greift zu kurz, sagen Umweltbewusstseinsforscher wie Udo Kuckartz. Er plädiert dafür, Umweltkommunikation stärker auf Gruppen auszurichten. Denn der Einzelne verstrickt sich oft in Widersprüchen, handelt symbolisch statt tatsächlich wirksam – setzt auf neue Glühbirnen statt weniger Flüge. Und kehrt auch immer wieder zu alten Gewohnheiten zurück, vor allem auch, wenn die Politik als Stimulus und Regulator ausfällt. Rücken jedoch soziale Gruppen in den Mittelpunkt der Kommunikation, steigen die Chancen für schwierigere, aber wirksamere Verhaltensänderungen.

Was heißt das für Journalisten? Statt immer darüber zu berichten „was der Einzelne tun kann“ öfter Freundeskreise, Vereine, Nachbarschaften, Dörfer und Städte betrachten. Und damit Ideen und Projekte, in die viele involviert sind. Sicher, das geschieht bereits. Aber vermutlich noch nicht genug. Deshalb sollten Medien dafür Foren schaffen. Und Fragen stellen.

Können wir auch ohne Auto leben?

„Können wir auch ohne Auto leben? Können wir glücklich sein, wenn sich fünf oder zehn Leute ein Auto teilen? Können wir ohne Urlaubsflüge leben? Können wir damit aufhören, Einfamilienhäuser in die Landschaft zu setzen? Können wir Elektrogeräte und andere Konsumgüter langlebiger machen, auch indem wir sie selbst reparieren? Können wir mit der Hälfte an Geräten auskommen, indem wir sie uns teilen?“ All das fragt der Oldenburger Umweltökonom Niko Paech in einem klugen Aufsatz. Er antwortet auch: „Wenn wir dazu bereit sind, gibt es kein Problem. Aber ein Festhalten an dem derzei-

tigen Versorgungs- und Verschleißniveau und eine Postwachstumsökonomie – das schließt sich aus.“

Was aussichtslos scheint, kann aber gelingen; Wissen und Ideen sind vorhanden. Große Widerstände aber auch. Dennoch gibt es lebendige Beispiele für unverhoffte grüne Erfolge – womit ich wieder an die drei Jungs mit ihrem aussichtslosen Lachsplan für den trüben Bach denken muss. Es sind dann doch Forellen aufgetaucht, weil die Modau wie so viele andere Gewässer sauberer geworden ist. Durch neue Umweltgesetze, auch von der Europäischen Union. Mit ihnen sind viele andere Arten zurückgekehrt: Seeadler kreisen wieder an den Küsten. Wanderfalken jagen Tauben am Kölner Dom, und Uhus schicken ihr dumpfes „Buhu“ wieder öfter in die Nacht. Wildkatze, Biber, Fischotter, Lachs, Luchs, Wolf und sogar der Elch – die Liste der Arten, die sich erholen oder zurückkommen, ist lang geworden. Wer hätte das Ende der 90er Jahre gedacht?

Die Rückkehr großer Wildtiere ist eine wunderbare, motivierende Geschichte. Und Zeichen dafür, dass Politik und Gesellschaft zusammen etwas erreichen können. Nur darf diese Rückkehr nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Artensterben insgesamt weiter geht. Denn mehr als ein Drittel der erfassten Tierarten sind nach der Roten Liste gefährdet, weil in Deutschland täglich 94 Hektar Fläche zugebaut werden, Europas dichtestes Straßennetz Lebensräume zerschneidet und der Klimawandel ebenso wie einwandernde exotische Arten der heimischen Fauna zusetzen. Und es herrscht noch immer intensive Landwirtschaft mit Pestiziden vor.

Solange es solche Probleme gibt, haben es die Arten schwer – auch wenn einige große wiederkehren. Und mit ihnen eine vermeintlich verschwundene Natur ein Stück näher rückt. Sie lässt staunen, freuen, hoffen. Inmitten der ökologischen Krise, die uns umgibt.

Europas unbekannte Naturschönheiten

Das Projekt *Wild Wonders of Europe*

Von Torsten Schäfer

Dicht besiedelt, stark industrialisiert, von Verkehrswegen durchzogen und weitgehend erschlossen – Europa gilt international vor allem als hoch entwickelte Wirtschaftsmacht und Technologiemosor, nicht aber als Kontinent mit wilder Natur, weiten Landschaften und spektakulären Tierarten. Und wenn, dann ist oft von schwindender Fauna und Flora die Rede. Von leeren Meeren, bedrohten Arten, kaputten Landschaften – richtigerweise, denn die Umweltzerstörungen sind eklatant.

Dennoch gibt es – immer noch und nun verstärkt wieder – ein anderes, im Ausland weniger bekanntes Europa: einen Kontinent mit ungezählter Natur, unendlichen Weiten und seltenen Tieren, die alte Reviere zurückerobern. Ob Braunbär, Wisent, Wolf, Luchs, Biber oder Seeadler – die Bestände haben zugenommen, entscheidend ist dabei die europäische Naturschutzpolitik: Die Regierungen haben Jagdverbote verhängt und Nationalparks ausgewiesen. Die EU hat mit ihrer Umweltpolitik erreicht, dass Flüsse, Seen und Luft sauberer geworden sind. Und es in Europa mit „Natura 2000“ das größte weltweite Netzwerk an Naturschutzgebieten gibt.

Auf diese Erfolge macht *Wild Wonders of Europe* aufmerksam. Die vier Initiatoren entsandten 69 der besten Naturfotografen Europas auf mehr als 135 Fotomissionen in 48 Länder, um die Naturreichtümer eines ganzen Kontinents zu dokumentieren. Mehrere Bildbände, große Outdoor-Ausstellungen, DVDs und die umfangreiche Website zeigen in eindrucksvollen Bildern, dass Europa wilder wird. Und Naturschutzpolitik Erfolg haben kann. Die Einmaligkeit der europäischen Natur sei ein fester Bestandteil der europäischen Identität, schreiben die Initiatoren. Allerdings einer, der viel zu selten in den Blick gerate. Ihre Bilder steuern gegen: Sie öffnen den Blick, lassen staunen und schaffen auf seltsame Weise eine Art europäisches Naturgefühl. Eine Mischung aus Stolz und Faszination auf und für die heimische Wildnis, die man so noch nicht gekannt und gesehen hat.

Krauskopfpelikan

Aufstrebende Größen: Der Krauskopfpelikan zählt mit einer Flügelspannweite von fast drei Metern und einem Gewicht von maximal 16 Kilogramm zu den schwersten flugfähigen Vögeln der Erde. Sein Brutgebiet reicht von Südeuropa bis in die Mongolei; die größten europäischen Kolonien gibt es in Griechenland, Rumänien, der Türkei und dem europäischen Teil Russlands. Die Bestände haben sich dank Jagdverboten und der Ausweitung von Schutzgebieten erholt – die asiatischen Populationen gehen derzeit allerdings zurück. (Bild S. 94: Jari Peltomäki)

Braunbär

Alter Bekannter: Lange war der Braunbär nur noch in Osteuropa, Teilen Skandinaviens und Spaniens zu Hause. Doch die Art hat sich etwas erholt, geht auf Wanderschaft und taucht wieder in Mitteleuropa auf, etwa in Österreich, der Schweiz und Deutschland. Das führt zu Konflikten und aufgeregten Debatten. Dass ein Zusammenleben möglich ist, zeigen Russland und Rumänien, wo es mit 36.000 bzw. 7.000 Tieren die größten Populationen gibt. (Bild S. 10: Staffan Widstrand)

Roter Thunfisch

König der Meere: Er wird vier Meter lang, schwimmt bis zu 80 Stundenkilometer schnell – und ist mit der teuerste Fisch. In Tokio zahlen Sushi-Feinschmecker bis zu 280.000 Dollar für einen einzigen nördlichen Blauflossenthun. Wegen der starken Nachfrage ist sein Bestand im Ostatlantik und im Mittelmeer zwischen 1997 und 2007 um 60 Prozent geschrumpft. Zahlreiche Studien empfehlen den Fangstopp – und warnen, dass der Fisch ganz verschwinden könnte. Die Situation hat auch Fotograf Solvin Zankl beeinträchtigt: Er musste dieses Bild in einer Thunfischfarm machen, da die Tiere in freier Wildbahn nur noch selten aufzufinden sind. (Bild S. 135: Solvin Zankl)

Seeadler

Majestätische Eleganz: Die Rückkehr des Seeadlers ist einer der besten Beweise für den Erfolg europäischer Naturschutzpolitik; Regierungen verboten Pestizide, die seine Eierschalen brüchig gemacht hatten. Die EU stellt den Seeadler unter Schutz. Und Naturschützer bewachten vielerorts Nester und fütterten die Vögel im Winter. Heute gilt die Art als „nicht mehr gefährdet“. Tschechien, Dänemark, Österreich und die Niederlande hat der Seeadler ganz neu erobert. (Bild S. 42: Staffan Widstrand)

Wisente

Pure Kraft: Ein Wisent-Bulle kann eine Tonne schwer und zwei Meter hoch werden – und ist damit das größte Landsäugetier Europas. Einst war der Wisent auf dem ganzen Kontinent weit verbreitet. Dann, nach Jagdorgien und Kriegen, gab es nur noch zwölf Tiere in Zoos. Ausgehend vom polnischen Białowieża-Nationalpark wurden Wisente in einigen Staaten angesiedelt: In Polen, Weißrussland, der Ukraine, Russland, Litauen und der Slowakei leben heute 2.000 wilde Wisente. Nun kehren die Giganten nach Mitteleuropa zurück: Im deutschen Rothaargebirge wird 2013 eine Herde ausgewildert. (Bild S. 2: Stefano Unterthiner)

Bienenfresser

Europäische Exotik: Der vor allem in Süd- und Südosteuropa vorkommende Bienenfresser zählt zu den buntesten Vögeln des Kontinents. Er hat sein Verbreitungsgebiet in den vergangenen Jahren jedoch nach Norden ausgedehnt, wohl aufgrund des Klimawandels und der steigenden Temperaturen. (Bild S. 116: Markus Varesvuo)

Der Bildband

Die Fotografen des Projektes *Wild Wonders of Europe* haben einen Bildband herausgebracht, der in verschiedenen Ländern auf den Markt gekommen ist. Mehr Informationen gibt es unter www.wild-wonders.com. Das Cover zeigt zwei kämpfende Moschusochsen. Diese Verwandten der Ziegen starben nach dem Ende der letzten Eiszeit in Europa aus; in Nordamerika und Grönland hielt sich die Art jedoch. 1947 wurde eine Herde in Norwegen angesiedelt, die sich inzwischen nach Schweden ausgebreitet hat.

Das Projekt auf Reise

Mit Ausstellungen und Vorträgen versuchen die Projektmacher, auf ihr Thema aufmerksam zu machen und für Europas Wildnis zu werben. Im Sommer 2010 zeigten die Fotografen im niederländischen Den Haag 100 ihrer Bilder – unter anderem auch diesen Gänsegeier, dessen Bestand in Europa durch Auswilderungen und den Schutz der Brutkolonien stark angestiegen ist. Der Aasfresser kommt vor allem in Spanien und Frankreich vor, gelangt auf Streifzügen aber auch immer wieder nach Mitteleuropa.

Umwelt Europa

Ein journalistisches Fazit in zehn Thesen

Von Torsten Schäfer und Carla Schulte-Reckert

1. Die politischen Strukturen der EU müssen demokratischer werden. Würden die Kommissare und der EU-Präsident von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt und außerdem das Parlament weiter gestärkt, führte das zu neuen Debatten und Konflikten, die Europa demokratischer, streitbarer und medial interessanter machten.
2. Viele nationale Themen mit grünem Anstrich haben einen europäischen Hintergrund. Dieser muss häufiger gesehen und dargestellt werden, um die politische Realität angemessen abzubilden. Generell wird die EU-Dimension politischer und wirtschaftlicher Themen zu häufig unterschlagen.
3. Die europäischen Medien müssen persönlicher, regionaler und ein selbstverständlicher Teil des Alltags werden.
4. Durch Personalkürzungen und die Verdichtung der Produktionsprozesse sind Recherchezeiten verkürzt worden. Der Journalismus braucht aber mehr Recherchezeit. Ohne sie sind komplexe Recherchen zu Umwelt und Europa sowie nötige Spezialisierungen kaum möglich.
5. Umwelt- und Europajournalismus brauchen mehr redaktionelle Expertise. Diese kann nur entstehen, wenn es mehr Aus- und Weiterbildungsprogramme gibt – in Deutschland und auf europäischer Ebene. Diese Angebote sollten sich auch speziell auf Redaktionsleitungen konzentrieren, deren Weiterbildungsbereitschaft nicht immer besonders ausgeprägt ist.

6. Umwelt- und Europajournalisten befinden sich in einem besonderen Spannungsverhältnis: Sie berichten über eine „gute Sache“, die sie selbst oft auf einer grundlegenden Ebene unterstützen. Gleichzeitig müssen sie die Objektivität und Distanz zu Akteuren wie etwa Umweltverbänden wahren, die für diese Thematik kämpfen. Dieses Spannungsverhältnis sollte bewusst reflektiert und diskutiert werden – im Kollegenkreis und in der Aus- und Weiterbildung.
7. EU- und Umwelt-Autoren sollten Experten- und NGO-Recycling vermeiden und öfter unbekannte Stimmen und Verbände hören. Ebenso lohnt es sich, häufiger den Rückblick in die Umwelt- sowie Europa-geschichte zu wagen und darüber zu berichten.
8. Der Umweltjournalismus muss sich dahingehend ändern, dass er öfter seine Katastrophenperspektive verlässt und Lösungen, Erfolgsbeispiele sowie Vorbilder in den Blick nimmt. Wir brauchen einen engagierten Journalismus, der seinen Teil zur Lösung der Probleme beitragen will – durch Aufklärung und Erzählungen, die zum eigenen Handeln anregen.
9. Umweltjournalismus muss ökologische Themen stärker sozial, kulturell und ökonomisch betrachten und sich deshalb zu einem Nachhaltigkeitsjournalismus entwickeln, der der Verkettung der Problemstellungen gerecht wird.
10. Die beiden Zukunftsthemen Nachhaltigkeit und Europa sollten ein verbindlicher Bestandteil jeder journalistischen Ausbildung sein. Dies wäre über einen Pakt von Verlegerverbänden, Gewerkschaften, Journalistenschulen und Hochschulen zu erreichen.



Roter Thunfisch

König der Meere: Er wird vier Meter lang, schwimmt bis zu 80 Stundenkilometer schnell – und ist mit der teuerste Fisch. In Tokio zahlen Sushi-Feinschmecker bis zu 280.000 Dollar für einen einzigen nördlichen Blauflossenthun. Wegen der starken Nachfrage ist sein Bestand im Ostatlantik und im Mittelmeer zwischen 1997 und 2007 um 60 Prozent geschrumpft. Zahlreiche Studien empfehlen den Fangstopp – und warnen, dass der Fisch ganz verschwinden könnte. Die Situation hat auch Fotograf Solvin Zankl beeinträchtigt: Er musste dieses Bild in einer Thunfischfarm machen, da die Tiere in freier Wildbahn nur noch selten aufzufinden sind.

Bild: Solvin Zankl

Die Autoren



Michael Bauchmüller ist Korrespondent im Hauptstadtbüro der Süddeutschen Zeitung in Berlin. Von dort berichtet er über Umwelt- und Klimapolitik, aber auch über Energie- und Verkehrsthemen. Bauchmüller studierte Volkswirtschaftslehre an der Uni Köln und ist Absolvent der Kölner Journalistenschule. Seit 2001 ist er bei der Süddeutschen Zeitung beschäftigt.



Dr. Wilfried Bommert gründete die erste Umweltredaktion im WDR. Seine journalistischen Schwerpunkte liegen bei den Themen Welternährung, Weltbevölkerung und Weltklima. Er ist Gründungsvorstand sowie Sprecher des „Instituts für Welternährung“ und Autor von „Kein Brot für die Welt – Die Zukunft der Welternährung“ sowie „Bodenrausch: Die globale Jagd nach den Äckern der Welt“.

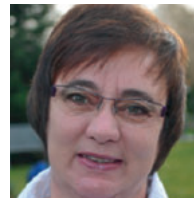


Dr. Rainer Brämer war von 1972 bis 2008 Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Marburg. Als promovierter Physiker beschäftigt er sich seit Anfang der 70er Jahre mit Forschungsarbeiten zum Verhältnis von Natur und Mensch. Nach Publikationen zur Rolle der Naturwissenschaften in der Gesellschaft folgten seit Anfang der 90er Jahre empirische Studien zur subjektiven Naturbeziehung in der Hightech-Welt, darunter seit 1997 der „Jugendreport Natur“. Seit 2008 betreibt er u.a. die populärwissenschaftliche Website www.natursoziologie.de.

Dr. Tanja Busse moderiert beim WDR und schreibt über Ernährung, Landwirtschaft und Ökologie u.a. für Die Zeit. Sie ist Gründungsvorstand sowie Sprecherin des „Instituts für Welternährung“ und Autorin von „Die Einkaufsrevolution. Konsumenten entdecken ihre Macht“ und „Die Ernährungsdiktatur. Warum wir nicht länger essen dürfen, was uns die Industrie auftischt“.



Prof. Dr. Beatrice Dernbach ist Professorin für Theorie und Praxis des Journalismus an der Hochschule Bremen und Leiterin des Instituts für Wissenschaftskommunikation. Ihre Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind u.a. Fachjournalismus, Journalismus und Public Relations, Wissenschaftskommunikation sowie Umwelt und Ökologie in den Medien.



Detlef Drewes ist seit sieben Jahren als Auslandskorrespondent in Brüssel tätig. Zuvor war er Politik- und Wirtschaftschef der Augsburger Allgemeinen. Der Diplom-Theologe und Sozialwissenschaftler studierte an der Universität Innsbruck und ist Träger des Wächterpreises der Tagespresse. Mehr unter www.ddrewes.eu.



Juliane Grüning ist Kultur- und Umweltwissenschaftlerin. Sie ist seit 2003 beim Deutschen Naturschutzring (DNR) für Europafragen und Öffentlichkeitsarbeit zuständig.





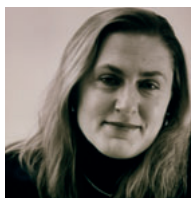
Bernward Janzing arbeitet seit 1995 als freier Journalist vor allem zum Thema Energiewirtschaft und -technik mit Schwerpunkt erneuerbare Energien. Er hat Geographie, Geologie und Biologie in Freiburg und Glasgow studiert.



Prof. Dr. Gerd Michelsen ist Professor für Umwelt- und Nachhaltigkeitskommunikation an der Leuphana Universität Lüneburg. Er hat Volkswirtschaftslehre studiert, ist Mitbegründer des Öko-Instituts Freiburg i.Br., Mitglied des UNESCO-Nationalkomitees „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und Träger des B.A.U.M. Wissenschaftspreises.



Martin Meister ist Chefredakteur von GEO International, der in 15 Ländern verbreiteten Auslandsausgabe des Magazins GEO. Von 1997 bis 2008 war er bei GEO als Geschäftsführender Redakteur zuständig für Wissenschaft, TV-Produktionen und den GEO-Tag der Artenvielfalt. Für seine Reportagen über Evolutions- und Ökologiethemata sowie über Tiere wurde Meister mehrfach mit Preisen ausgezeichnet. Meister hat in Hamburg Biologie und Philosophie studiert.



Prof. Dr. Irene Neverla ist Professorin für Journalistik an der Universität Hamburg. Ihr Forschungsbereich „Mediale Konstruktion von Klimawandel“ gehört zum deutschen interdisziplinären Exzellenz-Cluster für Klimaforschung (CLISAP), das ebenfalls an der Universität Hamburg angesiedelt ist.

Peter Pappert ist verantwortlicher Redakteur für Politik der Aachener Zeitung und der Aachener Nachrichten. Zuvor leitete er das Politik-Ressort. Er studierte Geschichte und Politische Wissenschaft in Aachen und Bonn und lehrt Europajournalismus an der RWTH Aachen.



Nick Reimer studierte in Freiberg, Prag und Berlin Umwelt- und Energieverfahrenstechnik. 1989 war er Mitbegründer der ersten überregionalen Umweltzeitschrift der DDR, der Ökostroika, zu deren Chefredakteur er 1990 wurde. Nach einem Volontariat bei der Berliner Zeitung arbeitete er dort bis 1996 als Redakteur und wechselte dann als Reporter zur Morgenpost in Dresden. Seit 1998 schreibt er für die tageszeitung, anfangs als Korrespondent aus Dresden, dann als Wirtschaftsredakteur in Berlin. Im Mai 2007 erschien klimaretter.info, das Nachrichtenmagazin zur Klima- und Energiewende. Reimer leitet die Redaktion.



Dr. Marco Rieckmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Umweltkommunikation der Leuphana Universität Lüneburg. Seine Dissertation verfasste er über „Die globale Perspektive der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“. Er lehrt auch an Hochschulen in Spanien und Ecuador.



Dr. Torsten Schäfer ist Redakteur bei GEO International und freier Journalist. Umweltpolitik und die EU sind die Schwerpunktthemen, zu denen er bloggt und Medien-seminare gibt. Er studierte Journalistik, Politologie und European Studies in Dortmund, Tours, Brüssel und Aachen, wo er zum EU-Journalismus promovierte. Mehr unter www.dasumweltinstitut.de.





Carla Schulte-Reckert studierte Erziehungswissenschaft, Psychologie und Erwachsenenbildung in Bonn. Mehrjährige praktische Zusatzausbildungen im Bereich Kommunikation, Präsentation sowie TV-Journalismus ergänzten ihr Studium. Seit 1987 ist sie im Bereich der politischen Bildung zum Themenschwerpunkt „Politik und Medien“ für die Friedrich-Ebert-Stiftung tätig. Sie leitet die JournalistenAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung, publiziert in Fachzeitschriften und ist Buchautorin.



Steffen Schulz ist Pressereferent der EU-Kommission in Dublin. Er arbeitete nach dem Studium (Politik, Journalistik und European Politics in Großbritannien) als freier Journalist und Redakteur beim SWR in Mainz. 2006 wechselte er zur Vertretung der Europäischen Kommission nach Bonn, wo er bis August 2011 als Pressereferent tätig war.



Bjela Vossen ist Leiterin der EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings (DNR). Die Diplom-Biologin war vor ihrer Tätigkeit beim DNR unter anderem als freie Gutachterin im Naturschutz tätig.



ISBN 978-3-86498-119-7

www.fes.de/journalistenakademie

